

ao

aktuelle
ostinformationen

Nach den Wahlen ...



... ist vor den Wahlen

Impressum

Liebe Leserinnen und Leser,

im Mittelpunkt der vorliegenden Ausgabe unserer Zeitschrift steht die aktuelle Situation in unseren östlichen Nachbarländern. Nach den Wahlen in Polen, in Belarus und in der Ukraine stellt sich die Lage recht kompliziert dar. Während die Erfolge der „Orangenen Revolution“ in der Ukraine durch die Stärkung der einstigen Reformgegner sehr relativiert wurden, bleibt die politische Lage im autokratisch geführten Weißrussland „stabil“. Allerdings meldet sich auch in diesem Land eine nicht mehr zu überhörende demokratische Bürgerbewegung zu Wort. Gleichzeitig scheint aber auch deutlich, dass ein Großteil des Elektorats hier und anderswo einer wie auch immer gearteten sozialen Absicherung den Vorzug vor freiheitlichen Bürgergesellschaften und wirtschaftlicher Liberalisierung zu geben scheint. Dies gilt auch für Polen, in dem es nach den überraschenden Wahlergebnissen des vergangenen Herbstes im Mai 2006 zur Bildung einer nationalkonservativen Regierung gekommen ist, der die beiden extrem populistischen, EU-skeptischen Parteien „Selbstverteidigung“ und „Liga Polnischer Familien“ mit ihren umstrittenen Führern Lepper und Giertych angehören. Zukünftig wird sich die auch für das deutsch-polnische Verhältnis wichtige Frage stellen, wie sich das Land angesichts dieses Rechtsrucks in der EU positioniert. Dieser Problematik – unter besonderer Betonung des deutsch-polnischen Verhältnisses - sind auch die beiden Dokumentationen von Dorota Michalska-Niedenthal sowie von Theo Mechtenberg gewidmet. Hieran schließen sich zwei Berichte von Bernd Stegmann und Gerhard Schlüsselbauer an, in denen über ausgewählte Seminare des GESW informiert wird. Schließlich stellen wir Ihnen – wie gewöhnlich - eine ganze Reihe von Publikationen vor, die der Belletristik sowie aktuell erschienenen Sachbüchern gewidmet sind.

Zbigniew Wilkiewicz

Inhalt

Beiträge	4
<i>Zbigniew Wilkiewicz</i>	
Polen nach den Wahlen des Jahres 2005.....	4
<i>Rudolf A. Mark</i>	
Die Republik Belarus: Lukašenka´s Playground? – Innenansichten einer Diktatur	21
<i>Luisa Pauge</i>	
Geburt der Zivilgesellschaft in der Ukraine? Eine Analyse der ukrainischen Zivilgesellschaft von 1985 bis 2005.....	29
Dokumentationen	48
<i>Zdzisław Sadowski</i>	
Ökonomische Rationalität bei Oskar Lange aus heutiger Sicht	48
<i>Dorota Michalska-Niedenthal</i>	
Warum brauchen wir eigentlich noch polnische – deutsche Schulpartnerschaften? Eine Bilanz mit Perspektiven nach 15 Jahren	54
<i>Theo Mechtenberg</i>	
Wo die Erinnerung trennt, da verbindet der Dialog	61
Berichte	68
<i>Bernd Stegmann</i>	
Die (osteuropäische) Welt zu Gast bei Freunden	68
<i>Gerhard Schüsselbauer</i>	
Die Grundlagen und die Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft – ein Lösungsweg für die südosteuropäischen Transformationsländer Rumänien und Bulgarien	74
Buchreport	78
<i>Gerhard Schüsselbauer</i>	
Neue Literatur von György Konrád, Attila Bartis, Elizabeth Kostova und Andrej Kurkow.....	78
<i>Zbigniew Wilkiewicz</i>	
Zofia Posmysz: Do wolności, do śmierci, do życia [Zur Freiheit, zum Tod, zum Leben].....	83
Rezensionen	89
Tina Stroheker: Lodzer Wörterbuch/Słownik łódzki.....	89
Maria Jarosz: Macht, Privilegien, Korruption. Die polnische Gesellschaft 15 Jahre nach der Wende.	92
Stefan Schubert: Saisonarbeit am Kanal. Rekrutierung, Arbeits- und Lebensverhältnisse ausländischer Arbeitskräfte beim Bau des Mittellandkanals im Osnabrücker Land 1910-1916.	94
Thomas Geisen (Hg.): Arbeitsmigration. WanderarbeiterInnen auf dem Weltmarkt für Arbeitskraft.	97
Pirjo Niskanen: Multilingual dictionary from youngsters for youngsters.....	99

Beiträge

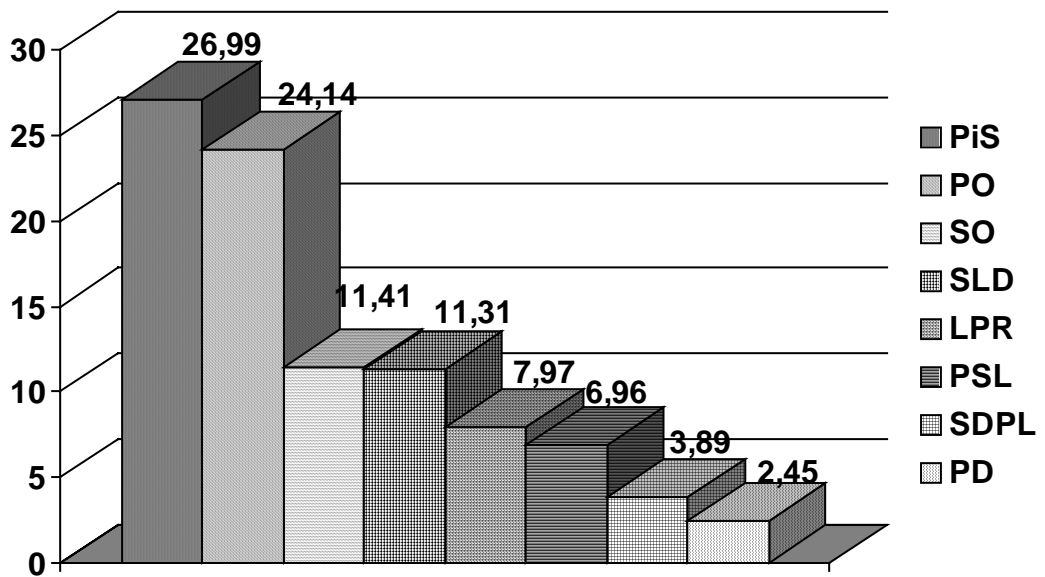
Zbigniew Wilkiewicz

Polen nach den Wahlen des Jahres 2005

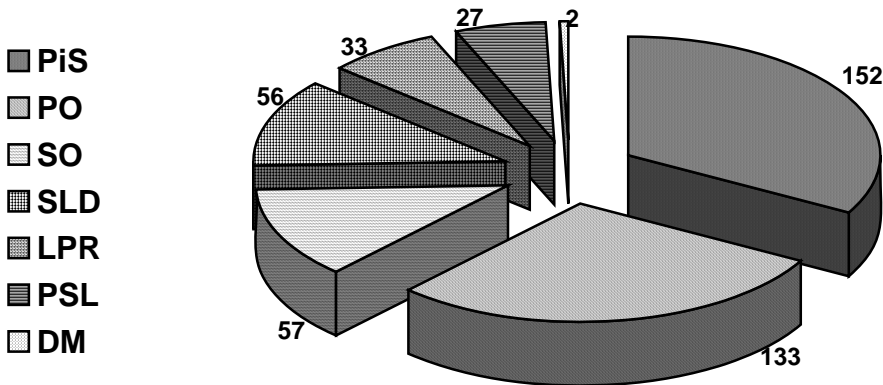
Die Ergebnisse der Parlaments- und Präsidentschaftswahlen im Herbst 2005 (25. September, 9. und 23. Oktober 2005) brachten in der polnischen Parteienlandschaft erhebliche Veränderungen mit sich. Die Schwächung und Abwahl der Linken „Linkes Wahlbündnis“ (SLD) und seiner Abspaltung „Sozialdemokratie Polens“ (SDPL) sowie die Mehrheit für die beiden national- und liberalkonservativen Parteien „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS) und „Bürgerplattform“ (PO) sorgten in der Tat für eine Art Erdbeben. Berücksichtigt man dabei noch, dass die populistische „Selbstverteidigung“ (Samoobrona, SO) ein respektables Ergebnis erreichte und die nationalistische „Liga polnischer Familien“ (Liga Polskich Rodzin, LPR) souverän ins polnische Parlament einzog, so kann man das Abschneiden der Linken in der Tat nur als sehr bescheiden bezeichnen. Den Einzug ins Parlament schaffte noch die Bauernpartei (PSL), an der Fünfprozenthürde scheiterte allerdings die „Demokratische Partei“ (PD), der auch im Ausland bekannte polnische Politiker angehören. Für die Liste der deutschen Minderheit, die nicht der Fünfprozenthürde unterlag, gab es zwei Parlamentssitze.

Im Folgenden seien hier in Kürze die Ergebnisse und Umfragewerte sowie die politischen Schwerpunkte und die wichtigsten Akteure der einzelnen Parteien angeführt.

Ergebnisse der Parlamentswahlen 2005 vom 25. 9. 05



Sitzverteilung im polnischen Sejm

**PiS „Recht und Gerechtigkeit“**

Prognose (23. 9. 05) 30%

Ergebnis (25. 9. 05) 26,99%

Schwerpunkte:

- Einberufung einer Kommission für Wahrheit und Gerechtigkeit, die die Privatisierungsprozesse der III. Republik Polen sowie die Aktivitäten der Sicherheitsdienste prüfen soll.
- Novellierung der Strafgerichtsordnung mit dem Ziel, das Strafmaß zu verschärfen (Todesstrafe).
- Absenkung der Steuern auf ein Niveau zwischen 18 und 32 Prozent unter Berücksichtigung familienfreundlicher Freibeträge.
- Entkommunisierung und Lustration (Veröffentlichung der Agentenlisten).¹

Außenpolitik:

- Häufig erinnert wird an die negativen Assoziationen im historischen Gedächtnis der Polen hinsichtlich der Rolle Deutschlands und Russlands.
- Die NATO wird als Fundament der polnischen Außenpolitik verstanden.
- Hervorgehoben wird die positive Rolle der USA, gefordert werden aber auch gutnachbarliche Beziehungen zu Russland.
- Gepflegt werden sollen gute Beziehungen zu Litauen, Lettland, Estland, der Ukraine und Belarus im Verbund von NATO und EU.
- Unruhig ist man wegen der Geschichtsrevision in Deutschland (Zentrum gegen Vertreibungen), aber auch wegen des Plans, unter Umgehung Polens eine deutsch-russische Pipeline durch die Ostsee zu verlegen.

¹ Wybory 2005. In: Gazeta Wyborcza, 23. 09. 2005, S. 2-12. Mit Beiträgen von Paweł Wroński, Wojciech Szacki, Dominik Uhlig, Wojciech Zaluski, Rafał Kalukin.

Besonderheiten:

Ab Mai 2005 wurden die Elemente des Parteiprogramms von PiS zu der Losung zusammengefasst, eine IV. Republik Polen aufbauen zu wollen. Dabei soll es sich um einen Staat handeln, der endgültig mit dem Erbe der VR Polen bricht, seinen Bürgern aber gleichzeitig soziale Absicherung gewährt. Im Wahlkampf kritisierte PiS deshalb auch die PO, indem sie deren Konzept von einer Einheitssteuer (podatek liniowy) als „liberales Experiment“ scharf verurteilte.

Führungspersonal:

Lech und Jarosław Kaczyński, Kazimierz Marcinkiewicz, Krzysztof Cugowski, Zbigniew Ziobro.

Wahlkampflösung:

„Ein starker Präsident, ein ehrliches Polen“.

Elektorat:

Die Wählerschaft von PiS ist relativ gleichmäßig auf alle sozialen und demographischen Gruppen verteilt und bildet fast einen Querschnitt durch die polnische Gesellschaft. In den Gemeinden unter 5.000 Einwohnern war PiS die stärkste Partei. Man erzielte vor allem im Südosten des Landes Erfolge (Małopolska, Westgalizien). Die Mehrheit dieser Wählerschaft erwartet, dass der Staat eine Wohlfahrtsfunktion übernimmt. Positiv wird die PiS von älteren Menschen, Bewohnern von kleinen und mittleren Städten sowie Menschen ohne Hochschulbildung wahrgenommen.²

PO „Bürgerplattform“

Prognose: 32%

Ergebnis: 24,14%

Schwerpunkte:

- Weniger Ausgaben für die Verwaltung.
- Auflösung des Senats, Halbierung der Zahl der Parlamentssitze.
- Größere Verantwortung für Staatsbedienstete als für gewöhnliche Bürger.
- Vereinfachung des Steuersystems.
- Einheitssteuer von 15 Prozent für VAT, PIT und CIT.

² Kai-Olaf Lang: Auf dem Weg zur IV. Republik. Die Parlamentswahlen in Polen vom 25. September 2005. In: Osteuropa, 10 (2005), S. 135-147, S. 140.

Außenpolitik:

- Bisher gab es keine präzisierte außenpolitische Konzeption der PO.
- Von der einst von Jan Rokita vertretene Losung „Nizza oder der Tod“ ist man zu einer EU-freundlicheren Haltung gelangt.
- In der Außenpolitik soll in der EU die historische Erinnerung weiterhin eine wichtige Rolle spielen.
- Nationale Partikularismen will man abbauen, die EU müsse Barrieren abbauen und konkurrenzfähig bleiben.
- Die EU soll um die Türkei, später auch um die Ukraine, Moldawien und Belarus erweitert werden.
- Von fundamentaler Bedeutung sei die Freundschaft zu den USA.
- Wichtig seien auch die Beziehungen zu Russland, allerdings sei hier sehr viel von Russland abhängig.
- Für die polnische Außenpolitik spielen die recht bekannten Abgeordneten im EP wie Jacek Saryusz-Wolski, Bogusław Sonik oder Bogdan Klich eine wichtige Rolle.³

Besonderheiten:

Einen großen Erfolg konnte man bei den Wahlen zum Europaparlament verbuchen, als die PO 24 Prozent der Stimmen errang. Während des Wahlkampfes 2005 wurde die PO in den Umfragen bis kurz vor Ende der Kampagne als klarer Sieger gesehen. Jan Rokita und Donald Tusk gingen zeitweilig davon aus, dass die PO 50 Prozent der Stimmen würde erringen können.

Führungspersonal:

Jan Rokita, Hanna Gronkiewicz-Waltz, Donald Tusk, Konstanty Miodowicz

Wahlkampflosung:

„Volle Verantwortung“

Elektorat:

Die PO ist unter Selbstständigen, leitenden Angestellten, der Intelligenz und Studenten beliebt. Sie wird eher von Besserverdienenden, formal besser gebildeten und jüngeren Wählern unterstützt. Das Elektorat ist pro-europäisch und steht auch weit reichenden Reformen aufgeschlossen gegenüber. Es handelt sich um die Transformationsgewinner, die der neuen urbanen Mittelschicht angehören.

SO „Selbstverteidigung“

Prognose: 12 %

Ergebnis: 11,41 %

Schwerpunkte:

- Unterstützung in Höhe des sozialen Minimums für unverschuldet Arbeitslose.
- Einführung einer vierten Steuerstufe für die Reichsten in Höhe von 50 Prozent.
- Überprüfung der Wirtschaftsverhältnisse von Personen, die in der Politik Verantwortung trugen und für die Privatisierung verantwortlich zeichneten.

³ Maciej Onoszko: Polityka zagraniczna w programach polskich partii – analiza (wybory 2005). In: <http://psz.pl>, 16. 09. 2005.

Außenpolitik:

- Die Kooperation mit den östlichen Nachbarn wird als Chance betrachtet.
- Der EU-Beitrittsvertrag soll neu verhandelt werden, da das bisherige Ergebnis erhebliche Risiken für das Lebensniveau der Polen birgt.
- Polen soll sich aktiv an der Kooperation zwischen der EU und der GUS beteiligen.
- Eine erhebliche Rolle spielt das strategische Bündnis mit den USA.

Besonderheiten:

Andrzej Lepper beabsichtigte sowohl auf der Linken als auch auf der Rechten Stimmen zu sammeln. Deshalb versuchte die SO – allerdings vergeblich - auch ein Bündnis mit der nationalistischen LPR zu schmieden. Das Wahlprogramm der SO hatte 2005 schließlich einen eindeutig linkspopulistischen Zuschnitt.⁴

Führungspersonal:

Andrzej Lepper, Wanda und Stanisław Łyżwiński, Renata Beger, Danuta Hojarska

Wahlkampflosung :

„Jeder Mensch ist wichtig“

Elektorat:

Die SO war im ländlichen Raum und in den kleinen Städten erfolgreich. Sie ist die Partei der Transformationsverlierer und wird von bildungsfernen Wählerschichten unterstützt. Die SO gab sich in den letzten Jahren das Image einer „patriotischen Linken“.

SLD „Linkes Wahlbündnis“

Prognose: 7%

Ergebnis: 11,31%

Schwerpunkte:

- „Verteidigung der Ausgeschlossenen“, also Kampf gegen die Arbeitslosigkeit durch Wirtschaftswachstum.
- Erhöhung des Mindestlohns und Schutz der Arbeitnehmerrechte.
- „Bildung und Kultur für alle“, also gegen Studiengebühren und für den Staat als Kulturmäzen.
- Für ein soziales Europa, also die Angleichung der Lebensbedingungen im „alten“ und „neuen“ Europa, gegen einen gänzlich freien Wettbewerb und Markt.

⁴ Zbigniew Wilkiewicz: Populismus in Polen. Das Beispiel der Samoobrona unter Andrzej Lepper.
In: Nikolaus Werz (Hg.): Populismus. Populisten in Übersee und Europa. Opladen 2003, S. 163-175.

Außenpolitik:

- Das SLD vertrat bisher eine aktive EU-Politik.
- Es ist für die Stärkung Polens in der NATO und in der EU.
- Man setzt sich für die Unterzeichnung des Europäischen Verfassungsentwurfs ein.
- Russland dürfe nicht ständig kritisiert werden, denn dies schade nur den polnischen Interessen.
- Polen sollte das gute Verhältnis zu den USA pflegen und sich für den Abbau der transatlantischen Spannungen einsetzen.
- In Belarus sollte man die Kontakte zu NGO suchen.

Besonderheiten:

Das SLD wurde nach seinem grandiosen Sieg aus dem Jahre 2001 durch mehrere Abspaltungen und Affären erheblich geschwächt. Ein Zeichen hierfür war der Rücktritt des Ministerpräsidenten Leszek Miller im Mai 2004. Danach kam es zu einer Abspaltung und unter Marek Borowski konstituierte sich die SDPI. Die SLD begann sich neu aufzustellen, der Jungpolitiker Wojciech Olejniczak wurde zum Chef des Bündnisses. Einen weiteren Rückschlag für das SLD bildete allerdings die Tatsache, dass ihr Kandidat für die Präsidentschaftswahlen, Cimoszewicz, im September 2005 auf die Kandidatur verzichtete.

Führungspersonal:

Wojciech Olejniczak, Grzegorz Napieralski, Anita Blochowiak, Joanna Senyszyn

Wahlkampflosung:

„Indem wir uns verändern, verändern wir Polen“

Elektorat:

Die erheblich geschrumpfte Wählerschaft der SLD ist auf das „biographische Elektorat“ der parteipolitisch organisierten Postkommunisten vom Anfang der 1990er Jahre zurückgefallen. Man ist gegen die Entkommunisierung und gegen das politische Engagement der Kirche.

LPR „Liga polnischer Familien“

Prognose: 8%

Ergebnis: 7,97%

Schwerpunkte:

- Veränderung der politischen und wirtschaftlichen Ordnung.
- Eigenes Verfassungskonzept mit starkem Präsidenten.
- Abkehr vom „System des Runden Tisches“ und Aufbau der IV. Republik.
- Abschwächung der Integration in der EU.

Außenpolitik:

- Für ein souveränes Polen, ohne eine gemeinsame Außenpolitik der EU.
- Trotz unverkennbarer Sympathie für Russland wird auch Kritik an der Politik der einstigen UdSSR geübt (Katyn, 17. 9. 1939).
- Man ist gegen die Irak-Präsenz polnischer Einheiten.
- Keine Initiative während der „Orangen Revolution“ in der Ukraine, da man gegen die Einmischung in die Angelegenheiten anderer souveräner Staaten sei.
- Nicht selten werden Befürchtungen hinsichtlich deutscher Dominanz in Europa formuliert.

Besonderheiten:

Das Verhältnis der LPR zur EU hat sich verändert. Während man sich vor dem Referendum gegen den EU-Beitritt aussprach, akzeptierte man schließlich dessen für die EU positiven Ausgang und stellte sich zur Wahl. Da man bei der Wahl zum EP in Polen das zweitbeste Ergebnis erzielte, konnte man zehn Abgeordnete ins EP entsenden. Mittlerweile spricht sich sogar Roman Giertych für die EU aus, allerdings nur im Sinne einer wirtschaftlichen, nicht politischen Union. Die Liga ist gegen die europäische Verfassung und gegen die Einführung des Euro in Polen.⁵

Führungspersonal:

Roman Giertych, Maciej Giertych, Zygmunt Wrzodak, Marek Kotlinowski

Wahlkampflosung:

„Hoffnung für Polen“

Elektorat:

Die LPR vertritt das besonders kirchennahe und national orientierte Segment der polnischen Gesellschaft. Ihre Hochburgen finden sich im agrarisch geprägten Ost- und Südpolen.

PSL Bauernpartei

Prognose: 4% Ergebnis: 6,96%

Schwerpunkte:

- Maximale Nutzung der von der EU gewährten Mittel.
- Kopplung des Wirtschaftswachstums an die Schaffung neuer Arbeitsplätze.
- Politik der sozialen Solidarität, damit alle vom Wirtschaftswachstum profitieren.

⁵ Zbigniew Wilkiewicz: Rechter Populismus in Polen. Die „Liga der Polnischen Familien“. In: Orientierung (Zürich), 15./31. August 2002, S. 162-167.

Außenpolitik:

- Gefordert wird eine strategische, nachhaltige Außenpolitik.
- Außenpolitische Prioritäten sind NATO- und EU-Mitgliedschaft.
- Es wird eine aktive auf Vertrauen basierende Versöhnungspolitik – besonders mit Deutschland – postuliert.
- Gleichzeitig spricht man sich eindeutig gegen das Zentrum gegen Vertreibungen aus.
- Stärkere Beteiligung Polens bei der Gestaltung der Ostpolitik der EU, besonders gegenüber Russland.

Besonderheiten:

Die PSL als traditionelle Bauernpartei hat Probleme mit den Veränderungen der ländlichen Gebiete. Erstens hat die Partei in Andrzej Lepper einen gefährlichen Konkurrenten, den sie an Radikalismus nicht übertreffen kann. Zweitens interessieren sich auch andere Parteien, wie PiS und LPR, immer mehr für die Wähler auf dem Lande. Also steht man vor der schwierigen Aufgabe, in den Städten ein neues Wählerpotenzial zu erschließen.

Führungspersonal: Jarosław Kalinowski, Waldemar Pawlak, Zbigniew Witaszek, Krzysztof Rutkowski

Wahlkampflosung: „Effizient für Polen“

Elektorat:

Die PSL orientiert sich eindeutig an ihrem Klientel und setzt sich für die kleinen landwirtschaftlichen Betriebe ein. Sie ist besonders in Zentral- und Südpolen stark, wo es entsprechend kleine Betriebsgrößen gibt. Allerdings hat ihr die SO in den Dörfern den Rang abgelaufen.

SDPL „Sozialdemokratie Polens“

Prognose: 3%

Ergebnis: 3,89 %

Schwerpunkte:

- Staatssanierung durch Schaffung einer unabhängigen Antikorruptionsbehörde.
- Befreiung der Verwaltung von parteilichen Einflüssen.
- Kampf gegen die Arbeitslosigkeit: niedrigere Steuern, Wohnungsbauprogramme, Förderung von Investitionen.
- Stärkung der Bildung, Zugang zu Stipendien.

Außenpolitik:

- Der EU-Haushalt 2007-2013 soll so gestaltet sein, dass er den Lückenschluss zwischen „alten“ und „neuen“ EU-Staaten ermöglicht.
- Man ist für den europäischen Verfassungsentwurf und für die Wiederholung der Referenden in Frankreich und Holland.
- Polen sollte sich bemühen, dass die EU gegenüber Russland mit einer Stimme spricht.
- Man spricht sich gegen jedwede Russophobie aus.
- Man ist für die Partnerschaft mit den USA, weist aber auf die Gefahren des Unilateralismus hin.

Besonderheiten:

Ein negativer Bezugspunkt für die SDPL war das SLD. Marek Borowski hielt dem SLD immer wieder dessen Skandale vor und forderte die Bestrafung der Schuldigen. Dies zeigte am Anfang Wirkung, die Unterstützung für die SDPL nahm dann aber rapide ab.

Führungspersonal:

Marek Borowski, Izabella Sierakowska, Marek Balicki

Wahlkampflosung: „Ein rechter Mann der Linken“

PD „Demokratische Partei“

Prognose: 2%

Ergebnis: 2,45%

Schwerpunkte:

- Im Laufe von drei Jahren Steuersenkung von VAT, PIT und CIT auf 19 Prozent mit Steuervergünstigungen für Arme und kinderreiche Familien.
- Steuervergünstigungen für Firmen, die Beschäftigung und Investitionen erhöhen.
- Öffentliche Zuschüsse für Eigentumswohnungen.
- Zwei Fremdsprachen in der Grundschule.

Außenpolitik:

- Der Partei gehört der ehemalige Außenminister Geremek an, der entschieden zum Beitritt Polens in die NATO und EU beitrug.
- Im Aktionsprogramm spricht man sich für eine gemeinsame Außen- und Verteidigungspolitik der EU aus.
- In Belarus sollen demokratische Bewegungen unterstützt werden.
- Für Polen sei ein demokratisches, prowestliches Russland wichtig, das harmonisch mit der EU zusammenarbeitet.
- Polen könne die Rolle eines Mittlers zwischen den USA und der EU ausfüllen.

Besonderheiten:

Die Polnische Partei der Demokraten wurde im Februar 2005 gegründet. Ihre Ursprünge liegen bei der Demokratischen Union (UD), die sich 1994 mit dem Liberal-Demokratischem Kongresse zur UW (Union der Freiheit) vereinigte. Deren prominente Führungsgestalten waren u.a. Tadeusz Mazowiecki, Leszek Balcerowicz, Jacek Kuroń und Bronisław Geremek. UD, UW und PD stehen seit ihrer Existenz für mehr oder minder radikale Reformen. Dem gemäß waren und sind sie beim Wahlvolk nur wenig beliebt.

Führungspersonal: Władysław Frasyniuk, Henryka Bochniarz, Marek Belka, Tadeusz Mazowiecki

Wahlkampflosung: „Polen vorwärts, nicht zurück“

Keine Koalition aus PiS und PO

Nach den Parlamentswahlen gab es also eine entschiedene Mehrheit aus PiS und PO, allerdings keine Zweidrittelmehrheit, die es den potenziellen Koalitionären erlaubt hätte, die Verfassung zu ändern. Beide Parteien hatten verfassungsgemäß sechs Wochen Zeit,

um die neue Regierung zu bilden. Das neue Kabinett hätte also Ende Oktober 2005 vorgestellt werden können.

Für PiS war der Sieg bei den Präsidentschaftswahlen immer von größerer Bedeutung als die Stellung des Ministerpräsidenten. Nach dem Sieg Lech Kaczyńskis bei den Präsidentschaftswahlen, bei dem er in der zweiten Runde den Liberalen Donald Tusk unerwartet deutlich distanzierte (54,04 : 45,96 %), blieb die Rollenverteilung so, wie sie von PiS im Falle dieses Sieges angestrebt worden war. Der eher unbekannte Kazimierz Marcinkiewicz bekam den Posten des Ministerpräsidenten.⁶

In diesem Zusammenhang sei daran erinnert, dass PiS im Wahlkampf mit historisch-moralischen, antideutschen Ressentiments argumentierte. Die Tatsache, dass Tusks Großvater als Kaschube in der deutschen Wehrmacht gedient hatte, wurde als Argument gegen die Wahl des Enkels ins Feld geführt. Dabei wurde unterschlagen, dass der Großvater vor seiner Wehrmachtszeit und Desertion aus der Wehrmacht in einem deutschen KZ inhaftiert gewesen war. Für Tusk wirkte sich fatal aus, dass er die Zugehörigkeit seines Großvaters zur Wehrmacht sehr lange abstritt. Gleichzeitig hob Lech Kaczyński immer wieder gerne hervor, dass sein Großvater am Warschauer Aufstand teilgenommen hatte.⁷

Aufgrund der Härte des Wahlkampfs begann man hinsichtlich einer als sicher erachteten zukünftigen Zusammenarbeit zwischen PiS und PO nach den beiden Siegen der PiS Bedenken zu entwickeln.

Umso mehr als Koalitionen in Polen in der Regel nicht gelingen und gewöhnlich auch nicht das Ende einer Legislaturperiode erreichen. Dies ist einerseits die Folge der weiterhin herrschenden Instabilität der polnischen Parteienlandschaft, in der einzelne Parteien unaufhörlich um ihre eigene Identität kämpfen und sich spalten, andererseits ist es ein Resultat des übergroßen Ehrgeizes der einzelnen Parteiführer. Koalitionsverhandlungen sind in der Regel mit starken Emotionen verbunden und werden sehr leidenschaftlich, oft wenig sachgerecht ausgetragen.

PiS und PO wurden in diesem Kontext etwas bessere Chancen eingeräumt, weil sie schon seit längeren als einzig mögliche potenzielle Partner für eine Regierungsbildung galten und somit eine gewisse Vorlaufzeit für die Abstimmung ihrer Programme gehabt hätten. Allerdings wurde nach dem Wahlergebnis deutlich, dass sich die PO nur schwerlich an die Rolle des Juniorpartners gewöhnen würde. Auch hinterließ die letzte Wahlkampfwoche um die Mehrheiten im Parlament deutliche Spuren, als die PiS die PO als „herzlos liberale Partei ohne sozialen Faktor“ scharf angriff.

Gleichzeitig muss man sich vor Augen führen, dass es sich bei PiS und PO um zwei etwa gleichstarke Partner handelt, so dass es keiner der beiden Parteien möglich gewesen wäre, ein Programm- oder Personaldiktat durchzusetzen. Der Parteiführer der PO, der lange als Favorit gehandelte Jan Rokita, ging allerdings als deutlicher Verlierer aus den Wahlen hervor, zumal ihm die volle Verantwortung dafür gegeben wurde, dass sich

⁶ Jacek Żakowski: Wolność, jawność, kontrola. Rozmowa z premierem Kazimierzem Marcinkiewiczem.

In: *Polityka*, 12. 11. 2005, S. 22-26.

⁷ Konrad Schuller: Tusks schwieriger Großvater. In: <http://www.faz.net>, 17. 10. 2005.

die PiS noch kurz vor dem Ziel gegen die PO durchsetzen konnte. Insgesamt stellten auch Parteifreunde Rokitas fest, dass der „Premier aus Krakau“ nicht teamfähig war, zu individualistisch vorging und deshalb abgestraft wurde.

Die Konzeption einer Regierung von Fachleuten (Technokraten) – wie sie von der PO favorisiert wurde – hatte deshalb keine Chance mehr, es setzte sich vielmehr eine stärker politisierte Regierung durch, wie sie von Beginn an auch von der PiS bevorzugt wurde.

In der Tat kümmert sich die siegreiche PiS nach Bildung einer Minderheitenregierung um jene Politiksphäre, in der sie sich kompetent fühlt, also um den Staat und seine Institutionen, das Justizministerium, die Verwaltung sowie einige Wirtschaftsressorts. Das Außenministerium hätte man im Falle einer Koalition gerne der PO überlassen, zumindest wurde dies während des Wahlkampfs verkündet.

Diese Orientierung kann nicht erstaunen, denn für PiS und die Gebrüder Kaczyński stellt das Außenministerium eher einen exotischen Bereich dar, da sie über keine bewährten außenpolitischen Kontakte verfügen. Auch gehören die Vertreter der PiS im EP keiner größeren konservativen Fraktion an, sondern nehmen dort eine Sonderstellung ein.

Es hätte einige Vorbedingungen für den Kompromiss zwischen beiden Parteien gegeben. Dabei handelte es sich in erster Linie um drei Komplexe:

Erstens, das Steuersystem, das Verhältnis zur Privatisierung, die Sanierung der öffentlichen Finanzen sowie die Beschränkung der Sozialsausgaben.

Zweitens, die Reform des Gesundheitswesens, wobei die Programme beider Parteien allerdings sehr unterschiedlich sind. Hier hätte man als Koalition die größte Chance gehabt, erfolglos zu bleiben und sich zu kompromittieren.

Drittens, die Frage der europäischen Integration, die während des Wahlkampfs so gut wie keine Rolle spielte, obschon sie für Polen eine Schlüsselbedeutung hat.

Hingegen durfte man davon ausgehen, dass man in der Frage der Lustration sehr schnell zu einer Einigung hätte kommen können, also hinsichtlich der Einrichtung spezieller Wahrheitsfindungskommissionen und der Schaffung einer Antikorruptionsbehörde, also im Hinblick auf all das, was Jarosław Kaczyński als Zerschlagung der postkommunistischen Ordnung bezeichnet. Die bei den Parlamentswahlen sehr niedrige Wahlbeteiligung von knapp über 40 Prozent macht freilich deutlich, dass die besonders von der PiS verkündeten Losungen einer „moralischen Sanierung“ für die meisten Polen nicht im Vordergrund standen. Die zukünftige Regierung wird vielmehr daran bemessen werden, ob sie in der Lage ist, für eine Absenkung der Arbeitslosigkeit und die Reform des Gesundheitswesens zu sorgen.

Die namhafte politische Kommentatorin der „Polityka“, Janina Paradowska, gab einer Koalition aus PiS und PO deshalb nur wenig Chancen, als sie am 1. Oktober 2005 schrieb:

„Man kann davon ausgehen, dass die Koalition vielleicht bis zu den Kommunalwahlen in einem Jahr durchhalten wird. Diese Wahlen sind deshalb von großer Bedeutung, weil klar ist, dass sich politische Einflüsse und Finanzmittel immer stärker von der zentralen auf die kommunale Ebene verschoben haben. Insofern werden sie wahrscheinlich mit großer Erbitterung geführt werden. Bereits während des jüngsten Wahlkampfs um die

Parlamentswahlen hatte der Wahlkampfchef der PiS, Jacek Kurski, eine Liste mit ehemaligen Repräsentanten des Liberaldemokratischen Kongresses vorgestellt und sie als 'liberale Affärenmacher' gebrandmarkt. Insofern ist zu erwarten, dass seitens der PiS im kommenden Kommunalwahlkampf ähnlich argumentiert wird.⁸

Die Verlierer

Die Wahlen haben gezeigt, dass radikalere Parteien weniger Chancen haben. Die erzkonservative, nationalistische LPR mit ihrem Führer Roman Giertych wurde von der PiS in ihre Schranken verwiesen, auch der Vormarsch der linkspopulistischen SO mit Andrzej Lepper an der Spitze wurde gebremst. Die populistische Linke und die extreme Rechte sind zwar im Parlament vertreten, sie verfügen aber nicht über genug Stimmen, um eine Koalition bilden zu können. Allerdings haben sie die PiS bei der Bildung einer Minderheitenregierung maßgeblich unterstützt und sind insofern durchaus Zünglein an der Waage. Es wird sich recht bald herausstellen, ob die von der PiS gebildete Minderheitenregierung handlungsfähig bleiben kann.

Neben der PO wird die SLD sicherlich eine wichtige Oppositionskraft. Sie ist nach den Wahlen zwar nur geschwächt im Parlament vertreten, hat aber zukünftig die Chance, zu einer modernen, nicht belasteten Sozialdemokratie zu werden. Hier darf man guter Hoffnung sein, denn der noch sehr junge Wojciech Olejniczak kann einen absoluten Neuanfang initiieren, zumal er die VRP nur vom Hörensagen kennt.⁹

Während die vom SLD abgespalteten Sozialdemokraten unter Marek Borowski den Einzug ins Parlament verpasst haben, aber auf die Erstattung von Wahlkampfmitteln rechnen können, steht die DP mit ihrem Chef Władysław Frasyniuk auch vor dem finanziellen Ende, denn sie wird keine Erstattungen erhalten. Ob die DP die Kraft zum Wiederaufbau hat, bleibt abzuwarten.

Man wird Janina Paradowska Recht geben müssen, wenn sie die Niederlage der PO Ende Oktober 2005 wie folgt begründet:

„Sicherlich wird die PO, schon um ihrer selbst Willen, diesen Wahlkampf und die darin gemachten Fehler analysieren müssen. Es scheint aber, dass trotz der hohen, zeitweilig schwindelerregenden Notierungen, immerhin konnte man sogar davon träumen, als Gewinner aus der ersten Tour hervorzugehen, Tusk letztlich zur Niederlage verurteilt war. Lech Kaczyński passt eben viel besser zu diesem Polen, mit seinen Ängsten vor dem Verlust sozialer Sicherheit, der Furcht vor Modernisierung und Privatisierung. Einem Polen, das davon überzeugt ist, dass die Korruption überall waltet, das sich vor den Fremden fürchtet, das sein Selbstwertgefühl immer noch durch die Erinnerung an die Geschichte, die Aufstände, große Anstrengungen und große Niederlagen bestätigen muss.“¹⁰

⁸ Janina Paradowska: Trudne małżeństwo. In: Polityka, 1. 10. 2005, S. 12-14, S. 14.

⁹ Ibd., S. 14.

¹⁰ Janina Paradowska: Pod znakiem bliźniąt. In: Polityka, 29. 10. 2005, S. 20-22, S. 21.

Minderheitenregierung mit Unterstützung der SO

Wie beschrieben gab es erhebliche Probleme mit der angestrebten Koalition aus PiS und PO. Aufgrund massiven politischen Streits, vor allem in der Frage, welche Partei das Innenministerium erhalten sollte, zeichnete sich deshalb ab Ende Oktober 2005 eine Minderheitenregierung in Polen ab.¹¹ Während der designierte Ministerpräsident Marcinkiewicz am 28. Oktober 2005 noch davon ausging, dass mit der PO weiter verhandelt werden würde, beharrte Jan Rokita darauf, dass die Frage der Koalition bereits erledigt sei. Und inzwischen boten sich die SO und LPR als Partner für die PiS an. Auch schloss der noch amtierende Staatspräsident Kwaśniewski nicht aus, dass es zu Neuwahlen im Januar 2006 kommen könnte.¹²

Schließlich kehrte sich PiS ganz deutlich von den Liberalen ab und am 31. Oktober 2005 wurde eine Minderheitenregierung gebildet.¹³ Der wichtigste Partner in dieser Allianz, der Linkspopulist Andrzej Lepper, nannte den Preis für seine Unterstützung sehr bald:

- Höhere Sozialaufwendungen
- Mindestlöhne
- Steuerfreiheit für Rentner
- Revision der EU-Beitrittsverhandlungen
- Änderung der Statuten der Nationalbank (Konjunkturpflege)

Inwieweit PiS auf diese Forderungen eingehen kann oder will, bleibt abzuwarten, allerdings zeichnet sich deutlich ab, dass die Gebrüder Kaczyński der Wirtschaft weniger Bedeutung beimessen als anderen politisch-moralischen Vorstellungen und Konzepten. Hier ist in erster Linie an die Pläne zu einer Verfassungsreform zur Schaffung einer stark präsidial orientierten IV. Republik zu erinnern. Inzwischen hat man die eigene Macht gefestigt und ausgebaut. Die PiS stellt heute den Staatspräsidenten, den Regierungschef, den Koordinator für die Geheimdienste, alle Minister und die Vorsitzenden von Parlament und Staatsanwaltschaft.¹⁴

Nach drei Monaten Regierungsverantwortung kam es Anfang Februar 2006 zu einem Tolerierungsbündnis der PiS mit zwei populistischen Parteien, das den viel versprechenden Namen Stabilitätspakt trägt. Vorher hatte es ein von taktisches Finessen bestimmtes Spiel um die Verabschiedung des Staatshaushalts für das Jahr 2006 gegeben.¹⁵ Mit Recht hoben die politischen Kommentatoren hervor, dass es bei diesem Spiel um die Macht zu einer weiteren Schwächung der Autorität des Parlaments und zu einer noch stärkeren Entfremdung der politischen Klasse kam, deren Verhalten für die Wäh-

¹¹ Janina Paradowska: Sam PiS czy SAMPiS. In: Polityka, 5. 11. 2005, S. 21-24.

¹² Paweł Wroński, Rafał Kalukin: Lepper: Mamy ludzi do rządu. In: gazeta wyborcza, 28. 10. 2005.

¹³ U. Sd.: Polens Liberale definitiv in der Opposition. Kaczyński zählt auf den Sukkurs des Populisten Leppers. In: NZZ, 5./6. 11. 2005.

¹⁴ T. K.: Wohin treibt Polens Wirtschaftspolitik? Zugeständnisse der Regierung an die Rechtspopulisten. In: NZZ, 5./6. 11. 2005;

¹⁵ Janina Paradowska: SamoPiS czy samopas? In: Polityka, 21. 1. 2006, S. 24-26. Konrad Schuller: Durchgreifende Säuberung und Stabilisierung des Staates. Jarosław Kaczyński einigt sich in Warschau mit zwei Splitterparteien auf ein neues Tolerierungsbündnis. In: FAZ, 4. 2. 2006.

lerschaft noch undurchschaubarer wurde.¹⁶ Die die Politik der Kaczyńskis bestimmende Ideologie wird durch den Wunsch nach einer Stärkung der Staatskontrolle bestimmt. Hierzu soll ein zentrales Antikorruptionsbüro geschaffen werden, auch denkt man im Bildungswesen an eine Stärkung traditioneller Werte, zum Beispiel durch eine eindeutigeren, entschiedeneren Form der patriotischen Erziehung. In diesem Kontext ist auch der enge Schulterschluss mit erzkonservativen Institutionen der katholischen Kirche – wie *Radio Maryja* zu sehen.¹⁷

Deutsche Reaktionen

Der deutschen politischen Publizistik und veröffentlichten Meinung fiel es offenbar schwer, den Wahlergebnissen in Polen etwas Positives abzugewinnen. Die Reaktionen in der deutschen veröffentlichten Meinung fielen zum Teil sehr heftig aus, etwa die Schlagzeile der *taz*, die Kaczyński nicht nur Nationalismus und eine antideutsche Haltung, sondern auch Antisemitismus unterstellte.¹⁸ Zwar betonte Lech Kaczyński in einem ersten Interview für die *Bild*-Zeitung, dass er kein antideutscher Politiker sei, allerdings war den meisten deutschen Beobachtern klar, dass in Polen eine Partei den Wahlsieg errungen hatte, deren Führer darauf stolz ist, dass er mit Deutschland keinerlei Kontakte unterhalten und die polnische Deutschlandpolitik bisher einer scharfen Kritik unterzogen hat. In diesem Kontext sei in erster Linie an die Debatten um das Zentrum gegen Vertreibungen und die Forderungen der „Preußischen Treuhand“ erinnert.

Folglich war in den deutschen Zeitungen auch vom „Triumph des Populismus“, „nationalistischen Tendenzen“ und von „nationalem Konservatismus“ die Rede. Allerdings handelt es sich bei diesen kritischen und ablehnenden Kommentaren – wie Piotr Buras füglich konstatiert – nicht nur um eine Reaktion auf die antideutschen Akzente der Kaczyńskis, vielmehr entspringen diese Reaktionen einer vollkommen anders geprägten politischen und gesellschaftlichen Kultur, einem vollkommen anderen Lebensgefühl innerhalb der deutschen Gesellschaft.¹⁹

Für die meisten Deutschen ist die offene Ablehnung der Homosexualität sowie die Forderung nach Wiedereinführung der Todesstrafe kaum akzeptabel. Auch die Tatsache, dass PiS sich der Unterstützung des ultrakonservativen und katholisch fundamentalistischen *Radio Maryja* bediente, wurde in Deutschland sehr kritisch aufgenommen.

Schließlich wird PiS als antieuropäische Partei wahrgenommen, die sich gegen den Europäischen Verfassungsvertrag aussprach und ständig wiederholte, dass nationale Interessen im Vordergrund zu stehen hätten. Im EP schloss man sich deshalb auch nicht der Europäischen Volkspartei an, sondern zog es bekanntlich vor, der Gruppe „Union für ein Europa der Nationen (UEN)“ anzugehören.

¹⁶ Janina Paradowska: Bardzo Partyjny Blok Współpracy r Rządem? In: *Polityka*, 28. 1. 2006, S. 25-26.

¹⁷ Mariusz Janicki, Wiesław Władyka: Kaczyńskiwego państwo autorskie. In: *Polityka*, 21. 1.2006, S. 28-31.

¹⁸ Stefan Garsztecki: Politisches Erdbeben in Polen? Deutsche Befürchtungen, polnische Kontexte.

In: *osteuropa*, 11 (2005), S. 21-30, S. 21.

¹⁹ Piotr Buras: Niemiecki kłopot z PiS. In: <http://wiadomosci.gazeta.pl>, 4. 11. 2005.

Weltanschaulicher Konservatismus, verbunden mit sozialen Losungen, Antiliberalismus und Euroskeptizismus sowie eine spürbare Abneigung gegen Deutschland stellen eine Mischung dar, die in der Bundesrepublik natürlich auf keine Sympathie stoßen kann. Problematisch erscheint auch eine adäquate Klassifizierung der politischen Orientierung von PiS. Deshalb wurde die Partei von deutschen Kommentatoren auch sehr unterschiedlich, geradezu widersprüchlich charakterisiert. Neben dem am häufigsten benutzten Attribut „national-konservativ“ tauchten auch solche Epitheta wie „links-konservativ“, „rechts-konservativ“, „sozial-konservativ“, „paternalistisch-konservativ“, nationalistisch, rechtspopulistisch auf, wurden PiS „paternalistisch-autoritäre“ und/oder „national-populistische“ Tendenzen zugeschrieben.²⁰

Probleme gibt es auch mit der Frage nach der Form von Konservatismus, um den es sich bei PiS zu handeln scheint. Die strikt antiliberalen Diktion und Haltung der PiS kann von deutschen oder europäischen Konservativen nämlich so nicht geteilt werden.

Der deutsche Konservatismus ist weniger traditionalistisch und stärker pragmatisch ausgeprägt. Und deshalb ist der Liberalismus für ihn gerade kein Gegner, sondern ein wichtiger Partner. Der deutsche Konservatismus ist seinem Wesen nach bürgerlich/staatsbürgerlich orientiert, während der polnische Konservatismus einen katholisch-volkstümlichen Zuschnitt hat. Sein Pendant in Deutschland könnte eventuell bei der CSU gesucht werden. Unabhängig hiervon bleiben die Zweifel am politischen Projekt der PiS, die zur Zeit ganz allein die Regierung in Polen stellt, nicht nur in Deutschland und der EU, sondern auch in Polen, weiterhin bestehen. Hier wird das politische Alltagsgeschäft, das sich in der Regel fern jeglicher Wertedebatte vollzieht, zeigen, wohin die Reise geht.

Unabhängig davon bestehen die in den letzten Jahren entstandenen deutsch-polnischen Konfliktfelder weiter. Allerdings handelt es sich hierbei um Fragestellungen, die nicht nur von der PiS, sondern auch von etlichen anderen polnischen Parteien grundsätzlich anders gesehen werden als dies die deutschen politischen Eliten tun:

- Konflikt um das Zentrum gegen Vertreibungen in Berlin²¹
- Kontroverse um die Entschädigungsansprüche der „Preußischen Treuhänder“
- Polnische Skepsis gegenüber der deutsch-russischen Partnerschaft
- Unterschiede in Fragen der europäischen Integration²²
- Unterschiedliche Behandlung der transatlantischen Beziehungen²³
- Unterschiedliche Bewertung eines möglichen EU-Beitritts der Ukraine²⁴

²⁰ Ibd.

²¹ Theo Mechtenberg: Brauchen wir ein Zentrum gegen Vertreibungen? In: aktuelle ostinformationen, 3-4 (2004), S. 16-26.

²² Zbigniew Wilkiewicz: Polen und die europäische Identität. In: aktuelle ostinformationen, 3-4 (2004),

S. 1-9; ders.: Polen ein Jahr in der EU. In: osteuropa Wirtschaft. 1 (2005), S. 23-36, S. 35-36.

²³ Zbigniew Wilkiewicz: „Neues“ versus „altes“ Europa. Polen zwischen den USA und der EU. In: aktuelle ostinformationen, 3-4 (2004), S. 3-16.

²⁴ Sabina Wölkner: Vor einer Eiszeit? Polen, Russland und der Sieg der PiS. In: osteuropa, 11 (2005), S. 31-41.

Diese Unterschiede traten auch ganz deutlich in einem Interview hervor, das Lech Kaczyński - kurz vor seiner ersten Deutschlandvisite – dem „Spiegel“ gab.²⁵

Ideologische Aufspaltung

Unverkennbar ist dabei, dass es während des erbittert geführten Wahlkampfes zu einer Polarisierung zwischen den katholischen Polen und den „frivolen Liberalen“ kam, die Marcin Król zutreffend als künstliche Zuspitzung bezeichnet.²⁶

PiS und PO hatten nämlich ein durchaus ähnliches Programm in Hinsicht auf das Staatsverständnis und die Staatslenkung, allerdings wurde im Vorfeld der Wahlen kein gemeinsames Programm zur Sanierung des Staates und der Wirtschaft entwickelt. Insgesamt traten inhaltliche Fragestellungen in den Hintergrund und es siegte die Mehrheitsarithmetik.

Dies gilt umso mehr, als noch vor ein paar Monaten niemand vermutet hätte, dass PiS die Unterstützung von SO und *Radio Maryja* in Anspruch nehmen würde. Ebenso wenig galt PO als liberale Partei, zumal sich Spitzenvertreter dieser Partei für gewöhnlich als konservativ definierten. Im Wahlkampf beanspruchte PiS dann für sich, „solidarisch“ zu sein, während man PO eine ausgesprochen liberale Programmatik unterstellte. Es kam zu einer kolossalen Vermischung von Begrifflichkeiten, wobei deutlich wurde, dass nicht die programmatischen, sondern die mentalen Unterschiede zwischen beiden Gruppierungen sehr groß sind.

Dabei scheint klar zu sein, dass die Unterscheidung in katholisch und liberal nicht mit der gesellschaftlichen Realität übereinstimmt, dass sie sich aber mental in den Köpfen der Wählerschaft festgesetzt hat.

Und diese Unterscheidung, die eine so nicht existente Spaltung der polnischen Gesellschaft postuliert, ist insofern brisant und gefährlich, als es sich um eine historisch-moralische Klassifizierung handelt, bei der es überaus schwierig ist, zu einem Kompromiss zu kommen.

Zwar – so Król – sei die Demokratie in Polen nicht gefährdet, aber immerhin gehe es um so zentrale Fragen wie die Modernisierung der Gesellschaft, die Zukunft der EU, das Verhältnis zu Russland und zu Deutschland. Der Kommentator befürchtet deshalb einen Rückfall zu einer anachronistischen Politik, bei der es auch in Zukunft um den Disput über die nationale Zugehörigkeit des Großvaters gehen könnte. Allerdings setzt Król trotz aller Skepsis auf die jüngere, besser ausgebildete Generation in Polen:

„Aber dies müssen Menschen aus anderen Formationen, aus der jüngeren Generation erreichen, Menschen, die Politik nicht persönlich und arithmetisch verstehen, sondern als Kampf um die beste Lösung im Lande. Genauso einen Kampf, wie er kürzlich in Deutschland ausgetragen wurde und wie er in vielen anderen Demokratien ausgetragen

²⁵ „Die Schuld würde wieder relativiert“. Der polnische Präsident Lech Kaczyński, 56, über das Verhältnis zu Deutschland, die Rolle seines Landes in der EU und historische Schwierigkeiten mit Russland.

In: „Der Spiegel“, 10 (2006), S. 113-115.

²⁶ Marcin Król: Polska podzielona na katolików i liberałów. In: <http://wiadomosci.gazeta.pl/wybory>, 2.11.2005.

wird. Ein Kampf, der keinen anachronistischen Charakter hat und nicht nach den bösen Geistern der Vergangenheit ruft.²⁷

Die ersten politischen Maßnahmen der Minderheitsregierung zeigen allerdings, dass man den Wahlkampf und die Wahlkampfsuada nicht ohne Ende fortsetzen können, dass statt Ankündigungen reale politische Strategien gefordert sind. Dabei wird deutlich, dass die Zwillingsbrüder geradezu virtuos damit umgehen, ihre Versprechungen späteren politischen Entwicklungen anzupassen und Symbolpolitik zu betreiben. Dies erweckt bei den politischen Kommentatoren den Eindruck, dass der Traum von der IV. Republik in der Tat auch nur ein Traum bleiben soll. Die Konfrontation mit den polnischen Wählern, bei denen hohe Erwartungen geweckt wurden, könnte freilich bewirken, dass dieser Traum zu einem Trauma wird.²⁸ Zumal sich hieran auch einige Monate nach der Übernahme der Regierung durch die PiS nichts an ihrem Stil verändert hat, sie vielmehr einen recht eigensinnigen Politikstil entwickelt, bei dem kein Zweifel daran gelassen wird, dass nur die PiS die eigentlichen Interessen Polens vertrete.²⁹

²⁷ Ibd.

²⁸ Mariusz Janicki: świat ze słów. In: Polityka, 12. 11. 2005, S. 28-30.

²⁹ Mariusz Janicki, Wiesław Władyka: Krótki kurs języka PiS. In: Polityka, 4. 3. 2006, S. 28-31.

Rudolf A. Mark

Die Republik Belarus: Lukašenka's Playground? – Innenansichten einer Diktatur

„All diese Jahre trage ich dieses helle, kristallene Gefäß mit dem Namen Belarus vorsichtig und fürsorglich in meinen Händen vor mir her. Ich trage es in der Angst, es zu beschädigen, denn es ist sehr zerbrechlich und verletzlich. Nein, wir möchten nicht, dass diese Reinheit und von uns geschaffene Schönheit in die Hände eines verantwortungslosen, zufälligen Politikers fällt.“¹

Einleitung

Die rührselige Eloge und pathetische Selbststilisierung lässt erahnen, mit welchen Beschränkungen der weißrussische Machthaber Lukašenka sich selbst und die Wirklichkeit seines Landes wahrnimmt; er traf damit aber offenkundig die Stimmung nicht weniger Bürger Weißrusslands, die ihm bei der Wahl-Farce am 19. März 2006 ihre Stimmen gegeben haben. Allerdings spricht vieles dafür, dass der ehemalige KGB-Funktionär und Kolchosvorsitzende auch ohne Manipulationen den Sieg davon getragen hätte.

Die Republik Belarus' nimmt unter den Transformationsstaaten des ehemaligen Ostblocks eine absolute Ausnahmestellung ein. Sie stellt nach Miloševićs Sturz europaweit die letzte Diktatur dar, eine „superpräsidentielle Republik mit absoluter Dominanz des Präsidenten und der seiner persönlichen Kontrolle unterliegenden Strukturen“². Außenpolitisch ist die ehemalige Sowjetrepublik weitgehend isoliert, vom Europarat ausgeschlossen und nicht nur ökonomisch abhängig vom östlichen Nachbarn Russland. Die Bevölkerung und Land kontrollierende staatliche Allmacht, verkörpert in der Person Aleksandr Lukašenkas und evident in seiner präsidentiellen Machtvertikale, gemahnt eher an die despotischen Regime des Turkmenbaši in Ašhabat oder Islam Karimovs in Usbekistan denn an Staats- und Gesellschaftsformen, wie man sie in Mitteleuropa erwartete. Angesichts fehlender Reformen und einer rückwärtsgewandten Staatsphilosophie, die sich in einer nostalgischen Verklärung des sowjetischen Systems und dessen vielfacher institutionellen Restauration äußert, kann man Weißrussland durchaus als „Antimodell“ im Kontext der osteuropäischen Transformationsprozesse qualifizieren.³

Im Land selbst sehen nicht nur die Stützen des Regimes die Lage anders und verweisen auf das prächtige Bild, das die Hauptstadt Minsk dem Betrachter bietet, sowie auf die

¹ Lukašenka im September 2004, zitiert nach Astrid Sahn: Nach der Wahl ist vor der Wahl. Belarus weiter auf Isolationskurs?, in: Osteuropa [im weiteren abg. OE], 1 (2005), S. 78.

² Anna V. Luneva: Režim Lukašenko. Politiko-ekonomičeskaja Panorama Respubliki Belarus'. Moskva 2004, S. 7.

³ Vgl. Heinz Timmermann: Belarus zwischen Russland und EU, in: Ernst Piehl/ Peter W. Schulze/ Heinz Timmermann: Die Offene Flanke der Europäischen Union. Russische Föderation, Belarus, Ukraine und Moldau. Mit einem Geleitwort von Egon Bahr. Berlin 2005, S. 255; Roland Scharff (Hrg.): Belarus. Zwischenbilanz einer stornierten Transformation. Osnabrück 2001 (=Osnabrücker Studien, Bd. 18); Christoph von Werdt: Belarus und die Gegenwart der Sowjetunion, in: Carsten Goehrke/ Seraina Gilly (Hrg.): Transformation und historisches Erbe in den Staaten des europäischen Ostens. Bern 2000, S. 285-329; Hans-Georg Wieck: Demokratieförderung in Belarus'. Eine harte Nuß für die europäischen Institutionen, in: OE, 7 (2002), S. 871-884.

dynamische Entwicklung der heimischen Wirtschaft. Und tatsächlich konnte sich Weißrussland in den letzten Jahren hoher Wachstumsraten von bis zu 10% in einzelnen Sektoren rühmen. Sie sind nicht nur Ergebnis manipulierter Statistiken, sondern auch Resultat Moskauer Transferleistungen und günstiger Absatzmöglichkeiten weißrussischer Produkte auf dem russländischen und dem GUS- Markt. Die Bevölkerung weiß die verbesserten Lebensbedingungen zu schätzen und schreibt sie vor allem „Väterchen Lukašenka“ zu, der soziale Sicherheit und Stabilität in einer sich immer komplexer gestaltenden Welt zu garantieren scheint. Seine Selbststilisierung als umsichtiger, bescheidener Pater familias, als Gralshüter von Weißrusslands Wohl und Wehe, aber auch sein Talent, für Fehler, Fehlentwicklungen und Defizite stets geeignete Sündenböcke liefern zu können, machen ihn in den Augen einer obrigkeitsfixierten Bevölkerung zum einzigen Wahrer ihrer Interessen.⁴ Dies haben auch die hohe Zustimmung für eine dritte Amtsperiode und die Ergebnisse der Präsidentenwahl deutlich gemacht, ungeachtet aller Manipulationen seitens des Regimes.⁵

Das Regime Lukašenka

Diktatorische Willkür, Repressionen und systematische Missachtung von Menschen- und Bürgerrechten charakterisieren das politische System der Republik Belarus unter Lukašenka. Hier herrschen weder Gewaltenteilung noch Rechtsstaatlichkeit, und zivilgesellschaftliches Engagement wird durch wirtschaftliche Not und eine überkommene Untertanenmentalität weiter Kreise der Bevölkerung nicht weniger behindert als durch permanente Übergriffe der Behörden gegen Opponenten und Andersdenkende. Zwar wurden 2002 von den existierenden 45 politischen Parteien 18 von den Behörden neu registriert und damit geduldet, aber anders als in den Demokratien weltweit, wo Opposition ein konstitutives Element des politischen Systems bildet, ist sie in Weißrussland weitgehend marginalisiert.⁶ Es existiert kein Parlament, in dem Parteien und Abgeordnete den Willen des Souveräns in politische Entscheidungen umsetzen und Regierung und Verwaltung kontrollierten; denn seit seinem Machtantritt 1994 hat Lukašenka gegen den Geist der Verfassung und oft durch Verfassungsbruch das politische System Weißrusslands systematisch deformiert und seiner persönlichen Machtsicherung dienlich gemacht. So ersetzte er im November 1996 die 1993 verabschiedete demokratische durch eine neue Verfassung, die das Präsidentenamt mit einer die Gewaltenteilung negierenden Fülle an Kompetenzen und Rechten ausstattet.

Laut Art. 79 bis 85 der „Lukašenka-Verfassung“ konzentriert der Präsident nicht nur alle exekutiven Vollmachten in seinen Händen, er kann zudem jederzeit Regierung und Parlament auflösen. Er bestimmt außerdem mehr als die Hälfte der Obersten Richter, die Hälfte der Mitglieder der zentralen Wahlkommission, er ernennt und entlässt die Verwaltungsspitzen auf allen Ebenen bis in die Kommunen und er kann Dekrete und Ver-

⁴ Vgl. David R. Marples: Bac'ka Lukašenka. Herrschaft ohne Charisma, in: OE, 2 (2004), S. 18-29; Timmermann, Belarus, S. 262.

⁵ Sahm, Nach der Wahl ist vor der Wahl, S. 78 f.

⁶ Alexander Feduta/Oleg Boguzkij/Wiktor Martinowitsch: Politische Parteien in Belarus als notwendiger Bestandteil der Zivilgesellschaft: Seminardokumentation, Minsk 2003 (http://www.fes.open.by/Publik/Politische_Parteien_De.pdf), S. 19.

ordnungen mit Gesetzeskraft erlassen – um nur die wichtigsten Machtkompetenzen anzuführen. Lukašenka betrachtet sich zudem als Garant der Verfassung und Schiedsrichter über die staatlichen Gewalten. Da er zudem Einfluss auf die Besetzung der Direktorenposten der nach wie vor fast ausschließlich unter staatlicher Regie stehenden Wirtschaftsunternehmen nimmt, die Medien kontrolliert und offensichtlich über Finanzmittel jenseits des öffentlichen Budgets verfügt, steht seiner diktatorischen Machtausübung nichts im Wege.⁷ Parteien und Parlamentariern obliegt hier nur die Funktion politischer Wasserträger bzw. die Rolle von Statisten.

Lukašenka und sein Regime haben die klassische Partei der Macht, die KPdSU und ihre Strukturen, abgelöst bzw. diese dem personalen Herrschaftssystem integriert. So bekleiden nicht wenige ehemalige Nomenklaturisten, organisiert vor allem in der KPB (Kommunistische Partei Weißrusslands), hohe Positionen im Staats- und Regierungsapparat, in Wirtschaft und Verwaltung, wobei sie durch ihre vorbehaltlose Loyalität gegenüber dem Präsidenten zu den tragenden Stützen des Regimes gehören. Ihnen war auch keine andere Wahl geblieben, da es Lukašenka von Beginn an verstand, die nicht nur unter der ländlichen Bevölkerung herrschende Sowjetnostalgie zu bedienen, und die abgehalfterte kommunistische Nomenklatura sich dessen populistischen Attacken nicht gewachsen erwies. Sie fügte sich daher in die Verhältnisse, gab die Forderung: „Alle Macht den Sowjets“ auf, weil ein „ehrlicher Präsident“, der wie Lukašenka von einer großen Mehrheit der Bevölkerung gewählt worden sei, „auch eine Form von Volksherrschaft“ darstelle, wie der Erste Sekretär der KPB schon 1997 seinen Parteigenossen beibrachte.⁸ Seither können sie sich durchaus zu den Profiteuren des Regimes rechnen.

Andersdenkende, Oppositionsparteien und NGOs kämpfen dagegen seit vielen Jahren um das persönliche wie um das institutionelle Überleben. Zahlreiche Kritiker des Regimes, gleich ob Minister, Beamte, Oppositionspolitiker oder Journalisten haben für ihre Proteste nicht nur mit Haftstrafen oder Flucht ins Exil büßen müssen. Nicht wenigen ist Schlimmeres widerfahren, wie ihr spurloses Verschwinden befürchten lässt.⁹ Medien, Parteien und NGOs werden im System Lukašenka massiven Repressionen ausgesetzt, um sie gefügig zu machen bzw. zum Aufgeben zu zwingen. Rundfunk und Fernsehen sind längst zu reinen Verlautbarungsinstitutionen des Regimes gleichgeschaltet worden und auch von freier Presse kann keine Rede sein. Ungeachtet aller internationalen Proteste ist die Pressefreiheit seit Lukašenkas Machtantritt 1994 systematisch verletzt und inzwischen fast vollständig beseitigt worden. Durch zahlreiche Dekrete, fortlaufende Novellierungen des Pressegesetzes, durch Gerichtsverfahren wegen angeblicher Verleumdung des Präsidenten und von Behörden sowie durch eine Vielzahl von administra-

⁷ Dazu Rainer Lindner: Präsidialdiktatur in Weißrußland. Wirtschaft, Politik und Gesellschaft unter Lukašenka. In: OE, 10/11 (1997), S. 1043-1052; Heinrich Linus Förster: Von der Diktatur zur Demokratie – und zurück? Eine Auseinandersetzung mit der Problematik der Systemtransformation am Beispiel der ehemaligen Sowjetrepublik Belarußland. Hamburg 1998, S. 304; Jadviga S. Jaskevič: Osnovy ideologii belorusskogo gosudarstva. Voprosy i otvety. Minsk 2004, S. 125; Timmerman, Belarus zwischen S. 265 f.

⁸ Socialističeskaja revolucija prodolžaetsja. Doklad pervogo sekretarja Kommunističeskoj partii Belorussii Viktora Čikina na XXXIV s-ezde KPB, in: My i Vremja. Gazeta Kommunističeskoj partii Belorussii, no. 32-33 (232) oktjabr' 1997, S. 4.

⁹ Vgl. Ich les chvaljue Belarus', Narodnaja Volja, No 215 (1037), 21. 11.2000, S. 1; Johannes Voswinkel: Wo der KGB noch KGB heißt, DIE ZEIT, Nr. 4, 15. 1. 2004, S. 7

tiven und bürokratischen Tricks werden Journalisten eingeschüchtert und verfolgt, ihre Zeitungen und andere Medien verboten bzw. in den wirtschaftlichen Ruin getrieben. Als Ausweg bleibt dann oft nur noch die Verlegung von Redaktionen ins Ausland, soweit Mittel und Möglichkeiten vorhanden sind.¹⁰

Dass nicht nur Kritik und Meinungsfreiheit beseitigt werden sollen, sondern das Regime auch präventiv gegen autonome Institutionen, die sich dem Selbstbestimmungsrecht des Individuums und europäischen Werten verpflichtet sehen, vorgeht, machte in den letzten Monaten auch der Fall der Europäischen Humanistischen Universität in Minsk deutlich. Diese international hoch angesehene Hochschule musste im August 2005 ihren Betrieb einstellen, da offenkundig allein schon ihre Existenz dem Despoten in Minsk ein Dorn im Auge war, und Zuflucht im Exil suchen. Gefunden haben es Dozenten und Studierende in Vilnius, wo nun mit Hilfe Litauens, mit deutschen und vor allem mit EU-Mitteln seitdem der akademische Betrieb fortgesetzt wird.¹¹

Parteien und ihre Gefolgschaft stehen nicht nur unter ständiger Beobachtung der Behörden und Sicherheitskräfte, das Regime versucht auch auf vielfältige Weise, die Teilnahme von Oppositionsparteien an Wahlen zu verhindern. Da Lukašenka die Entscheidungen des weißrussischen Scheinparlaments beliebig manipulieren kann, gehören auch ständige Gesetzesnovellierungen zu den gegen kritische Parteien eingesetzten „administrativen Ressourcen“. So mussten sich im Januar 1999 alle Parteien neu registrieren lassen, und ein Jahr später bestimmte ein neues Wahlgesetz, dass jede Partei statt bisher 500 mindestens 1000 Mitglieder nachweisen und in mindestens vier der sechs Gebiete vertreten sein müsse. Bürokratische Schikanen, das Verbot, Parteien anders als durch die spärlichen vom Staat bewilligten Geldbeträge zu finanzieren, die Verweigerung von Sendezeit in Rundfunk und Fernsehen, die Verfolgung kritischer Berichterstattung, die Bestimmung, dass ein gültiges Mandat die Wahlbeteiligung von mindestens 50% der wahlberechtigten Bevölkerung eines Wahlkreises voraussetzt, sowie nicht zuletzt die massive Bedrohung und die Anwendung physischer Gewalt verhindern, dass Lukašenka-kritische Kandidaten Parlamentsmandate gewinnen.¹² Zwar haben oppositionelle Parteien einige Sitze in regionalen und lokalen Sowjets inne; im nationalen Parlament, der Repräsentantenkammer sind sie seit 1997 nicht mehr vertreten. Daran konnten auch alle Vermittlungsversuche von OSZE und anderen europäischen Institutionen nichts ändern.

¹⁰ Zu diesen skandalösen Verhältnissen siehe Ute Schaeffer: Belarus: from bad to worse? The media situation in Belarus and the bilateral journalistic approach between Belarus and Western Europe, in: Oleg Manaev (Ed.): Recent developments in Belarusian politics, society, and media. Bochum 2004; Wladimir Dorochoiw: Massenmedien in Belarus. Presse – Rundfunk – Agenturen – Online-Medien. Ein Überblick. Berlin 2005.

¹¹ Eine wissenschaftliche Hochschule im Exil, Neue Zürcher Zeitung [im Weiteren NZZ], Nr.7, 10.1.2006, S.5.

¹² R. Lindner/A. Sahn: „Dialog“ ohne Dialog vor „Wahlen“ ohne Wahl? Belarus' am Vorabend der Parlamentswahlen, in: OE, 9 (2001), S. 992; H. Linus Förster: Wahlen im Transformationsprozess der Republik Belarus, in: Klaus Ziemer (Hg.): Wahlen in postsozialistischen Staaten. Opladen 2003, S. 45; Ot diktatury čerez demokratiju – k socializmu! Otčet Centralnogo Komiteta PKB VII (XXXVIII) s-ezdu Partii kommunistow Belorusskoj (dokladčik – pervyj sekretar' CK PKB Sergej Kaljakin, http://pkb.promedia.by/22-23_05_03/003.htm (12.09.2005)

Opposition in Nöten

Zur Opposition gehören in Lukašenkas Staat alle Personen, Gruppen und Organisationen, die sich nicht uneingeschränkt dem diktatorischen Regime beugen. Dessen ungeachtet versucht die Opposition die wenigen Spielräume zu nutzen, die ihr geblieben sind. Vor allem gibt es immer wieder Bemühungen, die Kräfte zu bündeln, um geeint den vielfachen Repressionen und Verfolgungen gewachsen zu sein, aber auch um der Bevölkerung eine glaubhafte politische Alternative zu bieten. So wurden auch auf Initiative der OSZE seit Ende der 1990er Jahre Beratungs- und Koordinierungsräte der demokratischen Kräfte ins Leben gerufen. Diese führten Parteien und NGOs zusammen, die von der nationalistischen Belarussischen Volksfront (BNF) und der liberalen Vereinigten Bürgerpartei (OGP) über sozialdemokratische Gruppierungen bis hin zu den oppositionellen Kommunisten, Gewerkschaften, der demokratischen Initiative Charta –97 und der Frauenpartei „Hoffnung“ reichten.¹³ Sehr erfolgreich waren diese Vereinigungsbestrebungen zunächst jedoch nicht, da die Kooperationsbereitschaft der beteiligten Gruppen sehr zu wünschen übrig ließ. So konnten sie sich auf keine gemeinsame Haltung einigen, als die OSZE versuchte, einen Dialog zwischen Opposition und Regierung zustande zu bringen. Die andauernden Repressionen des Regimes, das wenig Neigung zeigte, nachzugeben, Misstrauen gegenüber den wahren Absichten Lukašenkas wie der OSZE und nicht zuletzt die persönlichen Ambitionen einzelner Parteiführer verhinderten schließlich die Teilnahme der Opposition. Eine Ausnahme bildeten lediglich die Reformkommunisten der PKB.¹⁴

Auch bei den Parlamentswahlen 2000 hatte sich die Opposition auf keine gemeinsame Strategie einigen können. Während damals die meisten Parteien aus Protest die Wahl boykottierten und keine Kandidaten nominierten, ging die PKB eigene Wege – ohne Erfolg. Denn nur erklärte Anhänger des Präsidenten konnten Sitze in der Repräsentantenkammer, Lukašenkas Scheinparlament, gewinnen. So hatten die wenigen regimeloyalen Parteien 16 und die so genannten „unabhängigen“ Kandidaten 94 von den insgesamt 110 Mandaten erhalten.¹⁵ Die Behörden hatten alles unternommen, um die gewünschten Wahlergebnisse zu erreichen. So waren Kandidaten wegen angeblichen Regelwidrigkeiten sowie durch Einschüchterung und Gewaltandrohung von der Teilnahme abgehalten und den Parteien der Zugang zu den Medien verwehrt worden.¹⁶ Darüber hinaus werden sie bis heute durch ein Wahlgesetz behindert, das diese Bezeichnung nicht verdient. Alle Parteien besitzen zudem nur ein sehr geringes Ansehens unter der weißrussischen Bevölkerung. Zum einen, weil Lukašenka jene systematisch als fünfte Kolonnen des Auslands diffamiert, die den nationalen Konsens störten, zum anderen, weil deren

¹³ Ot diktatury cherez demokratiu; Feduta/Bogutzkij/Martinowitsch, Politische Parteien, S. 24-26; Elena Korosteleva: The Emergence of a Party system, in: Stephen White/ Elena Korosteleva/ John Löwenhardt (ed.): Postcommunist Belarus. Lanham 2005 S. 49.

¹⁴ Lindner/Sahm, „Dialog“, S. 992-994; Astrid Lorenz, Aufbruch aus der Talsohle? Belarus' an der Schwelle zum neuen Jahrtausend, in: OE, 3 (2000), S. 251-258; Feduta/Bogutzkij/Martinowitsch, Politische Parteien, S. 24-26.

¹⁵ Luneva, Režim Lukašenko, S. 24.

¹⁶ Die Medien im Wahlkampf. „Ein-Mann-Theater“. In: Belarus-News [im Weiteren B-N], Nr. 15, (Herbst 2001), S. 8.

offenkundige Defizite auf wenig Verständnis bei einer verunsicherten Wählerschaft stoßen.

Dessen ungeachtet waren vor allem die rigorosen Bestimmungen des Wahlgesetzes sowie die staatlichen Repressionen für die Wahlniederlagen der Oppositionsparteien verantwortlich. So durfte niemand kandidieren, der im Vorjahr auch nur wegen Regelverstößen verurteilt worden war, was automatisch viele ständig von den Behörden schikanierte Oppositionskandidaten ausschloss. Wahlbewerbern konnte zudem die Registrierung verweigert werden, wenn auch nur eine Unterschrift auf den Nominierungsunterlagen ungültig war. Eine weitere Hürde stellte die Bestimmung dar, Einkommen und Eigentum zu deklarieren, was viele Kandidaten, die nichts zu verstecken hatten, unterließen und daher zur Wahl nicht zugelassen wurden. Ironischerweise betraf dies vor allem auch kommunistische Bewerber, die für diese Regelung in der Wahlordnung gestimmt hatten.¹⁷ Auf diese Weise gerieten die Wahlen zu einer Farce, die vom Regime inszeniert wurde, um sicherzustellen, dass „unabhängige“ Kandidaten – Repräsentanten der „Partei der Macht“ - die Mehrheit im Repräsentantenhaus bildeten.¹⁸

Auch bei den Präsidentschaftswahlen 2001 ließ das Regime nichts unversucht, um Lukašenkas Wiederwahl durch den Einsatz „administrativer Ressourcen“ zu sichern. Die Opposition schien Lehren aus den Parlamentswahlen gezogen zu haben und einigte sich nach einigem Zögern auf Vladimir Hončarik, den Vorsitzenden des weißrussischen Gewerkschaftsverbandes, als gemeinsamen Präsidentschaftskandidaten. Mit gerade 15,4 % der abgegebenen Stimmen ging er schließlich weit abgeschlagen vom Amtsinhaber aus den Wahlen hervor, die von den meisten Wahlbeobachtern als „weder frei noch demokratisch“, praktisch den Normen von Europarat und OSZE widersprechend bezeichnet wurden.¹⁹ Mutatis mutandis galt dies auch für die Kommunalwahlen 2003. Die wiederum sehr zersplitterte Opposition²⁰ ging als klarer Verlierer aus den Urnengängen hervor, während Lukašenka ein weiteres Mal erfolgreich demonstriert hatte, dass er die politische Entwicklung seines Landes nach Belieben manipulieren konnte und er nicht bereit war, Macht – auf welcher Ebene auch immer – mit anderen Kräften zu teilen.²¹ So hatten auch dieses Mal regimeloyale Kandidaten die meisten der über 24.000 Mandate erhalten; Parteienvertreter hatten insgesamt lediglich 257 Sitze gewonnen, von denen 185 auf die beiden kommunistischen Parteien fielen.²²

¹⁷ Yury Patsiomkin: Authorities Push Loyal Candidates to Parliament, <http://elections.belapan.com/main/eng/show.php?show=658&rubrica=23> (2. 8. 2005).

¹⁸ Vgl. ebd.; Korosteleva, The Emergence of a Party System, S. 51 f.; Förster, Wahlen im Transformationsprozeß, S. 45.

¹⁹ Chronologie der Ereignisse in Belarus vom 16.06.01 bis 15.09.01. In: B-N, Nr. 15, (Herbst 2001), S. 15; Vier Jahre OSZE - Berater- und Beobachtergruppe Förderung der demokratischen Institutionen in Belarus, in: B-N, Nr. 16, (Winter 2001), S. 6; Afterword. The presidential election of September 2001, in: Korosteleva/ Lawson/ Marsh, Contemporary Belarus, S. 193 f.

²⁰ Neugruppierung der Parteienlandschaft, in: B-N, 16, (Winter 2001), S. 9; Welche Wahlmöglichkeiten bieten die Wahlen? Harter Kampf um die Startpositionen im Vorfeld der Kommunalwahlen, in: B-N, Nr. 20, (Winter 2003), S. 12.

²¹ Vgl. Vorzeitige Abstimmung ohne große Auswahl. Kommunalwahlen verlaufen nach Szenario der Staatsmacht, in: B-N, Nr. 21, (April 2003), S. 7.

²² Zusammensetzung der lokalen Räte nach den Kommunalwahlen vom 2. März 2003, in: B-N, Nr. 21, (April 2003), S. 9.

Die Parlamentswahlen des Jahres 2004 zeigten ein weiteres Mal, wie weit das politische System in Belarus von allen demokratischen Standards Europas entfernt ist, wie systematisch Menschen- und Bürgerrechte missachtet werden, aber auch, dass die Opposition wenig aus der Vergangenheit gelernt hatte. Denn obgleich sich letztere im Januar 2004 zu einer Wahlkoalition „Fünf+“ zusammengefunden hatte, hielt der Block nicht lange. Seinen Kandidaten war es zwar gelungen, sich in 83 der 110 Wahlkreise tatsächlich registrieren zu lassen, da aber die Oppositionskandidaten gegeneinander kandidierten und so Stimmen aufsplitterten, war ihnen jeder Erfolg verwehrt geblieben. Lukašenka hatte wieder ein Parlament ohne Opposition.²³

Lukašenka und kein Ende?

Ein neuer Anlauf zu einer gemeinsamen Oppositionsstrategie wurde 2005 unternommen. Einen Anstoß hatte Lukašenkas Ankündigung gegeben, sich im Frühjahr 2006 wiederum um das Präsidentenamt bewerben zu wollen. Dazu hatte er ein weiteres Mal durch ein Referendum, das parallel zu den Parlamentswahlen 2004 abgehalten wurde, die Verfassung ändern lassen, da diese, von ihm 1996 bereits manipuliert, keine dritte Amtszeit vorsah. Wider mancher Erwartungen hatte er dabei eine überraschend hohe Zustimmung erhalten, da bei einer Wahlbeteiligung von offiziell 90,28 % rund 88% der Wahlberechtigten und damit 79,4 % aller Wahlberechtigten für eine weitere Amtsperiode und damit für die Fortsetzung des Lukašenka-Regimes votiert hatten.²⁴ Diesmal hatte sich die Opposition zu einer Koalition „Zehn+“ zusammengeschlossen, die den ehemaligen Stellvertretenden Bürgermeister von Grodno Aleksandr Milinkevič als Herausforderer des Amtsinhabers unterstützen wollte.²⁵ Dass aus der Wahl-Farce vom 19. März 2006 wiederum Lukašenka mit angeblich 82,6 % als Sieger hervorging²⁶, war erwartet worden. Dies hätte unter den gegebenen Umständen auch die beste Opposition nicht verhindern können. Der Minsker Diktator konnte von einer günstigen Wirtschaftskonjunktur profitieren, deren Wachstumsraten der Bevölkerung in den letzten Jahren einen zwar recht bescheidenen, aber wachsenden Lebensstandard beschert haben, für den eine Mehrheit im Lande Lukašenka sehr dankbar ist. Dass dies alles auf Kosten von Erneuerungsinvestitionen und einer stabilen Wirtschaftsentwicklung passiert²⁷, interessiert die an Subventionen und staatlichen Paternalismus gewöhnten Menschen genauso wenig wie die massiven Wahlmanipulationen und die Verfolgung von Opponenten oder Andersdenkenden. Allerdings darf dabei nicht übersehen werden, dass nicht wenige von ihnen sich auch aus Angst vor der Brutalität des Regimes und seiner Handlanger den Verhältnissen gefügt haben.²⁸ So hat es Lukašenka ein weiteres Mal geschafft, von

²³ Vgl. A. Sahn: Nach der Wahl ist vor der Wahl. Belarus weiter auf Isolationskurs? In: OE, 1 (2005), S. 79-81

²⁴ Ebd., S. 78.

²⁵ „Ich verspreche euch den Sieg nicht“. Gemeinsamer Kandidat der Opposition bleibt vorsichtig. In: B-N, Nr. 30, (Herbst 2005), S. 5 f.

²⁶ Für Milinkevič sollen 6 %, für Hajdukevič 3,5 % und für Kazulin 2,5% gestimmt haben, Vorläufig keine „Jeans-Revolution“ in Minsk, NZZ, Nr. 67, 21.3.2006, S. 1.

²⁷ Vgl. Belarus: Wirtschaftsprognose für 2006-2010, Pressemitteilung Nr. 66, Berlin, den 21. Okt. 2005, Botschaft der Republik Belarus in der Bundesrepublik Deutschland; Weißrußland lebt über seine Verhältnisse, FAZ, 18.3.2006, S. 12.

²⁸ Das Gesicht des Widerstands, FAZ, 14.3.2006, S. 3

Russland alimentiert, von vielen im GUS-Raum bewundert²⁹ und von Europa halbherzig kritisiert an der Macht zu bleiben, wider Recht und Gesetz und allen Grund- und Bürgerrechten zum Hohn.

Dessen ungeachtet haben die anhaltenden Protestaktionen nach der Wahl gezeigt, dass der Widerstand gegen das Regime nicht ganz auszuschalten ist. Hier scheint ein Funke aus Kiev übergesprungen zu sein. Er wird aus den oben dargestellten Gründen keine Revolution entfachen, aber möglicherweise zur Formierung eines Oppositionslagers beitragen, das sich nicht mehr von der politischen Bühne des Landes verjagen lassen wird. Helfen kann auch eine entschiedene Haltung der EU und des diplomatischen Corps vor Ort. Da zudem „Big Brother“ Putin kein allzu großes Interesse haben dürfte, durch ein zu brutales Vorgehen Lukašenkas in Minsk auch einen Schatten auf Russlands Vorsitz in der G-8 Gruppe sowie im Ministerrat des Europarates fallen zu sehen, stehen die Auspizien für Milinkievič und seine Unterstützer nicht ungünstig.

²⁹ Die in Russland populärsten GUS-Politiker, Pressemitteilung Nr. 76, Berlin, den 7. Dez. 2005, Botschaft der Rep. Belarus in der Bundesrepublik Deutschland.

Luisa Pauge

Geburt der Zivilgesellschaft in der Ukraine? Eine Analyse der ukrainischen Zivilgesellschaft von 1985 bis 2005

(Luisa Pauge, Jahrgang 1984, studierte in Münster und Freiburg Jura und Politikwissenschaften. Derzeit absolviert sie ein Erasmus-Studium in Fribourg/Schweiz)

Einleitung

Seit ihrer Unabhängigkeit im Jahre 1991 galt die Ukraine vielen Beobachtern als „hoffnungsloser Transitionsfall“¹, denn im Gegensatz zu den übrigen postsozialistischen Staaten wurde die Ukraine durch das sog. „Dilemma der Gleichzeitigkeit“² vor eine gleich vierfache Herausforderung³ gestellt. Nicht nur Demokratisierung und ökonomische Transformation⁴ mussten hier infolge des Zusammenbruchs der UdSSR parallel bewältigt werden. Die Ukrainer sahen sich nach jahrhundertlanger Fremdherrschaft insbesondere der Aufgabe gegenüber, einen Staat aufzubauen und neben einer lebendigen Zivilgesellschaft⁵ auch eine nationale Identität zu entwickeln. Und obwohl die ukrainische Staatsbildung als gelungen bezeichnet werden kann, so wurden Reformen in vielen Bereichen von Gesellschaft und Wirtschaft „verschleppt oder nur simuliert.“⁶ Die Ermordung des regierungskritischen Journalisten Gongadse, die eine schwere innenpolitische Krise auslöste und auch international viel Aufsehen erregte, war nur der markanteste Höhepunkt in einer langen Reihe negativer Schlagzeilen - die demokratische Konsolidierung der Ukraine schien in weite Ferne gerückt.⁷

Mit der „Orangenen Revolution“ im Winter 2004 überraschten die Ukrainer dann nicht nur alle ausländischen Beobachter, sondern vor allem auch sich selbst: Aus Protest gegen die eklatanten Wahlfälschungen während der Präsidentenwahlen strömten die Menschen zu Hunderttausenden auf die Straßen Kiews. Dort harrten sie bei eisiger Kälte in wochenlangen Kundgebungen geduldig aus, bis das alte Regime seine Niederlage schließlich eingestehen musste – die „Orangene Revolution“ hatte gesiegt. Nicht nur den Schriftsteller *Andrej Kurkow* veranlasste dies zu der euphorischen Feststellung: „In der Ukraine ist die Zivilgesellschaft geboren.“⁸ Ist aber die ukrainische Zivilgesellschaft

¹ Fritz (2001): S. 1022. Der Begriff der „Transition“ bezeichnet laut W. Merkel den „Übergang von autokratischen zu demokratischen Systemen.“ In Merkel (1999): S. 75 f.

² Dieser von C. Offe geprägte Begriff spielt auf das „Dilemma“ der postsozialistischen Staaten an, nach dem Zusammenbruch der UdSSR die demokratische und ökonomische Transition gleichzeitig, d.h. zeitlich parallel bewältigen zu müssen. In: Offe (1994): S. 64.

³ T. Kuzio prägte für die Ukraine den Begriff der sog. „Quadruple Transition“. S. D’Anieri./Kravchuk./Kuzio (1999): S. 3 ff.

⁴ Der Begriff der „Transformation“ wird hier nach dem Begriffsverständnis von Merkel als „Oberbegriff für alle Formen, Zeitstrukturen und Aspekte des Systemwandels und Systemwechsels benutzt“. In Merkel (1999): S. 76.

⁵ Zum Terminus „Zivilgesellschaft“ und der Abgrenzung bzw. Unterscheidung zur „Bürgerlichen Gesellschaft“, „civil society“ und „société civile“ etc. vgl. z.B. Beyme (2000): S. 43 f., kritisch beispielsweise Hann (2000): S.88 f.

⁶ Simon (2002): S. 13.

⁷ Neben vielen anderen vgl. nur Bos (2004): S.469; 510/511.

⁸ Andrej Kurkow im Interview mit Barbara Oertel in der TAZ, 2.12.2004 (Nr. 7529), S. 4.

tatsächlich so stabil und lebendig, wie solch begeisterte Kommentare⁹ es vermuten lassen?

Die Relevanz dieser Fragestellung wird vor dem Hintergrund deutlich, dass einer vitalen Zivilgesellschaft im Prozess der demokratischen Konsolidierung eine Schlüsselrolle zukommt. Es ist zwar höchst umstritten, in welchem Verhältnis Demokratie und Zivilgesellschaft zueinander stehen oder was genau unter demokratischer Konsolidierung eigentlich zu verstehen ist.¹⁰ In der langen Theorietradition des Begriffes der „Zivilgesellschaft“ wurden aber viele gewichtige Argumente entwickelt, die auf die wesentliche Bedeutung von Zivilgesellschaften für die Stärkung von Demokratien und damit auch für die demokratische Konsolidierung politischer Systeme schließen lassen. Je nach Theorie werden der „Zivilgesellschaft“ beispielsweise eine „Schutzfunktion“ (Locke), „Vermittlungsfunktion“ (Montesquieu) oder „Sozialisierungsfunktion“ (Tocqueville) zugewiesen; andere betonen insbesondere ihre „Gemeinschaftsfunktion“ (Kommunitarismus) oder „Kommunikationsfunktion“ (Kritische Theorie).¹¹

Obwohl diese Argumente je nach Form und Verständnis von Zivilgesellschaft variieren¹² und auch mögliche negative Auswirkungen von Zivilgesellschaften auf die Konsolidierung nicht außer Acht gelassen werden dürfen¹³, so herrscht doch in einem Punkt Einigkeit: Zivilgesellschaften können Demokratien stärken und zu einer erfolgreichen demokratischen Konsolidierung junger Demokratien beitragen. Die Untersuchung der Frage, wie stabil die ukrainische Zivilgesellschaft tatsächlich ist und wie sie sich weiter entwickeln wird, kann somit auch als ein Indiz für den weiteren Verlauf der demokratischen Konsolidierung gewertet werden.

Dieser Fragestellung wurde im übrigen bis zum Winter 2004 sowohl im Westen als auch in der Wissenschaft¹⁴ nur wenig Aufmerksamkeit zuteil, was angesichts der Größe und geostrategischen Bedeutung der Ukraine durchaus als verblüffend bezeichnet werden kann. Seit der Orangen Revolution aber ist die Ukraine im öffentlichen Bewusstsein präsent – eindrucksvoll veranschaulicht wird dies insbesondere durch die Zahl der wissenschaftlichen Studien und publizistischen Arbeiten, die seitdem veröffentlicht wurden. Jede Arbeit zu der oben genannten Fragestellung sieht sich aber immer noch mit der

⁹ Die Einschätzung Taras Kuzios sei hier als nur ein Beispiel für viele andere, ähnlich optimistische Interpretationen der „Orangen Revolution“ genannt: „Ukraines’s Orange Revolution unearthed a vibrant civil society that few scholars and analysts believed had existed.“ In: Kuzio (2005): S. 1.

¹⁰ Umstritten sind dabei (neben dem Begriff der „Demokratie“ selbst) sowohl der Beginn der Konsolidierung als auch die Frage, wann eine Demokratie schließlich als konsolidiert gelten kann. Vgl. Merkel, W. (1999): S. 30 ff.; 143-169 sowie auch Schmidt (2000): S. 19 u. 29 ff. Zum Verhältnis von Demokratie/Zivilgesellschaft vgl. auch Croissant/Lauth/Merkel (2000): S.19.

¹¹ Ein ausführlicherer Überblick über die hier lediglich verknüpft geschilderten Argumente findet sich u.a. bei Croissant/Lauth/Merkel (2000): S. 11 ff. sowie bei Merkel/Lauth (1998): S. 6; Kocka (2000): S. 13 ff.; Beyme (2000) u.v.a.

¹² W. Merkel weist außerdem darauf hin, dass viele dieser Argumente für „reife“ Demokratien entwickelt wurden und damit nicht uneingeschränkt für „junge Demokratien“ und vor allem die Phase der demokratischen Konsolidierung gelten. Vgl. auch Croissant/Lauth/Merkel (2000) : S. 36.

¹³ Vgl. auch Foley/Edwards (1996): S. 44 ff. sowie zu den „dunklen Seiten“ von Zivilgesellschaft ausführlich u.a. Merkel/Lauth (1998): S. 26.

¹⁴ „Ukraine has been largely overlooked in the burgeoning literature on postcommunist societies, as scholars prefer to study the ‚success‘ stories of Eastern Europe or the presumably more important case of Russia.“ Kubicek (2003) S.3.

Schwierigkeit konfrontiert, dass die Zivilgesellschaft in vielen Länderstudien zur Ukraine oft nur ein eher „nebensächlicher“ Punkt unter vielen ist: Systematische Untersuchungen zur ukrainischen Zivilgesellschaft gibt es erst sehr wenige. Eine andere, wesentliche Schwierigkeit liegt insbesondere in der Umstrittenheit des Begriffs der „Zivilgesellschaft“ selbst begründet. Denn die jeweiligen Interpretationen von „Zivilgesellschaft“ in wissenschaftlichen Arbeiten und den nur (spärlich vorhandenen) empirischen Studien weichen oft stark voneinander ab und erschweren damit die systematische Analyse einer „Zivilgesellschaft“ im Rahmen einer solchen Arbeit. Diese Schwierigkeiten gilt es im Verlauf dieser Arbeit zu bedenken.

Das Ziel dieser Arbeit soll es sein, ein möglichst umfassendes Bild von der ukrainischen Zivilgesellschaft zu gewinnen - soweit das innerhalb einer solchen Arbeit zu leisten ist. Zur Beantwortung der oben genannten Fragestellung genügt es deshalb nicht, lediglich den aktuellen „Zustand“ der ukrainischen Zivilgesellschaft zu analysieren. Vielmehr ist es sinnvoll, zunächst auch nach ihrer Entwicklung in den einzelnen Transformationsphasen zu fragen. Zum einen nämlich wirken sich viele Faktoren, die die ukrainische Zivilgesellschaft in den einzelnen Phasen der Transformation beeinflusst haben, auch auf ihren aktuellen „Zustand“ aus. Andererseits ist es so möglich, anschließend auch Aussagen über die weitere Entwicklung der ukrainischen Zivilgesellschaft treffen zu können.

Die Beantwortung jener Fragestellung erfolgt im Wesentlichen in zwei Schritten. In einem ersten Schritt wird zunächst der Begriff der „Zivilgesellschaft“ vorgestellt. Da „Zivilgesellschaft“ allerdings ein äußerst umstrittener und vieldiskutierter¹⁵ Begriff ist, erscheint ein einleitender kurzer Überblick über seine „verworrene“ Theoriegeschichte für ein besseres Verständnis unabdingbar. Im Anschluss daran wird das von *Lauth/Merkel/Croissant* entwickelte Konzept von „Zivilgesellschaft“ erläutert, welches im weiteren Verlauf dieser Arbeit zur Analyse der ukrainischen Zivilgesellschaft verwendet werden soll. Abgerundet wird der erste Teil schließlich durch eine Untersuchung der verschiedenen Typen und Funktionen von Zivilgesellschaften in den einzelnen Transformationsphasen.¹⁶ In einem zweiten Schritt wird dann die Entwicklung der ukrainischen Zivilgesellschaft in den einzelnen Transformationsphasen der Liberalisierung, Demokratisierung und Konsolidierung analysiert werden.

Die ukrainische Zivilgesellschaft in der Transformation 1985-2005

In Anlehnung an die phasenspezifische Unterteilung durch *O'Donnell* und *Schmitter* wird deshalb im folgenden untersucht, inwieweit sich in der Ukraine die Struktur der Zivilgesellschaft, die zivilgesellschaftlichen Akteure und ihre Funktionen innerhalb der einzelnen Phasen der Transformation verändert haben. Diese Transformationsphasen

¹⁵ Naumann bemerkt dazu lapidar: „Wer sich auf die Suche nach gangbaren Wegen durch den Begriffsdschungel macht, wird leicht verwirrt. Denn die Klarheit darüber, was eigentlich Zivilgesellschaft ist oder sein soll, steht in umgekehrter Häufigkeit zur publizistischen Verwendung dieses Schlüsselworts. Das schafft natürlich Raum für Mythenbildungen – und für voreilige Distanzierungen und Banalisierungen.“ In: Naumann (1998): S. 58.

¹⁶ Zu der Einteilung der einzelnen Phasen vgl. auch O'Donnell/Schmitter (1986): S. 6 ff.

sind dabei in der Ukraine folgendermaßen zu datieren¹⁷: Die Liberalisierung begann c. 1985 und setzte sich bis c. 1992 fort, von einer beginnenden Demokratisierung kann ab etwa 1991 gesprochen werden. Obwohl sich die Phase der Konsolidierung mit der Demokratisierungsphase überschneidet und zeitlich nicht eindeutig zu fassen ist, soll ihr Beginn aus Gründen der Systematik in dieser Arbeit auf 1999¹⁸ datiert werden. Und da die „Orangene Revolution“ einen tiefen Einschnitt im Transformationsprozess der Ukraine bedeutete und sich die Fragen nach Zivilgesellschaft und Konsolidierung danach wieder neu stellen, erfolgt hier die Analyse der Konsolidierungsphase bis 2004.

Liberalisierung

Die ukrainische Zivilgesellschaft entstand erst während der Perestrojka unter Michael Gorbatschow.¹⁹ *Kuzio* begründet dies mit der rigiden Unterdrückung zivilgesellschaftlicher Aktivitäten innerhalb der UdSSR: „The Soviet regime sought to eliminate an independent role for society in politics, instead preferring that society participate in politics only in ways prescribed and delimited by the state. For that reason, Ukraine achieved its independence in 1991 only with faint traces of a civil society, that is, a society that sees itself playing an active role in a democratic political system.“²⁰ Zu unterscheiden ist dabei aber zwischen den einzelnen Regionen der Ukraine und dem nicht einheitlichen Verlauf ihrer Geschichte, resultierend aus der Aufteilung des Territoriums auf „verschiedene Herrschafts- und Kulturräume“ seit dem 17. Jahrhundert.²¹ Denn anders als in der Ostukraine gab es in der Westukraine die Erinnerung an die Zivilgesellschaft der Zwischenkriegszeit und zur Zeit der Donaumonarchie, so dass die Wurzeln einer Zivilgesellschaft dort bis zur zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zurückreichen. *Kuzio* stellt deswegen fest: „The Soviet totalitarian system destroyed all vestiges of an already weak society in eastern and southern Ukraine and undermined that in western region as well.“²²

Während der Reformbemühungen Gorbatschows änderte sich in der Ukraine zunächst allerdings wenig, die Mehrheit der alten Nomenklatura behielt ihre Ämter und die Ukraine wurde weiterhin als „Nebenland“²³ Russlands verwaltet. Langfristig aber „hatten *Glasnost* und *Perestrojka* auch in der Ukraine das Wiederaufleben oppositioneller Kräfte“²⁴ zur Folge. Den wesentlichen Anstoß zur Kritik gab schon im April 1986 die Katastrophe von Tschernobyl, deren „verbrecherische Verharmlosung“ zusammen mit der Verschleppung von Gegenmaßnahmen durch die sowjetischen Behörden erstmals die ukrainische Bevölkerung mobilisierte.²⁵ Eine ukrainische Nationalbewegung manifestierte sich dann „im Kampf um die Wiederzulassung der mit Rom unierten Ukrainisch-

¹⁷ Zur Einteilung der einzelnen Transformationsphasen vgl. D'Anieri/Kravchuk/Kuzio (1999): S. 141 ff.

¹⁸ 1999 fanden zum 3. Male Präsidentschaftswahlen statt - diese Einteilung findet sich auch bei Kuzio: ebd. S. 113.

¹⁹ Vgl. Riabchuk (2005): S. 5.

²⁰ Vgl. D'Anieri/Kravchuk/Kuzio (1999): S. 141.

²¹ Bos (2004): S. 470.

²² Vgl. D'Anieri/Kravchuk/Kudzio (1999): S. 141.

²³ Kappeler (1994): S. 245 f.

²⁴ Bos (2004): S. 471.

²⁵ Kappeler (1994): S. 245 f.

Katholischen oder Griechisch-Katholischen Kirche in Galizien“. Dieser Kampf gab vor allem auch der nationalen Bewegung in der Westukraine „entscheidende Impulse“ und war schließlich 1991 von Erfolg gekrönt.²⁶ Im Rahmen der erwachenden ukrainischen Nationalbewegung vollzog sich ebenfalls die Forderung nach einer sprachlichen Ukrainisierung ab dem Jahre 1986. Die Entdeckung von Massengräbern aus der Stalinzeit trug schließlich auch zur Mobilisierung der ukrainischen Intelligenz bei und die Aufarbeitung der stalinistischen Verbrechen wurde damit „zu einem Kristallisationspunkt der Opposition“.²⁷

Nach längeren, von den Behörden behinderten Vorbereitungen schlossen sich schließlich im September 1989 die unterschiedlichen oppositionellen Gruppen - zu denen so heterogene Akteure wie antisowjetische Dissidenten bis zu reformorientierten Kommunisten gehörten - zur „Volksbewegung der Ukraine für die Perestrojka“ (ukrainisch: *Ruch*) zusammen. Zunächst aber beschränkte sich *Ruch* überwiegend auf „kulturpolitische Zielsetzungen“ und stellte den Bestand der Sowjetunion nicht in Frage. Bei den 1990 stattfindenden, ersten halbfreien Wahlen zum Obersten Sowjet der Ukraine konnte die von *Ruch* angeführte oppositionelle Allianz ein Viertel der Mandate gewinnen, die meisten davon in der Westukraine und in Kiew. Und während die neu gebildeten Parteien die Massen der Bevölkerung nicht mobilisieren konnten und verhältnismäßig klein blieben, so entwickelte sich die von *Ruch* zusammengefasste Opposition zu einer nationalen Unabhängigkeitsbewegung und beeinflusste die Politik in der Ukraine immer stärker.²⁸

Für die weitere Entwicklung in der Ukraine war letztendlich entscheidend, dass Teile der alten, kommunistischen Parteielite auf den Kurs von *Ruch* umschwenkten und sich wesentliche Programmpunkte von *Ruch* zu eigen machten. Nach der Souveränitätserklärung am 16. Juli setzte sich die innere Oppositionsbewegung gegen die noch immer von Kommunisten dominierte Regierung weiter fort. Ein Studentenstreik erzwang schließlich im Oktober 1990 den Rücktritt des kommunistischen Ministerpräsidenten. Und als im August 1991 der Putsch in Moskau scheiterte, erklärte auch die Ukraine wie zahlreiche andere Sowjetrepubliken ihre Unabhängigkeit.²⁹

Zusammengefasst lässt sich für die Phase der Liberalisierung feststellen, dass die Entwicklung der ukrainischen Zivilgesellschaft teilweise dem von *Merkel/Lauth/Croissant* beobachteten typischen Entwicklungsverlauf zu Beginn der Transformation folgte. Denn die Jahre ab 1986 können zwar als „Aufschwungphase“ bezeichnet werden und das erwachende bzw. neu entstehende Engagement zivilgesellschaftlicher Akteure trug wesentlich zum Erstarren der Oppositionsbewegung bei. Auch gelang es den zivilgesellschaftlichen Akteuren, die ukrainische Bevölkerung - vor allem in der Westukraine und Kiew - zu mobilisieren und die Opposition zu organisieren. Eine Schlüsselrolle während des Regimewechsels kam der Zivilgesellschaft allerdings nicht zu. Denn der System-

²⁶ Ebd. Über 150.000 Menschen gingen für dieses Anliegen am 17. September 1989 (dem 50. Jahrestag des Einmarsches der Roten Armee in die Westukr.) bei einer Demonstration in Lemberg auf die Straße. Vgl. Simon (2002):S. 10.

²⁷ Bos (2004): S. 471.

²⁸ Kappeler (1994): S. 250.

²⁹ Ebd.

wechsel war letztlich eher dem Umschwenken der kommunistischen Elite zu verdanken als dem überwältigenden Druck zivilgesellschaftlicher Akteure „von unten“.

Demokratisierung

Die Demokratisierung der Ukraine nahm ab 1991 ihren Anfang, die Jahre nach der Unabhängigkeit waren allerdings gekennzeichnet von wirtschaftlichen und politischen Krisen.³⁰ Während der Nationalstaatsbildung von den ukrainischen Führungen oberste Priorität eingeräumt wurde, stagnierte der wirtschaftliche und politische Reformprozess. Die Verarmung breiter Schichten der Bevölkerung wurde nicht gestoppt, „Patronage, Klientelismus und Korruption“ etablierten sich als politische Instrumente.³¹ *Kubicek* kommentiert dies mit den Worten „After overwhelmingly voting for independence on December 1, 1991, Ukrainians awoke to a sobering postcommunist reality.“³² Für die Ausweitung und Schaffung einer ukrainischen Zivilgesellschaft gab es nur wenig Unterstützung, weil dies von den herrschenden Eliten bald als Bedrohung angesehen wurde: „A robust civil society at a time of socio-economic crisis may not be welcomed to the Ukrainian authorities. Such a civil society would protect society from authoritarianism, make the authorities more accountable, and increase the danger of exposure and prosecution of corrupt practices.“³³ Obwohl die postkommunistische Nomenklatura in den ersten Jahren der Unabhängigkeit auf der Suche nach Legitimitätsgewinn zunächst „mit der Zivilgesellschaft geflirtet“ hatte, so wurden die autoritären Tendenzen doch zunehmend stärker.³⁴ Die Oligarchen gingen außerdem dazu über, zivilgesellschaftliche Vereinigungen entweder neu zu gründen oder zu finanzieren, um sie anschließend im politischen Kampf zu ihrem Vorteil einsetzen zu können.³⁵

Zugleich wählten die ukrainischen Machthaber laut *Riabchuk* „eine perfide, auf ihre Weise jedoch sehr effektive Taktik“, die noch aus der Sowjetunion stammte und in „sowjetischen Denkmustern“ verankert war: Die Opposition wurde *Riabchuk* zufolge damals so dargestellt, als handele es sich „nicht um Demokraten, sondern um ‚Nationalisten‘“. Sie sei „als ‚regionale‘ und extremistische Kraft‘ diffamiert worden, um sie zu marginalisieren.“ Der Kampf zwischen Zivilgesellschaft und autoritärem Staat, so betont *Riabchuk*, ähnele damit den osteuropäischen Revolutionen von 1989-91. Denn auch nach 1991 werde der Kampf zwischen Zivilgesellschaft und Staat als „banaler Gegensatz“ zwischen unterschiedlichen Regionen, zwischen konkurrierenden Clans, zwischen verschiedenen Ethnien oder Sprachgruppen verschleiert oder gar internationalisiert als Kampf zwischen „Amerika“ und „Russland“.³⁶ Die insbesondere zwischen der West- und der Ostukraine weiterhin bestehenden regionalen Unterschiede (beispielsweise in Sprache und Identität) und das Fehlen einer gemeinsamen, ukrainischen Nationalidentität kamen den ukrainischen Machthabern dabei entgegen.

Die Jahre nach der Unabhängigkeitserklärung waren insgesamt von nur geringem zivilgesellschaftlichen Engagement gekennzeichnet und die Zivilgesellschaft in der Ukraine

³⁰ Vgl. z.B. *Kubicek* (2001): S. 34 ff.; so auch ausführlich in mehreren Aufsätzen in *Simon* (2001).

³¹ *Kubicek* (2003): S. 10.

³² *Kubicek* (2001): S. 34.

³³ *D'Anieri/Kravchuk/Kuzio* (1999): S. 146.

³⁴ *Riabchuk* (2005): S.5.

³⁵ U.a. *Derhatschow* (2004): S. 33.

³⁶ *Riabchuk* (2005): S. 5 f.

blieb weiterhin schwach ausgeprägt. Dies veranschaulichen auch verschiedene repräsentative Umfragen, die von *D'Anierei/Kravchuk/Kuzio* für den Zeitraum von 1994-1997 ausgewertet wurden.³⁷ So stellen *D'Anierei/Kravchuk/Kuzio* beispielsweise fest, „that Ukrainian citizens feel that there are very few avenues open to pursue their grievances. The feeling that one can get results through the political system is one of the hallmarks of civil society, but it is largely absent in Ukraine.“³⁸ Diese Bewertung erscheint umso zutreffender vor dem Hintergrund, dass die erst 1996 verabschiedete Verfassung viele Rechte nur auf dem Papier garantierte – die Verfassungswirklichkeit war eine ganz andere. Für eine lebendige Zivilgesellschaft so unerlässliche Prinzipien wie die Gewährleistung von Meinungsvielfalt, Pressefreiheit oder Rechtsstaatlichkeit waren in den Jahren nach 1991 für die Ukrainer nicht garantiert.³⁹ Und obwohl in der Verfassung „formal“ „Verbände, Vereinigungen und Interessengruppen jeglicher Orientierung“ in Artikel 36 verankert sind, so ist in der Verfassungswirklichkeit eher von Behinderungen denn von Förderung seitens der Verfassungsorgane zu sprechen.

*D'Anierei/Kravchuk/Kuzio*⁴⁰ weisen außerdem nach, dass von 1994 bis 1997 (mit steigender Tendenz) ca. 88% der Ukrainer keine Mitgliedschaft in zivilgesellschaftlichen Gruppen besaßen - lediglich c. 12% waren in zivilgesellschaftlichen Organisationen aktiv.⁴¹ *Derhatschow* stützt sich auf andere Quellen als *D'Anierei/Kravchuk/Kuzio* und kommt zu dem Ergebnis, dass 1994 ca. 84% der Ukrainer keine Mitgliedschaft in zivilgesellschaftlichen Organisation besaßen, ebenfalls mit steigender Tendenz (1997: ca. 88%).⁴² Obgleich die genaue Zahl der Mitgliedschaften hier je nach Quelle differiert, so veranschaulichen beide Untersuchungen aber dieselbe Tendenz: Nur wenige Ukrainer waren in der Demokratisierungsphase zivilgesellschaftlich aktiv.

Den nahezu größten Mitgliederanteil dieser zumeist mitgliederschwachen Organisationen konnten dabei die Gewerkschaften beanspruchen, welche aber ebenfalls einen Mitgliederchwund⁴³ verzeichnen mussten und zudem noch sehr stark in der Tradition des sowjetischen Systems standen. So besaß beispielsweise die „Föderation der Gewerkschaften in der Ukraine“ (FPU), die sich 1991 als Nachfolgeorganisation der sowjetischen Gewerkschaften konstituiert hatte, „nach wie vor ein Monopol bei der Vertretung

³⁷ Vgl. *D'Anierei/Kravchuk/Kuzio* (1999): S. 147 mit Nachweis der Quellen: Ukrainian Society, 1994-1997 (Kyiv: Democratic Initiatives, 1998).

³⁸ Ebd. So belegen *D'Anierei/Kravchuk/Kuzio*, dass über 70% (von 1994-1998 mit steigender Tendenz) der Ukrainer auf die Frage „If your Rights have been violated, what would you consider to be effective and acceptable?“ entweder keine Antwort wussten („none“) oder die Antwortmöglichkeit „difficult to answer“ wählten.

³⁹ Vgl. beispielsweise Bos (2004): S. 510.

⁴⁰ Auf die Frage nach ihrer „membership of civic groups“ antworteten 1997 88% (1994: 82,2) der Befragten mit „none“. Vgl. *D'Anierei/Kravchuk/Kuzio* (1999): S. 147.

⁴¹ In Ergänzung zu den Ergebnissen von *D'Anierei/Kravchuk/Kuzio* sind des weiteren auch die Untersuchungen Howards aufschlussreich, der für die Ukraine eine Auswertung des Word Values Survey's für den Zeitraum von 1995-97 vornahm. So weist Howard nach, dass die Mitgliedschaft in zivilgesellschaftlichen Organisationen im Durchschnitt bei lediglich 0,60 Mitgliedschaften pro Person lag. Vgl. Howard (2002).

⁴² *Derhatschow* (2004): S. 29 f. (Quelle: Ukrainische Gesellschaft: Soziologisches Monitoring 1994-2003. – K.: Institut für Soziologie der NAW der Ukraine, 2003, S. 18).

⁴³ S. Freedom House: Nations in Transit, Ukraine (1998): „The number of trade unions members has been decreasing due to trade unions' inability to protect interests of their members.“ (S. 13).

der Beschäftigten.“ Dieses Monopol war insbesondere deswegen problematisch, weil die FPU als regierungsnah galt und sich seit 1991 stets mit dem Regime arrangiert hatte - die drastische soziale Verschlechterung, die doch eine erhebliche Sprengkraft barg, wurde von der FPU so kaum thematisiert.⁴⁴ Die wenigen unabhängigen Gewerkschaften verfügten dagegen nur über begrenzten Einfluss. Auch der größte Arbeitgeberverband, der 1990 gegründete „Verband der Industriellen und Unternehmer“ (UPSS), unterhielt enge Beziehungen zu der wirtschaftlichen sowie politischen Elite und galt als „treue Stütze“ des Präsidenten. Diese für eine Zivilgesellschaft problematische Anbindung von Interessenverbänden an den Staat fasst Kubicek folgendermaßen zusammen: „The largest and most powerful interest organisations – trade unions, the industrialist’ unions, and agricultural associations, are primarily holdovers from the old regime, in many cases organizations that have undergone only the most superficial reform. These groups are still linked to and dependent on the state, which makes it very difficult to talk about autonomous interest associations in Ukraine.“⁴⁵

Weitere Schlussfolgerungen über die Entwicklung der ukrainischen Zivilgesellschaft während der Demokratisierungsphase erlauben auch die von *Freedom House*⁴⁶ im Jahre 1998 für die Ukraine vorgenommenen Untersuchungen⁴⁷. *Freedom House* bezifferte die Zahl der registrierten NGOs, offiziell in der Ukraine als „public associations of citizens“ bezeichnet, für 1998 mit ungefähr 4000 - verbunden allerdings mit dem Einwand, dass eine akkurate Datengewinnung „kompliziert“ gewesen sei. Laut *Freedom House* war dabei lediglich ein Bruchteil jener NGOs national aktiv (3%), die meisten NGOs seien regional (30%) oder lokal (40%) tätig gewesen mit einem Schwerpunkt in den größeren Städten. Dieses fast vollständige Fehlen landesweit tätiger Organisationen in der Ukraine kann als typisch für schwache Zivilgesellschaften angesehen werden.⁴⁸

Zu diesen spezifischen Ausprägungen schwacher Zivilgesellschaften zählen auch die schwache Vernetzung, der geringe Organisationsgrad sowie eine unzureichende Infrastruktur zivilgesellschaftlicher Organisationen. Der *Freedom House* Bericht hebt insbesondere auch hervor, dass die Neugründung von NGOs durch eine unklare rechtliche Situation sowie einen langwierigen und komplizierten Registrierungsprozess behindert wurde.⁴⁹ Zudem seien die meisten NGOs auf finanzielle Unterstützung durch den Staat oder auf fremde Gelder angewiesen gewesen und steuerliche Hilfen habe es nur für eine sehr begrenzte Anzahl von NGOs gegeben (beispielsweise Tschernobyl-Opfer oder Kinder-Organisationen). Die Auskunft über die Quellen der erhaltenen Gelder war verpflichtend.

Insgesamt lässt sich konstatieren, dass die Entwicklung der ukrainischen Zivilgesellschaft in der Phase der Demokratisierung überwiegend dem von *Merkel/Lauth/Croissant* geschilderten Entwicklungsverlauf entspricht. Zwar kann von einer sog. „Boomphase“ zu Beginn der Demokratisierung in der Ukraine keine Rede sein. Dem verstärkten zivil-

⁴⁴ Bos (2004): S. 500, dort zitiert nach Kubicek (2002): S. 62 ff.

⁴⁵ Kubicek (2001): S. 4.

⁴⁶ Kritisch zu den *Freedom House*-Skalen bzw. -Umfragen vgl. Schmidt (2000): 408 ff.

⁴⁷ Nations in Transit – Ukraine (1998): S. 611 ff.

⁴⁸ S. Bendel/Kropp (1998): S. 47 ff.

⁴⁹ Vgl. Nations in Transit – Ukraine (1998): S. 614.

gesellschaftlichen Engagement in der Phase der Liberalisierung folgte aber auch in der Ukraine die sog. „Abschwungphase“, die in die von *Merkel/Lauth/Croissant* erläuterte „zivilgesellschaftliche ‚Rezession‘“ mündete. Ausschlaggebend waren dafür aber weniger die „Reduktion temporärer Handlungsspielräume zivilgesellschaftlicher Akteure“ oder die Verdrängung bzw. Kooptation durch politische Parteien. In der Ukraine war vielmehr entscheidend, dass die nationalistischen Organisationen mit der Unabhängigkeit ihr einendes Ziel verloren hatten und die Erwartungen der Ukrainer in den Jahren nach der Unabhängigkeit bitter enttäuscht wurden. Zusätzlich konfrontiert mit der Ablehnung durch Staat und Eliten gelang es den zivilgesellschaftlichen Akteuren deswegen nicht, ihr Engagement in der Demokratisierungsphase auszubauen.

Die ukrainische Zivilgesellschaft erwies sich somit nach dem Zerfall der Sowjetunion zwar nicht als stark genug, den autoritären Staat zu beherrschen und ihn in eine liberale Demokratie zu transformieren. *Kubicek* analysiert treffend: „In Ukraine, one finds a weak opposition in civil society, which was strong enough to force some liberalization in 1989 through 1991 but whose resources petered out after independence“.⁵⁰ Gleichzeitig aber stellte sich die ukrainische Zivilgesellschaft nicht als so schwach heraus, eine völlige Unterdrückung durch den Staat zuzulassen.⁵¹

Konsolidierung

Im Jahre 1999 fanden in der Ukraine zum dritten Male Präsidentschaftswahlen statt, die der Amtsinhaber Leonid Kutschma im zweiten Wahlgang für sich entscheiden konnte. Grundlage für seinen Wahlsieg waren „der massive Einsatz der gesamten Staatsmaschinerie“ sowie die „Wahlhilfe“ durch regionale Behörden, die (größtenteils unter staatlichem Einfluss stehenden) Massenmedien, Polizei und Steuerbehörden.⁵² Auch die - nach internationalen Standards - erheblichen Wahlfälschungen lösten keine Proteste aus, sondern wurden von der Bevölkerung resigniert hingenommen. Als aber im November 2000 die Verstrickung Kutschmas in die Ermordung des Journalisten Gongadse durch die Veröffentlichung von Tonbandmitschnitten⁵³ ruchbar wurde, war die Reaktion der Bevölkerung eine andere: „The demonstrations that erupted in response to the scandal – which became known as ‘Kuchmagate’ – were on a scale unseen since the Soviet era.“⁵⁴ Auf dem Höhepunkt von „Kuchmagate“ von Ende 2000 bis Anfang 2001 gelang es den Organisatoren von „Ukraine without Kuchma“, über zehntausende Demonstranten zu versammeln – zu wenig allerdings, um für den amtierenden Präsidenten eine ernsthafte Bedrohung darzustellen.

Die ukrainischen Machthaber bedienten sich während dieser Proteste wiederum ihrer oft erprobten Taktik der massiven Diffamierung. *Kuzio* beschreibt dies mit den Worten: „Throughout the Kuchmagate protests, the regime had used increasingly heavy-handed, Soviet-style tactics and rhetoric against the opposition, denouncing them as ‘destructive

⁵⁰ Kubicek (2001): S. 18.

⁵¹ Riabchuk (2005): S. 5.

⁵² Bos (2004): S. 479.

⁵³ Kutschma war anscheinend nicht nur persönlich in die Ermordung Gongadses verwickelt, sondern ordnete auch Wahlfälschungen zu seinen Gunsten bei der Präsidentschaftswahl 1999 an und war an der Unterschlagung großer Geldsummen beteiligt. Vgl. Simon (2002): S. 25.

⁵⁴ Kuzio (2005): S. 119/120.

elements', 'extremists', and 'radicals.' Kuchma insisted that those attempting to seize power under the slogan 'Ukraine without Kuchma' were 'political pygmies.'" Durch das gewaltsame Einschreiten von Polizei und „paramilitärischen Provokateuren“ verebbten die Proteste schließlich im März 2001. Auch die friedlichen Demonstrationen im September 2002 sowie im März 2003, bei denen sich bis zu 50.000 Menschen auf den Straßen Kiews versammelten, verliefen ähnlich erfolglos.

Derhatschow hebt insbesondere hervor, dass diese Bewegung zwar im Wesentlichen gesamt-nationale Interessen beinhaltet habe, staatliche Strukturen davon aber kaum betroffen gewesen seien. Auch auf die Arbeit des Parlaments habe sie sich praktisch kaum ausgewirkt. Die Gründe dafür liegen laut *Derhatschow* nicht nur in der „Kutschma-Treue“ des gesamten Staatsapparats, sondern vor allem auch in der Weigerung der Parlamentsabgeordneten bzw. staatlichen Amtsträger, ihre „Bedenken und Bemühungen um eine selbstständige Einschätzung der Geschehnisse zu artikulieren oder pragmatische Überlegungen und bürgerliche Pflichten auseinander zu halten“. Anzeichen für einen Dialog mit der Öffentlichkeit, so konstatiert *Derhatschow*, habe es zu keinem Zeitpunkt gegeben und die für die Bevölkerung „schmerzlichen Fragen“ seien nicht einmal versuchsweise geklärt worden.⁵⁵ Ganz ohne Wirkung blieben diese Proteste jedoch nicht, denn „while the opposition failed to remove Kuchma and his oligarchic allies from power after the Kuchmagate scandal and its extended aftermath, the massive protests did produce a certain degree of political awakening among many Ukrainians. Particularly affected were the politically apathetic youth (...).“⁵⁶

Mehrheitlich aber schien sich die ukrainische Bevölkerung mit den Missständen noch abzufinden und verharnte resigniert in desillusionierter Passivität – eine „Orangene Revolution“ hielten zu jenem Zeitpunkt weder ausländische Beobachter noch die Ukrainer selbst für ernsthaft möglich. Die pessimistische Einschätzung *Kubiceks* war damals weit verbreitet: “One can not speak of a strong and vibrant civil society in Ukraine. This, however, should not be entirely surprising, given the conditions in this newly independent state. In this environment, both hope and success are in short supply. Ukrainians themselves rarely use the adjective *civil* to describe their society. *Tired, defeated, alienated, or stagnant* are their words of choice.”⁵⁷ Nach den Demonstrationen im März 2003 begannen sowohl die ukrainischen Machthaber als auch die (erstmalig geeinte und mit einer positiven Botschaft werbende) Opposition mit den Vorbereitungen für die nächsten Präsidentschaftswahlen. Beide Seiten rechneten im Winter 2004 mit einer Kontroverse um die zu erwartenden Wahlfälschungen – die tatsächliche Zahl der Demonstranten aber sowie ihre Ausdauer und Beharrlichkeit überraschten jedoch alle.

⁵⁵ Derhatschow (2004): S. 26.

⁵⁶ Ebd.: S. 123.

⁵⁷ Kubicek (2001): S. 1; auch Darden gelangt zu einem ähnlichen Urteil: „One potential threat would be the mobilization of the Ukrainian masses who suffer under a corrupted elite without reaping any of the awards. But the extent to which the masses, so called, can be considered a factor in the Ukrainian politics is questionable. [...] It is difficult to imagine how this group could be led to act in concert.“ In: Darden (2001).

Erwähnenswert ist dabei, dass sowohl die Wahlen als auch die Poteste erneut die Unterschiede zwischen der Ost- und Westukraine widerspiegelten.⁵⁸ Festzuhalten ist ebenfalls, dass die seit „Kuchmagate“ immer wieder aufflammenden Proteste eine wesentliche Voraussetzung für das Gelingen der „Orangen Revolution“ waren. So war es der Opposition möglich, in der Auseinandersetzung mit den ukrainischen Machthabern Erfahrungen zu sammeln und sich auf die nächsten Wahlen vorzubereiten: „In Ukraine, the Orange Revolution had been several years in the making. Therefore, any account of Ukraine’s democratic breakthrough needs to begin not at the onset of the revolution in November 2004, but exactly four years earlier, when the evidence of the Kuchmagate scandal first came to light.”⁵⁹

Für den Erfolg der „Orangen Revolution“ zeichnen sich insgesamt viele verschiedene Faktoren verantwortlich, die im Rahmen dieser Arbeit nicht im Einzelnen erläutert werden sollen.⁶⁰ Zwei dieser Faktoren sind aber für die Frage, in welchem Zustand sich die ukrainische Zivilgesellschaft während der Konsolidierungsphase befand, von besonderer Bedeutung und bedürfen der Erwähnung. So ist zum einen hinzuweisen auf die unabhängigen Wahlbeobachter, die zum Erfolg der Opposition entscheidend beitrugen. Kutschma und Janukowich bedienten sich nämlich ausgeklügelter Wahlmanipulationen und hofften darauf, dass ihr offensichtlicher Wahlbetrug zwar nicht gänzlich unwidersprochen bleiben, aber doch letztlich akzeptiert werden würde. Den internationalen Wahlbeobachtern sowie ukrainischen Organisationen wie dem „Committee of Ukrainian Voters (CVU)“ und der ukrainischen NGO „Democratic Initiatives“ gelang es aber, diese Strategie des alten Regimes zu unterlaufen. Sie brachten die eklatanten Wahlfälschungen an die Öffentlichkeit und leisteten damit einen wesentlichen Beitrag zum Gelingen der „Orangen Revolution“. Ebenfalls hervorzuheben ist die Rolle der beständig unter staatlichem Druck stehenden unabhängigen Medien, beispielsweise der *Ukrayinska Pravda*. Sie ermöglichten es der Opposition, sich im Vorfeld bzw. während der Proteste zu vernetzen und eine Informationsplattform fernab der staatlich beeinflussten Medien aufzubauen.⁶¹

Der Sieg der „Orangen Revolution“ darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass die ukrainische Zivilgesellschaft in der Konsolidierungsphase weiterhin als schwach zu

⁵⁸ Zu dem regionalen Faktor in der ukrainischen Politik vgl. Haran (2002): S. 99 ff. Dieser regionale Faktor zeigt sich in Verbindung mit der ethnischen und kulturellen Spaltung insbesondere auch daran, dass es in der Ukraine noch immer keine einheitliche nationale Identität gibt. Laut Bos zählten sich beispielsweise nach der Unabhängigkeit „zunächst nur knapp drei Viertel zur Titularnation der Ukraine, 22% bezeichneten sich als Russen und 5% gehörten anderen Nationalitäten an. Nach wie vor spricht überdies ein Teil der ukrainischen Bevölkerung im Alltag russisch, nicht wenige Ukrainer verfügen nur über geringe oder über gar keine Ukrainischkenntnisse.“ Vgl. Bos (2004): S. 502.

⁵⁹ Kuzio (2005): S. 129.

⁶⁰ Einen detaillierten Überblick verbunden mit einer ausführlichen Analyse über den Verlauf der „Orangen Revolution“ gibt beispielweise Kuzio (2005); aufschlussreich ist auch der Vergleich McFauls von der „Orangen Revolution“ mit den „Revolutionen“ in Georgien und Serbien (McFaul 2005). Vgl. auch Way (2005) u. Diamond (2005).

⁶¹ Die ukrainische Verfassung von 1996 garantiert in Art. 34 zwar u.a. Gedanken-, Meinungs- und Informationsfreiheit. Und obwohl nicht alle Medien in staatlicher Hand sind, so ist das Hauptproblem der ukrainischen Medien vor allem die Selbstzensur aufgrund des staatlichen oder ökonomischen Drucks – eine formale staatliche Zensur ist gar nicht nötig Vgl. Schneider (2005): S. 199 ff.

gelten hat. Aus dem *Freedom House-Bericht*⁶² von 2005 geht hervor, dass die rechtliche Situation der NGOs weiter unklar ist - so fehlt beispielsweise noch immer eine gesetzliche Definition von „NGO“ oder „nonprofit activity“. Auch die finanzielle Situation zivilgesellschaftlicher Organisationen bleibe weiterhin schwierig,⁶³ einige zivilgesellschaftliche Organisationen seien beispielsweise überwiegend auf die Finanzierung durch ausländische Geldgeber angewiesen.⁶⁴ Der *Freedom House* Bericht verzeichnet zwar einen Anstieg zivilgesellschaftlicher Organisationen von c. 28.000 im Jahre 2000 auf c. 35.000 (2002) bzw. c. 38.000 gegen Ende 2004. Laut *Freedom House* existieren aber – je nach Schätzung – c. 20.000 oder gar bis zu c. 25.000 dieser Organisationen nur auf dem Papier.

Insgesamt ist festzustellen, dass sich der Entwicklungsverlauf der ukrainischen Zivilgesellschaft in der Phase der Konsolidierung nicht ganz eindeutig einem der von *Lauth/Merkel/Croissant* beschriebenen „Entwicklungspfade“ zuzuordnen lässt. Vieles spricht aber dafür, dass die Entwicklung der ukrainischen Zivilgesellschaft dem von *Lauth/Merkel/Croissant* beschriebenen sog. „*Regressionsszenario*“ folgte. Denn obwohl die Ukraine formal seit 1991 eine Demokratie ist, so ähnelt sie in vielen Bereichen doch mehr einer „formaldemokratischen Hülle.“⁶⁵ Die Verletzung rechtsstaatlicher Grundsätze war und ist an der Tagesordnung; Willkür, Korruption und personalisierte Netzwerke kennzeichnen das politische System. Auch der Druck auf zivilgesellschaftliche Organisationen ist in der Ukraine weiterhin hoch und das zivilgesellschaftliche Engagement stieg zudem „nicht signifikant“ an.⁶⁶

Auf den ersten Blick scheint die „Orangene Revolution“ somit nicht in das hier entworfene Bild passen, führte sie doch in der Ukraine zu einer bis dahin beispiellosen Mobilisierung. Und nicht nur die Hunderttausenden auf den Straßen Kiews trugen zum Erfolg der „Orangenen Revolution“ bei, sondern auch die im Hintergrund tätigen zivilgesellschaftlichen Organisationen (beispielsweise auch die Jugendorganisation „Pora“ - „Es ist Zeit“). Das Gelingen der „Orangenen Revolution“ muss aber nicht notwendigerweise ein Widerspruch sein, sondern fügt sich in das von *Lauth/Merkel/Croissant* erläuterte sog. „*Regressionsszenario*“ ein: Die „Orangene Revolution“ kann folglich interpretiert werden als ein Versuch der ukrainischen Bevölkerung, das weitere Abgleiten in eine „defekte Demokratie“ zu verhindern. Ob dieser Versuch erfolgreich war, ist allerdings zutiefst fraglich.

Fazit

Die Analyse des Entwicklungsverlaufes hat gezeigt, dass die ukrainische Zivilgesellschaft in den einzelnen Transformationsphasen im Wesentlichen den von *Lauth/Merkel/Croissant* beobachteten Veränderungen und Wandlungen entsprochen hat.

⁶² Nations in Transit – Ukraine (2005): Civil Society.

⁶³ Einzelheiten zur rechtlichen und finanziellen Situation s. Nations in Transit – Ukraine (2005).

⁶⁴ Dies ermöglichte es dem Präsidenten bzw. seinem Kandidaten während des Wahlkampfes, die zivilgesellschaftlichen Organisationen als „vom Westen beeinflusst“ zu verhöhnen (diplomatisch formuliert). Interessant in diesem Zusammenhang auch der Spiegel-Artikel vom 14.11.2005 („Die Revolutions-GmbH“).

⁶⁵ Lauth/Merkel/Croissant (2000): S. 35.

⁶⁶ Vgl. Derhatschow (2004): S. 33 f.

Der sog. „*Aufschwungphase*“ zu Beginn der Transformation folgte während der Phase der Demokratisierung die sog. „*Abschwungphase*“, die schließlich während der Konsolidierungsphase in das sog. „*Regressionsszenario*“ mündete. Fast ein Jahr ist nun seit dem Sieg der „Orangenen Revolution“ vergangen und die zu Beginn dieser Arbeit vorgestellte Fragestellung ist relevanter und aktueller denn je: Wie stabil ist die ukrainische Zivilgesellschaft tatsächlich und wie wird ihre weitere Entwicklung verlaufen?

Die in dieser Arbeit vorgenommenen Einteilung der einzelnen Transformationsphasen, die am Anfang des zweiten Kapitels nur kurz erläutert werden konnte, mag auf den ersten Blick willkürlich und überaus „künstlich“ erschienen sein - spricht doch vieles dafür, dass die Phase der demokratischen Konsolidierung in der Ukraine auch nach der „Orangenen Revolution“ noch nicht abgeschlossen ist. Da die „Orangene Revolution“ aber in dem Transformationsprozess der Ukraine einen massiven Einschnitt bedeutete, muss die Frage nach dem Zustand der ukrainischen Zivilgesellschaft für die Zeit nach der „Orangenen Revolution“ ganz neu gestellt werden. Dies ist auch deshalb unabdingbar, weil der Sieg der „Orangenen Revolution“ leicht zu einem vorschnellen Urteil verleitet und möglicherweise den Blick darauf verstellt, dass viele „strukturelle Probleme“ der ukrainischen Zivilgesellschaft noch immer bestehen. Im folgenden sollen deswegen nun einzelne Faktoren, die die Entwicklung der ukrainischen Zivilgesellschaft zu großen Teilen schon in den einzelnen Transformationsphasen beeinflusst haben und die im zweiten Teil dieser Arbeit bereits thematisiert wurden, für die Zeit nach der „Orangenen Revolution“ noch einmal gesondert untersucht werden.

Als einer der wesentlichen Faktoren ist zunächst das „sowjetische Erbe“ zu nennen, das sich in mehrfacher Hinsicht noch heute auf die ukrainische Zivilgesellschaft auswirkt. Wie schon für die Phase der Liberalisierung erläutert, verhinderte der „allgegenwärtige Staat“⁶⁷ bis 1991 die Bildung einer autonomen Zivilgesellschaft – „zivilgesellschaftliche Kräfte wurden kriminalisiert und verfolgt.“⁶⁸ Die hauptsächlich negativen Erfahrungen der Bürger mit den staatlichen Organisationen führten außerdem zu einem generellen Misstrauen gegenüber Organisationen.⁶⁹ Diese beiden Faktoren erschwerten aber nicht nur in der Phase der Liberalisierung die Entwicklung einer lebendigen Zivilgesellschaft (vor allem in der Ostukraine), sondern wirken beide bis heute nach. Durch die hohe Politisierung der öffentlichen Sphäre konnten sich viele Menschen vor 1991 zudem nur in privaten Zirkeln frei äußern – auch dies ein Grund dafür, dass viele Ukrainer auch heute noch kein Bedürfnis bzw. keinen Wunsch verspüren, zivilgesellschaftlich tätig zu werden⁷⁰. Eine weitere „kommunistische Hinterlassenschaft“ ist in einigen Merkmalen der politischen Kultur⁷¹ zu finden. So ist davon auszugehen, dass große Teile der ukrainischen Bevölkerung noch immer paternalistisch geprägte Erwartungen an den Staat

⁶⁷ Mackow (2005): S. 411.

⁶⁸ Bendel/Kropp (1998): S. 52.

⁶⁹ Vgl. Howard (2002): S. 161.

⁷⁰ Bspw. Howard (2002): S. 163.

⁷¹ An dieser Stelle ist eine Präzisierung angebracht, die das Verhältnis von Zivilgesellschaft und politischer Kultur betrifft. Denn während die politische Kultur bzw. *civic culture* Merkel/Lauth/Croissant zufolge „die Dimension demokratiefreundlicher Einstellungen der Bürger bezeichnet, erfasst die *civil society* die *civic action*.“ Vgl. Merkel/Lauth/Croissant (2000): S. 19.

hegen und den Glauben an einen „starken Mann“ pflegen, der die massiven Probleme „von oben“ lösen wird. Diese Einstellung führte beispielsweise dazu, dass die ukrainische Bevölkerung nach 1991 - wie bereits im zweiten Kapitel geschildert - die politischen und wirtschaftlichen Krisen klaglos hinnahm und im Zuge der erheblichen sozialen Verschlechterungen weiter resignierte. Es liegt auf der Hand, dass solche Einstellungen und Erwartungen der gesellschaftlichen Selbstorganisation und Partizipation nicht förderlich sind.

Einem weiteren Faktor, der bisher so deutlich noch keine Erwähnung fand, soll nun noch besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden: Seit 1991 lässt sich in der Ukraine nämlich eine gegenläufige Entwicklung beobachten. So weist *Derhatschow* darauf hin, dass es den statistischen Angaben zufolge in den Jahren nach der Unabhängigkeit zwar „einerseits zu einem schnellen, zahlenmäßigen Anstieg und zur Diversifizierung der Tätigkeitsbereiche der öffentlichen Organisationen“ gekommen ist. Andererseits aber sei auch die Zahl der Bürger, die sich an der Tätigkeit dieser Organisationen beteiligen, drastisch zurückgegangen.⁷²

Derhatschow gelangt schließlich zu der Schlussfolgerung, dass sich in der Ukraine „neue Wege und Arten der Bildung und Tätigkeit“ zivilgesellschaftlicher Gruppen „nur langsam“ entwickeln würden. Die Gesamtheit der bestehenden Organisationen lasse sich dabei in drei verschiedene Gruppen einteilen. Zur ersten Gruppe gehören seines Erachtens öffentliche Vereinigungen, die „unter dem Dach staatlicher Strukturen“ agieren würden. Der zweiten Gruppe seien öffentliche Vereine zuzuordnen, die von „Oligarchen- oder Clangruppierungen“ gebildet würden. In der dritten Gruppe finde man schließlich „den eigentlichen dritten Sektor“, der laut *Derhatschow* „aus der Selbstorganisation der Bürger“ erwachse und sich für die Interessen der einzelnen Bürger einsetze. Dieser Einschätzung *Derhatschows* ist ohne Einschränkung zuzustimmen. Die ersten beiden Gruppen werden von ihren „Schutzherren“ massiv im politischen Kampf eingesetzt. Das Bestreben der Oligarchen, zivilgesellschaftliche Organisationen für ihre Zwecke einzusetzen, ist in dieser Arbeit bereits kurz angesprochen worden. Weil nun Staatsmacht und Großunternehmer seit 1991 immer mehr zusammengewachsen sind, treten jene Gruppen mittlerweile „geschlossen“ gegen die unabhängigen öffentlichen Verbände an. Um jeden Preis wird versucht, öffentliche Massenorganisationen entweder zu verhindern oder zu kontrollieren und zu „unterlaufen“. Da eine „Zivilgesellschaft“ aber notwendigerweise ein „intermediäres Phänomen“⁷³ zwischen der Privatheit des Individuums, Staat und Wirtschaft darstellen soll, ist eine solche Entwicklung als äußerst problematisch einzustufen. Wie im ersten Teil dieser Arbeit ausführlich erläutert wurde, bedarf die Zivilgesellschaft *Lauth/Merkel/Croissant* zufolge zwar durchaus der Anbindung an die politische Sphäre und erlaubt auch „Überlappungen“ durch einzelne Akteure. Eine so weitgehende Verflechtung wie in der Ukraine untergräbt aber die wesentlichen Voraussetzungen für das Entstehen bzw. die Weiterentwicklung einer stabilen Zivilgesellschaft.

⁷² *Derhatschow* (2004): S. 30 f.

⁷³ *Merkel/Lauth/Croissant* (2000): S. 16 ff.

Der Unabhängigkeitsverlust von zivilgesellschaftlichen Organisationen ist auch noch in anderer Hinsicht als problematisch zu bezeichnen, denn ihre Stellung im gesellschaftspolitischen Leben wird dadurch immer widersprüchlicher und ihre Glaubwürdigkeit nimmt ab. Ein gutes Beispiel dafür sind die ukrainischen Gewerkschaften, denen eine neutrale und wirksame Interessenvertretung von der Bevölkerung nicht mehr zugetraut wird. Dieser ebenfalls im zweiten Teil dieser Arbeit bereits angesprochene Glaubwürdigkeitsverlust der ukrainischen Gewerkschaften hat sich seit der Demokratisierungsphase weiter verschärft.⁷⁴

Als ein weiterer Faktor ist hervorzuheben, dass sich den zivilgesellschaftlichen Organisationen in der Ukraine nur wenige Möglichkeiten der Einflussnahme auf den Staat bieten und ihr Einfluss auf das gesellschaftspolitische Leben ebenfalls nur als gering zu erachten ist - *Derhatschow* bezeichnet ihn gar als „unerheblich“. Denn die zivilgesellschaftlichen Gruppen können sich kaum profilieren, da u.a. die „Kanäle nichtstaatlicher Institutionen (...) dafür zu schwach“ sind.⁷⁵ Dies zeichnete sich bereits während der Liberalisierungsphase ab, als der Zivilgesellschaft keine „Schlüsselposition“ zukam und stattdessen die alten Eliten den Systemwechsel „von oben“ in die Wege leiteten. Ein gutes Beispiel für die geringen Möglichkeiten der Einflussnahme sind auch die Demonstrationen während des „Kuchmagate“-Skandals, die ohne praktischen Einfluss auf Staatsapparat und Parlament blieben. Eine Ausnahme scheint auf den ersten Blick zwar die „Orangene Revolution“ zu bilden, in deren Verlauf die wochenlangen Demonstrationen eine Wiederholung der gefälschten Stichwahl erzwangen und damit den Weg ebneten für den Wahlsieg von Viktor Juschtschenko. Die Niederlage der alten Machthaber wurde während der „Orangenen Revolution“ aber durch den „Druck von der Straße“ eingeleitet – es ist davon auszugehen, dass die generellen Möglichkeiten der Einflussnahme durch zivilgesellschaftliche Organisationen seit Ende 2004 grundsätzlich nicht gestiegen sind.

Weitere Faktoren, die in Erwägung gezogen werden müssen und die sicherlich einen großen Anteil am schwachen Zustand der ukrainischen Zivilgesellschaft haben, sind die „soziale Verschlechterung“⁷⁶ seit 1991 und das Ausbleiben wirtschaftlicher Reformen. Die daraus resultierende Verarmung breiter Schichten behindert weiterhin die Entwicklung einer stabilen Zivilgesellschaft – bei dem „täglichen Kampf ums Überleben“ steht die zivilgesellschaftliche Selbstorganisation hinten an. Auch die Missachtung wesentlicher Verfassungsprinzipien und die Verbreitung von Korruption⁷⁷ tragen noch immer dazu bei, dass zivilgesellschaftliche Tätigkeiten nur eingeschränkt ausgeübt werden.

Insgesamt steht nun zu vermuten, dass die Schwäche der ukrainischen Zivilgesellschaft auch nach der „Orangenen Revolution“ weiterhin besteht. Andererseits aber hat sich seit der „Orangenen Revolution“ immerhin ein wesentlicher Faktor drastisch verändert. Denn von vielen Beobachtern wurde bisher immer die Passivität der ukrainischen Bevölkerung als einer der Hauptgründe für die andauernde Schwäche der ukrainischen

⁷⁴ Derhatschow (2004): S. 33 f.

⁷⁵ Ebd., S. 28.

⁷⁶ Ebd., S. 4.

⁷⁷ Laut Transparency International gehört die Ukraine noch immer zu den korruptesten Ländern der Welt.

Zivilgesellschaft angesehen – zumindest diesen einen Vorwurf konnten die Ukrainer während der „Orangen Revolution“ allerdings eindrucksvoll widerlegen. Die eingangs gestellte Frage, wie stabil die ukrainische Zivilgesellschaft tatsächlich ist, lässt sich aber trotzdem eindeutig beantworten: Auch fast ein Jahr nach dem Sieg der „Orangen Revolution“ ist die Zivilgesellschaft in der Ukraine noch immer schwach - euphorische Feststellungen von der „Geburt“ einer ukrainischen Zivilgesellschaft sind deswegen verfrüht.

Eine solch eindeutige Antwort ist jedoch auf die Frage, wie sich die ukrainische Zivilgesellschaft weiter entwickeln wird, nicht zu finden. Denn die „Orangene Revolution“ gibt zwar Anlass zu der Hoffnung, dass die ukrainische Bevölkerung insgesamt aus ihrer Lethargie erwacht und die bisher vorherrschende Passivität auch längerfristig überwindet. Die Schwäche der ukrainischen Zivilgesellschaft resultiert aber insbesondere aus einer Vielzahl „struktureller“ Faktoren, die eine Stabilisierung der Zivilgesellschaft in den nächsten Jahren mehr als unwahrscheinlich erscheinen lassen. Die Entwicklung der ukrainischen Zivilgesellschaft seit der Staatsgründung 1991 veranschaulicht also mit Blick auf die Ausgangsbedingungen in der Ukraine vor allem eines: Eine lebendige Zivilgesellschaft entsteht nicht in wenigen Jahren aus dem Nichts oder auf dem Reißbrett – die Entwicklung einer stabilen Zivilgesellschaft braucht viel Zeit. Die Beteiligung vieler junger Ukrainer an der „Orangen Revolution“ macht deswegen Mut, dass der Generationenwechsel langfristig auch einer Weiterentwicklung der ukrainischen Zivilgesellschaft zugute kommt.

Ausblick

Für viele Ukrainer verband sich aber mit dem Sieg der „Orangen Revolution“ insbesondere auch die Hoffnung auf eine baldige demokratische Konsolidierung. Denn wie schon während der Systemumbrüche von 1989 bis 1991 geriet die Zivilgesellschaft ein zweites Mal zum „Hoffnungsträger der Transformation“ – auch diesmal wurden solch idealistische Hoffnungen aber wieder enttäuscht. Das Auseinanderbrechen des „Orangen Bündnisses“ und die jüngsten Regierungskrisen haben gezeigt, dass die hohen Erwartungen nach der „Orangen Revolution“ verfrüht waren.

Zu Beginn dieser Arbeit wurde die These aufgestellt, dass der Zustand einer Zivilgesellschaft auch als ein Indiz für die weitere Entwicklung der demokratischen Konsolidierung betrachtet werden kann. Denn eine stabile Zivilgesellschaft kann, so wurde in jenem Teil dieser Arbeit erläutert, Demokratien stärken und zu einer erfolgreichen demokratischen Konsolidierung junger Demokratien beitragen. Die Analyse der ukrainischen Zivilgesellschaft von 1985 bis 2005 hat aber gezeigt, dass von einer stabilen und lebendigen Zivilgesellschaft in der Ukraine im Moment keine Rede sein kann und auch für die nächsten Jahre wahrscheinlich nicht zu erwarten ist. Dies führt nun notwendigerweise zu der Frage, welche Auswirkungen die Schwäche der ukrainischen Zivilgesellschaft dann in den nächsten Jahren auf die Entwicklung der Ukraine insgesamt haben wird. In den Jahren nach 1991 erwiesen sich die Passivität der ukrainischen Bevölkerung und die Schwäche der ukrainischen Zivilgesellschaft paradoxerweise als Elemente der Stabilität – kaum eine Gesellschaft hätte wohl vergleichbar dramatische soziale Einbrüche mit einer solchen Gleichmütigkeit ertragen wie die ukrainische. Vielleicht wird

sich die Schwäche der ukrainischen Zivilgesellschaft auch in den nächsten Jahren wieder als ein solch stabilisierendes Element erweisen, ein konstanter Beitrag zur demokratischen Konsolidierung ist von ihr jedenfalls nicht zu erwarten. Auch mit Blick auf alle anderen Faktoren, die den Transformationsprozess eines Landes beeinflussen können, ist deswegen eines festzuhalten: Die demokratische Konsolidierung der Ukraine scheint insgesamt noch weit entfernt zu sein.

Dieses Ausbleiben der demokratischen Konsolidierung in der Ukraine und vielen anderen Ländern der Dritten Demokratisierungswelle hat dazu geführt, dass in der Transformationsliteratur⁷⁸ eine Vielzahl neuer Begriffe entwickelt wurden, um diese Länder in der politischen Grauzone zwischen autoritärem Regime und Demokratie kennzeichnen zu können. Dazu zählen beispielsweise die Begriffe der „delegative democracy“, „electoral democracy“ oder auch „illiberal democracy“.⁷⁹ Als einer der ersten hat aber Carothers in dem Artikel „The end of transition paradigm“⁸⁰ kritisiert, dass solche Variationen des Demokratiebegriffes eine Zwangsläufigkeit des Weges hin zu einer Demokratie suggerieren würden, die so nicht aufrecht erhalten werden könne. Die Erfahrungen der Dritten Demokratisierungswelle hätten gezeigt, dass sich nicht jedes Land nach einem Systemumbruch automatisch im „Übergang zur Demokratie“ befinde. Allein schon der Begriff der „transition to democracy“ sei hier irreführend. Auch im Fall der Ukraine führt dies zu der Schlussfolgerung, dass eine Entwicklung hin zur Demokratie nicht zwangsläufig sein muss. Unabhängig aber von der Frage, in welche Richtung sich die Ukraine in den nächsten Jahren entwickeln wird, ist schlussendlich zumindest eines festzuhalten: Nahezu ein Jahr nach dem Sieg der „Orangen Revolution“ haben sich viele Hoffnungen für die Ukrainer zwar nicht erfüllt – das Gefühl der Mündigkeit aber bleibt.

Literaturverzeichnis

Adloff, Frank: Zivilgesellschaft. Theorie und politische Praxis, Frankfurt/New York: Campus Verlag 2005

Bendel, Petra/Kropp, Sabine: Zivilgesellschaft – ein geeignetes Konzept zur Analyse von Systemwechseln? Ergebnisse eines interregionalen Vergleichs: Lateinamerika und Osteuropa in: Zeitschrift für Politikwissenschaft (ZPol), 8. Jg. (1998), Heft 1, S. 39-67

Beyme, Klaus v.: Systemwechsel in Osteuropa, Frankf. am Main (1. Aufl.): Suhrkamp 1994

Beyme, Klaus v.: Zivilgesellschaft – Von der bürgerlichen zur nachbürgerlichen Gesellschaft? In: Merkel, Wolfgang (Hrsg.): Systemwechsel 5 – Zivilgesellschaft und Transformation, Opladen: Leske + Budrich 2000, S. 51-70

Bos, Ellen: Das politische System der Ukraine In: Ismayr, Wolfgang (Hrsg.): Die politischen Systeme Osteuropas, Opladen: Leske + Budrich 2004, S. 469-514

Carothers, Thomas: The end of transition paradigm In: Journal of democracy 13.1 (2002), S. 5-21

Croissant, Aurel/Lauth, Hans-Joachim/Merkel, Wolfgang: Zivilgesellschaft und

⁷⁸ Vgl zu dieser Debatte beispielsweise Levitsky/Way (2002), Diamond (2002), Kuzio (2005), Communist and Postcommunist Studies) oder auch Way (2005).

⁷⁹ Nachweis bei Carothers (2002): S. 10.

⁸⁰ Ebd. S. 5 ff.

Transformation: ein internationaler Vergleich in: Merkel, Wolfgang (Hrsg.): Systemwechsel 5 – Zivilgesellschaft und Transformation, Opladen: Leske + Budrich 2000, S. 9-50

D’Anieri, Paul/Kravchuk, Robert/Kuzio, Taras: Politics and Society in Ukraine, Boulder: Westview Press 1999

Darden, Keith A.: Blackmail as a stool of state domination: Ukraine under Kuchma In: East European Constitutional Review, Volume 10 Number 2/3, Spring/Summer 2001 (http://www.law.nyu.edu/eecr/vol10num2_3/focus/darden.html – Download am 11.12.2005)

Diamond, Larry: Elections without democracy - Thinking about hybrid regimes In: Journal of democracy 13.2 (2005), S. 21-35

Fein, Elke/Matzke, Sven: Zivilgesellschaft. Konzept und Bedeutung für die Transformationen in Osteuropa. Osteuropa-Institut der Freien Universität Berlin, Arbeitspapiere des Bereichs Politik und Gesellschaft. Heft 7/1997

Foley, Michael W./Edwards, Bob: The paradox of civil society. In: Journal of democracy 7.3 (1996), S. 38-52

Freedom House (Hrsg.): Nations in Transit - Ukraine 1998 (www.freedomhouse.org - Download am 11.12.2005)

Freedom House (Hrsg.): Nations in Transit - Ukraine 2005 (www.freedomhouse.org - Download am 11.12.2005)

Fritz, Verena: Zwischen Reformen und Oligarchisierung. Zur Wirtschaftsentwicklung in der Ukraine in: Osteuropa 2001, Jg. 51 Heft 9, S. 1022-1035

Hann, Chris: Zivilgesellschaft? Skeptische Überlegungen eines Ethnologen. In: Hildermeier, Manfred /Kocka, Jürgen /Conrad, Christoph (Hg.): Europäische Zivilgesellschaft in Ost und West. Begriffe, Geschichte, Chancen, Frankfurt am Main: Campus Verlag 2000, S. 85-112

Haran, Oleksij: Der regionale Faktor in der ukrainischen Politik. In: Simon, Gerhard (Hrsg.): Die neue Ukraine. Gesellschaft – Wirtschaft – Politik (1991-2001), Köln/Weimar/Wien: Böhlau 2002, S.99-124

Heins,Volker: Ambivalenzen der Zivilgesellschaft in: Politische Vierteljahrszeitschrift (PVS), 33. Jg. (1992), Heft 2, S. 235-242

Howard, Marc Morjé: The weakness of postcommunist civil society In: Journal of democracy 13.1 (2002), S. 157-169

Kappeler, Andreas: Kleine Geschichte der Ukraine, München: C. H. Beck 1994

Kocka, Jürgen: Zivilgesellschaft als historisches Problem und Versprechen In: Hildermeier, Manfred /Kocka, Jürgen /Conrad, Christoph (Hg.): Europäische Zivilgesellschaft in Ost und West. Begriffe, Geschichte, Chancen, Frankfurt am Main: Campus Verlag 2000, S. 13-39

Kubicek, Paul: Unbroken Ties. The State, Interest Associations, and Corporatism in Post-Soviet Ukraine, The University of Michigan Press 2002

Kuzio, Taras: Staatskapazität, nationale Integration und Zivilgesellschaft In: Simon, Gerhard (Hrsg.): Die neue Ukraine. Gesellschaft – Wirtschaft – Politik (1991-2001), Köln/Weimar/Wien: Böhlau 2002, S. 51-73

Kuzio, Taras: Regime type and politics in Ukraine under Kuchma In: Communist and Post-Communist Studies 38 (2005), S. 167-190 (zitiert als Kuzio 2005, Communist and Post-Communist Studies)

Kuzio, Taras: Ukraine’s Orange Revolution. The opposition’s road to success In: Journal of democracy Volume 16, Number 2 April 2005

Lauth, Hans-Joachim/Merkel, Wolfgang: Zivilgesellschaft und Transformation. Ein Diskussionsbeitrag in revisionistischer Absicht. In: Forschungsjournal Neue Soziale

Bewegungen (NSB), Jg. 10, Heft 1 1997, S. 12-34

Lauth, Hans-Joachim/Merkel, Wolfgang: Zivilgesellschaft und Transformation. In: Lauth, Hans-Joachim/Merkel, Wolfgang (Hrsg.): Zivilgesellschaft im Transformationsprozess. Länderstudien zu Mittelost- und Südeuropa, Asien, Afrika, Lateinamerika und Nahost, Mainz: Politikwissenschaftliche Standpunkte Band 3 1997, S. 15-49

Levitsky, Steven/Way, Lucian A.: Elections without democracy - The rise of competitive authoritarianism In: Journal of democracy 13.2 (2002), S. 51-65

Mackow, Jerzy: Voraussetzungen der Demokratie in der postkommunistischen Systemtransformation: Tschechien, Belarus und die Ukraine. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen (ZParl), Heft 2/2005, S. 411-424

McFaul, Michael: Transitions from Postcommunism In: Journal of democracy 16.3 (2005), S. 5-19

Merkel, Wolfgang/Lauth, Hans-Joachim: Systemwechsel und Zivilgesellschaft: Welche Zivilgesellschaft braucht die Demokratie? In: Aus Politik und Zeitgeschichte (A-PuZ). Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 6-7/ 1998 S. 3 – 12

Merkel, Wolfgang: Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung, Opladen: Leske + Budrich 1999

Naumann, Klaus: Mythos „Zivilgesellschaft“. Literaturbericht zu einer unübersichtlichen Kontroverse in: Vorgänge, Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik 114, Heft 6, Dezember 1991, S. 57-68

O'Donnell, Guillermo/Schmitter, Philippe C.: Transitions from Authoritarian Rule. Tentative Conclusions about Uncertain Democracies, Baltimore/London: The John Hopkins University Press 1986

Offe, Claus: Der Tunnel am Ende des Lichts. Erkundungen der politischen Transformation im Neuen Osten, Frankfurt am Main/New York: Campus Verlag 1994

Phillips, Anne: Does feminism need a conception of civil society? In: Chambers, Simone/Kymlicka, Will (ed.): Alternative Conceptions of Civil Society, Princeton/Oxford: Princeton University Press 2002, Chapter 4 S. 71-89

Riabchuk, Mykola: Die Ukraine am Scheideweg. Ist ein Erpresserstaat reformierbar? In: Osteuropa, Heft 1/2005 S. 4-15

Schmidt, Manfred G.: Demokratietheorien. Eine Einführung, Opladen (3. überarbeitete und erweiterte Aufl.): Leske + Budrich 2000

Schneider, Eberhard: Das politische System der Ukraine. Eine Einführung, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2005

Simon, Gerhard (Hrsg.): Die neue Ukraine. Gesellschaft – Wirtschaft – Politik (1991-2001), Köln/Weimar/Wien: Böhlau 2002

Simon, Gerhard: Die Ukraine auf dem Weg – wohin? In: Simon, Gerhard (Hrsg.): Die neue Ukraine. Gesellschaft – Wirtschaft – Politik (1991-2001), Köln/Weimar/Wien: Böhlau 2002, S. 5-27

Smolar, Aleksander: From Opposition to Atomization – Civil Society after Communism In: Journal of democracy 7.1 (1996), S. 24-38

Way, Lucian A.: Rapacious individualism and political competition in Ukraine, 1992-2004 In: Communist and Post-Communist Studies 38 (2005), S. 191-205 (zitiert als Way 2005, Communist and Post-Communist Studies)

Way, Lucian A.: Ukraine's Orange Revolution – Kuchma's failed authoritarianism In: Journal of democracy 16, 2 (2005), S. 131-145

Dokumentationen

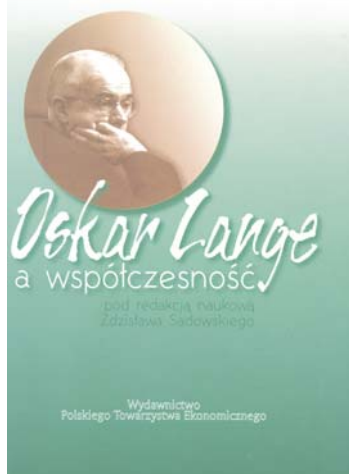
Zdzisław Sadowski

Ökonomische Rationalität bei Oskar Lange aus heutiger Sicht¹

Einleitung

Aus Anlass des sich am 7. Juli 2004 jährenden 100. Geburtstags des bekannten polnischen Wirtschaftswissenschaftlers Oskar Lange (1894-1965), eines prominenten Repräsentanten des dritten Weges zwischen Kapitalismus und Sozialismus, dessen klassische Werke in Großbritannien und in den USA erschienen sind, hat die Polnische Ökonomische Gesellschaft (PTE) eine Jubiläumsausgabe herausgegeben, in der sich zahlreiche

polnische und ausländische Wirtschaftswissenschaftler mit den Lebensstationen Langes, dem sozialen Charakter der Ökonomie, den Problemen von Markt- und Planwirtschaft, der quantitativen Methodik bei Lange sowie der Bedeutung der Lehren Langes für die Gegenwart beschäftigen. In diesem Kontext dokumentieren wir den nachstehenden Aufsatz von Prof. Zdzisław Sadowski, dem langjährigen Vorsitzenden der Polnischen Ökonomischen Gesellschaft (PTE).



Vor über zwanzig Jahren unternahm ich den Versuch, den Begriff der ökonomischen Rationalität bei Oskar Lange näher zu untersuchen.²

Dieser Begriff spielte in seinem theoretischen Denken eine wesentliche Rolle. Das Prinzip des rationalen Wirtschaftens

war für ihn ein Faktor, der die wirtschaftlichen Aktivitäten des Menschen organisiert und ein Muster für wirtschaftliche Subjekte bildet.³ Hieraus ergeben sich wichtige Schlussfolgerungen. Allerdings scheinen sich heute andere Schlussfolgerungen zu ergeben.

Der Begriff der ökonomischen Rationalität ist scheinbar unkompliziert. In Übereinstimmung mit der Standard-Definition bedeutet er das Streben, die Erträge, die man aufgrund bestimmter Aufwände erzielt hat, zu maximieren oder alternativ ausgedrückt, die Aufwände, die notwendig sind, um einen bestimmten Ertrag zu erzielen, zu minimieren.⁴ Notwendig ist hier die Definition der Begriffe Erträge und Aufwände sowie die

¹ Zdzisław Sadowski: Racionalność ekonomiczna w ujęciu Oskara Langego. In: ders.: Oskar Lange a współczesność. Wydawnictwo Polskiego Towarzystwa Ekonomicznego. Warszawa 2005, S. 271-279.

² Z. Sadowski: Zasada racjonalności a społeczna efektywność gospodarowania. In: Ekonomista 1978, Nr. 5.

³ O. Lange: Dzieła, t. 3, Ekonomia polityczna, PWE-PAN, Warszawa, S. 474 ff.

⁴ Ich beschäftige mich hier nicht mit der an sich wichtigen von T. Kotarbiński eingeführten Unterscheidung zwischen realer und methodologischer Rationalität, indem ich davon ausgehe, dass für theoretische Erwägungen in der Ökonomie die methodologische Rationalität wesentlich ist. Sie geht davon aus, dass die Entscheidung, wie man handelt, um ein

Art ihrer Quantifizierung. Damit kommt die Ökonomie durchaus zurecht. Im Ergebnis erhält der Begriff der Rationalität in der traditionellen Ökonomie die Rolle einer Basisgröße für die Definition der geeigneten Kriterien, um ökonomische Entscheidungen durch wirtschaftliche Subjekte zu treffen. Zu einer Komplikation führt allerdings die Frage, ob man in Übereinstimmung mit den ursprünglichen Vorstellungen diesem Begriff die Bedeutung einer Beschreibung des realen Verhaltens wirtschaftlicher Subjekte zuschreiben kann. Diese Vorstellung, die man auf Adam Smith zurückführen kann, überlebte lange in der Wirtschaftstheorie, passte aber nicht in die Realität. Die wirtschaftliche Praxis zeigte nämlich seit langem, dass die tatsächlichen Entscheidungen und Aktivitäten der Subjekte sehr häufig von ihr abweichen.

Das Verdienst Oskar Langes bestand darin, die Bedeutung des Begriffs der ökonomischen Rationalität ganz eindeutig auf die Rolle eines heuristischen Postulats zurückgeführt zu haben. Er beansprucht nicht, die Funktion einer Beschreibung der realen Entscheidungsfindung durch wirtschaftliche Subjekte zu erfüllen, sondern stellt nur das Muster oder den Bezugspunkt für die Analyse derjenigen Entscheidungen dar, die von den Wirtschaftswissenschaften vorgenommen werden. Die Ökonomie erforscht nämlich einerseits deduktiv die Bedingungen für die Realisierung dieses Postulats, andererseits induktiv die Funktion der störenden Faktoren. Ein solcher Begriff der ökonomischen Rationalität behält im Hinblick auf die auf der Mikroskala agierenden Subjekte seine Gültigkeit bei. Von den gleichen Voraussetzungen ausgehend unternahm Oskar Lange den Versuch, diesen Begriff auszuweiten und ihm einen makroökonomischen Inhalt zu verleihen, der eine optimale Allokation der Ressourcen auf nationaler Ebene beschreiben sollte. Das Problem der makroökonomischen Rationalität war damals natürlich mit der Planwirtschaft verbunden, für die es – zumindest theoretisch – eine wichtige Bedeutung haben konnte. Immerhin war Oskar Lange Autor einer wichtigen Theorie, in der die Möglichkeit aufgezeigt wurde, in der sozialistischen Wirtschaft rationale ökonomische Berechnungen durchzuführen. Er war kein Utopist und er dachte auch nicht, dass dies in der Praxis leicht zu bewerkstelligen wäre. Er war sich der Komplikationen bewusst, die sich aus der Bürokratisierung der Wirtschaft ergeben sowie der Schwierigkeiten im Hinblick auf die Effizienz ökonomischen Handelns, wenn man die marktorientierten Entscheidungen von Unternehmen durch Entscheidungen staatlicher Funktionäre ersetzt. Dies änderte jedoch nichts an seinem Interesse, ein theoretisches Modell zu konstruieren, das es erlauben würde, die Logik des Handelns einer zentralisierten Wirtschaft (also eines „heuristischen Postulats“) zu erforschen und anschließend eine Analyse der störenden Faktoren vorzunehmen.

Man musste dieses Muster an diejenigen Bedingungen anpassen, auf die es sich beziehen sollte, also auf die entscheidende Rolle der Organe der zentralen Planung in der Wirtschaft, bei der die Allokationsfunktion vom Markt auf die zentralen Organe der Wirtschaftsplanung übergegangen war.

angestrebtes Ziel zu erreichen, bei nur unvollkommenem Wissen über die Bedingungen und über die zugänglichen Arten des Handelns erfolgt. T. Kotarbiński: Traktat o dobrej robocie. Wrocław 1982.

Die Rationalität eines zentralen Entscheiders in der gelenkten Wirtschaft kann mit Sicherheit nicht als Summe individueller Rationalitäten interpretiert werden. Durch die Analogie zur Mikrorationalität muss man dem zentralen Entscheider das Streben zur Maximierung (oder Minimierung) einer ökonomischen Größe zuschreiben. Dies ist allerdings nicht so einfach, denn man darf diese Fragestellung nicht banalisieren, indem man dem zentralen Entscheider etwa das Streben zur Maximierung des Volkseinkommens unterstellt. Dieses Streben ist zwar erkennbar, aber nicht als ausschließliches Ziel des Wirtschaftens mit gesellschaftlichen Ressourcen.

Es taucht also das Problem der Identifizierung der Ziele des Wirtschaftens auf. Die Einbeziehung dieser Problematik in die Ökonomie stellte eine wesentliche Veränderung des Begriffs der Rationalität dar. Die schiere Aufzählung der Ziele ist relativ einfach, obschon sie die Frage nach der Art ihrer Definition nicht löst. Dagegen ist es nicht leicht, die Frage ihrer gemeinsamen Beziehungen und ihrer Integration zu beantworten.

Lange versuchte diese Problem zu lösen, indem er davon ausging, dass die Ziele vorgegeben seien und die Lösung darin bestehen könne, ihnen eine hierarchische Struktur zu geben und auf diese Weise zu ihrer Integration zu gelangen. Ich glaube nicht, dass es berechtigt ist, seine Konzeption als Vereinfachung zu interpretieren, die darin besteht, einem der Ziele einen maximalen Wert zuzuschreiben, und allen übrigen einen Nullwert. Man kann ihm allerdings das Bestreben unterstellen, eine den bewerteten Zielen entsprechende hierarchische Struktur aufzubauen, die es erlaubt, ein reales Bündel von Zielen durch ein integriertes Ziel zu ersetzen, das die Anwendung des Prinzips der Rationalität erlauben würde.

Lange erkannte aber schließlich, dass dieser Weg wenig Erfolg versprechend ist und kam zum Ergebnis, dass es wichtiger sei, die Rationalität in der Schaffung von Anreizen für die Entwicklung der Produktivkräfte zu suchen. Die Anwendung des Prinzips der Rationalität hielt er also für weniger wichtig als die Sorge um die Dynamisierung der Wirtschaft.

Zwar hätte man die Dynamisierung als ein Ziel aus dem Bündel von Zielen betrachten können, ohne auf das Bestreben zu verzichten, dieses Ziel durch entsprechende Gewichte zu integrieren, aber die Ursache für die Ablehnung dieser Denkrichtung war deren zu starke Abhängigkeit von subjektiven Urteilen. Nur in diesem Kontext konnte man die angeführte These aufrechterhalten, dass Lange in der Tat dazu neigte, die maximale Bewertung nur einem einzigen Ziel aus einem Bündel von Zielen zuzuschreiben, während er die übrigen Ziele vernachlässigte. Diesbezüglich entwickelte er aber niemals die Form eines Maximalmodells. Dies war lediglich ein Zugeständnis zugunsten der Suche nach einer Größe, die man als besonders wichtig anerkennen konnte.

Schließlich muss man das Hauptverdienst Langes im Bereich der Theorie der ökonomischen Rationalität darin sehen, dass er diesen Begriff als Muster verstand, als Analyse der Möglichkeiten und Bedingungen des Aufbaus einer Konzeption der makroökonomischen Rationalität und nicht als ein Element der Beschreibung der Wirklichkeit. Aufgrund der Veränderungen in der Weltwirtschaft entfiel die Notwendigkeit, nach Kriterien der Rationalität für einen zentralen Entscheider in der Planwirtschaft zu suchen. Die Entwicklung der Marktwirtschaft schuf jedoch die Notwendigkeit, die Frage der makroökonomischen Rationalität in anderer Form aufzugreifen. Es wuchs nämlich

das Bewusstsein hinsichtlich der Widersprüche zwischen den Rationalitäten individueller, einzelner ökonomischer Entscheidungen und den Ergebnissen ökonomischer Prozesse auf Makroebene. Es tauchte der Gedanke auf, dass sogar die Rationalität in mikroökonomischer Fassung eine Verbindung mit dem gesellschaftlichen Kontext erfordert, in dem individuelle Entscheidungen getroffen werden.⁵

Dies ist keine unumstrittene Ansicht. Sie stimmt mit der seit etwa 25 Jahren in der Weltwirtschaft dominierenden neoliberalen Doktrin nicht überein. Diese lehnt die These von der Dysfunktionalität des Marktes ab und verkündet, dass das Funktionieren der Wirtschaft durch das neoklassische Modell der idealen Konkurrenz, wenn diese nicht durch die überflüssige Intervention des Staates beeinträchtigt wird, hinlänglich gut beschrieben sei. Die Akzeptanz dieses Standpunkts lässt das Problem der makroökonomischen Rationalität im erläuterten Sinne aus dem Blickfeld verschwinden. Gleichzeitig bedeutet sie die Rückkehr zur Behandlung der ökonomischen Rationalität als Beschreibung des realen Handelns wirtschaftlicher Subjekte, aus der eine eindeutige Glorifizierung des Marktmechanismus resultiert, der auf optimale Allokation und optimale Verteilung ausgerichtet sei.

Sofern diese Sicht der Marktwirtschaft der einstigen Theoretiker des Kapitalismus gerechtfertigt erscheinen konnte und ihren Glauben sowie ihre Erwartungen zum Ausdruck brachte, so stellt die neoliberale Doktrin heute eine anachronistische Religion dar, die für die Vertreter des Finanzkapitals und anderer Kapitalgruppen komfortabel sein kann, aber absolut nicht zur gegenwärtigen ökonomischen Realität passt. Die Realität bringt immer wieder Beweise dafür, dass der Marktmechanismus, der im Hinblick auf das individuelle Streben nach Effektivität und auf die Absicherung einer schnellen Adaption der Richtungen und Formen der Produktion an die sich verändernden Bedingungen gut funktioniert, in der Praxis aber auch zu eindeutig negativen Folgen führt. Diese umfassen eine weit reichende Störung des ökologischen Gleichgewichts sowie eine zunehmende wirtschaftliche Instabilität, die mit einem enormen Bedeutungszuwachs der Finanzmärkte verbunden ist. Sie bedeuten aber auch ein sich weltweit verschärfendes gesellschaftliches Ungleichgewicht.

Im Zusammenhang damit nimmt das Gefühl zu, dass die Marktwirtschaft nicht rational funktioniert, dass sie – wie gelegentlich ausgeführt wird – zunehmende Bedrohungen erzeuge und auf Selbstvernichtung ziele.⁶ Also zeichnet sich ein Widerspruch ab. Einerseits kann man nämlich nicht leugnen, dass der Marktmechanismus sich durch eine quasi automatische Makrorationalität auszeichnet, die auf der Rationalität von Einzelentscheidungen und auf der Selbstregulierung der Wirtschaft beruht, indem Marktgleichgewicht angestrebt und durch die Einführung immer wieder neuer und besserer technischer, organisatorischer und ökonomischer Verfahren Fortschritt erzeugt wird. Mit Hilfe dieser Mechanismen gelang es, eine fulminante Entwicklung von Wissenschaft und Technik zu fördern, auf deren Grundlage sich eine die Welt verändernde

⁵ Siehe K. J. Arrow: Methodological Individualism and Social Knowledge. In: American Economic Review 1994.

⁶ D. H. Meadows u.a.: Granice wzrostu. Warszawa 1973; dies.: Przekraczanie granic. Warszawa 1995.

neue Zivilisation der Information und eine neue, auf dem Wissen basierende Wirtschaft entwickelt.

Gleichzeitig haben diese positiven Entwicklungsprozesse ihre Kehrseite, indem elementare Lebensbedingungen durch die Degradierung des Ökosystems vernichtet werden.⁷ Dies ist eine Tendenz zur Selbstvernichtung, die in der Kumulierung der Negativfolgen des Wirtschaftswachstums ihren Ausdruck findet. Der Marktmechanismus hält mit der positiven Adaption nicht Schritt und in der Weltwirtschaft scheint seit geraumer Zeit eine selbstzerstörende Tendenz vorzuherrschen.⁸

Es wird also deutlich, dass – wie seit langem von Karl Polanyi postuliert – man sich im Leben der Gesellschaften nicht allein auf den Marktmechanismus verlassen sollte, da dies zur Katastrophe führen kann. Der Markt benötigt als notwendiger und grundlegender Mechanismus der Wirtschaftstätigkeit sowohl Förderung als auch Korrektur durch eine staatliche oder überstaatliche Wirtschaftspolitik. Deshalb ging die Entwicklung der zeitgenössischen Marktwirtschaft, trotz aller neoliberalen Rhetorik, in Richtung einer grundsätzlichen Steuerung der Wirtschaft durch den Staat, die vom Interventionismus bis hin zu einer permanenten aktiven Einflussnahme auf die Prozesse der Allokation und Umverteilung reicht.

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, welche Bedeutung der Begriff der makroökonomischen Rationalität in der zeitgenössischen Marktwirtschaft haben kann?

Wie es scheint kann dieser Begriff in einer Wirtschaft, die nicht durch zentrale Entscheidungen geprägt ist, im Hinblick auf das Problem der Rationalisierung der Wirtschaftspolitik der einzelnen Staaten sowie überstaatlicher Organisationen einen neuen Bedeutungsbereich erhalten. Wenn die Wirtschaftspolitik nämlich an den Allokationsprozessen einen wesentlichen Anteil hat, zumindest durch indirektes Einwirken auf strukturelle Entscheidungen, so taucht das Problem der Rationalität wirtschaftspolitischer Entscheidungen auf.⁹

Dieses könnte auf traditionelle Weise relativ leicht gelöst werden, wenn man davon ausginge, dass die Aufgaben der Wirtschaftspolitik auf Interventionen beruhen und immer dazu dienen, ein bestimmtes Ziel zu erreichen, zum Beispiel eine Rezession zu vermeiden. Die Bewertung der Rationalität eines funktionierenden Marktes könnte dann für einen bestimmten Zeitabschnitt auf die Maximierung einer einzigen Größe reduziert werden, zum Beispiel auf ein beschleunigtes Wirtschaftswachstum.

Dies reicht aber im Hinblick auf die angeführten Beobachtungen hinsichtlich der selbstzerstörenden Aspekte des Marktgeschehens nicht aus. Wir müssen davon ausgehen, dass die hauptsächlichen Symptome dieser Tendenz zur Selbstzerstörung erstens die Erschüt-

⁷ B. Fiedor: Podstawy ekonomii środowiska i zasobów naturalnych. Warszawa 2002.

⁸ Z. Sadowski: Transformacja i rozwój. Warszawa 2005.

⁹ Ein zweiter neuer Bedeutungsbereich, mit dem ich mich hier nicht näher befassen kann, stellt die Rationalisierung des Funktionierens großer internationaler Konzerne dar, die man als makroökonomische Organismen bezeichnen kann. Diese Organismen funktionieren in vielerlei Hinsicht ähnlich wie die zentrale Planwirtschaft, mit dem Unterschied allerdings, dass sie eindeutig auf die Maximierung einer einzigen Größe, des Gewinns, ausgerichtet sind. Dies erleichtert ihnen gegenüber die Anwendung des Begriffs der Rationalität im traditionellen Sinn. Verschiedene andere Ziele, darunter auch soziale, werden von diesen Konzernen im Kontext der Entscheidung über die Gewinnverteilung realisiert, was den Gewinn als grundlegendes Ziel und zu maximierende Größe allerdings nicht in Frage stellt.

terung des ökologischen Gleichgewichts¹⁰ und zweitens soziale Disproportionen sind, die für das soziale Gleichgewicht eine Bedrohung darstellen. Hierbei ist die Zerstörung des Ökosystems gegenwärtig nicht nur eine hypothetische Bedrohung, sondern stellt einen realen, fortschreitenden Prozess dar.

Die soziale Bedrohung kommt in einer sich immer weiter öffnenden Schere im Hinblick auf die Lebensverhältnisse in immer größer werdenden Armuts- und Hungerregionen zum Ausdruck. Es ist also notwendig, ein neues Wirtschaftparadigma zu definieren. Man kann davon ausgehen, dass es sich hierbei um das Konzept der ständigen Entwicklung handelt, das sich zwar eines großen Interesses erfreut, aber bisher nur ein Desiderat darstellt. Dieses neue Paradigma basiert darauf, dass die Notwendigkeit erkannt wird, die Prozesse der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung bewusst so zu gestalten, dass man sich selbstzerstörenden Tendenzen effektiv entgegenstellen kann.

Hieraus ergibt sich die Schlussfolgerung, dass nur eine so gestaltete Entwicklung als rational bezeichnet werden kann. Der nächste Schritt stellt also die Notwendigkeit dar, den Begriff der makroökonomischen Rationalität neu zu definieren. Einige Autoren versuchen das Problem zu lösen, indem sie die ökologische und ökonomische Rationalität einzeln hervorheben, um auf die Möglichkeit aufmerksam zu machen, dass beide Rationalitäten miteinander vereinbar sind.¹¹ Dies scheint nicht der richtige Weg zu sein. Es gibt nämlich keinen Grund, die verschiedenen Rationalitäten einander gegenüberzustellen. Allgemeines Ziel der wirtschaftlichen Aktivitäten des Menschen war und bleibt die Befriedigung menschlicher Bedürfnisse, und die Rationalität bemisst sich am Grad ihrer Befriedigung hinsichtlich vorhandener, immer begrenzter Mittel. Das Problem besteht darin, was man unter diesen Bedürfnissen versteht. Das einstige Verständnis, das die Problematik auf die direkten materiellen Lebensbedingungen reduzierte, muss einem neuen Verständnis weichen, bei dem die materiellen Lebensbedingungen und damit auch die menschlichen Bedürfnisse wesentlich breiter begriffen werden müssen, als etwas, das all das umfasst, was die Lebensqualität der Gesellschaften und ihrer Mitglieder ausmacht. Dies bedeutet die Notwendigkeit, ein einheitliches System von Wirtschaftszielen aufzubauen, das sowohl die Sorge um das Ökosystem umfasst als auch die Sorge um eine Umverteilung des Bruttosozialprodukts, die allen Mitgliedern der Gesellschaft würdige Lebensbedingungen garantieren soll. Es ergibt sich also die Notwendigkeit, gemeinsame Maßstäbe für die so verstandenen Effekte des Wirtschaftens zu definieren.

Dies ist eine Herausforderung, die man nur sehr schwer erfüllen können, was alleine an den Schwierigkeiten deutlich wird, adäquate Indikatoren für das Entwicklungsniveau zu erarbeiten. Es gibt jedoch keinen Grund, auf dieses Vorhaben zu verzichten.

Ich sehe hier in doppelter Hinsicht die Notwendigkeit, an das Denken Oskar Langes anzuknüpfen.

¹⁰ Auf interessante Weise entwickelt S. Czaja die Frage der Beziehung dieser Erscheinungen zum Begriff der Rationalität. Unter anderem verweist er darauf, dass „einerseits die instrumentelle Rationalität der entscheidenden Subjekte weit verbreitet ist, dass andererseits aber die 'entropische Nicht-Rationalität' des gesamten globalen sozioökonomischen Systems zugenommen hat“. S. Czaja: *Teoriopoznawcze i metodologiczne konsekwencje wprowadzenia prawa entropii do teorii ekonomii*. Wrocław 1997, S. 109.

¹¹ Siehe: *Millenium Ecosystem Assessment*. World Resources Institute 2005.

Erstens ist es notwendig, seine Konzeption zu akzeptieren, dass der Begriff der Rationalität nicht die ökonomische Wirklichkeit beschreibt, sondern nur das Vorgehensmuster vorgibt. Dagegen ist es die Aufgabe der Wirtschaftswissenschaft, die Faktoren für die Abweichung von diesem Muster zu erkennen. Diese Aufgabe kann sogar dann erfüllt werden, wenn es nicht möglich ist, das Maß der zu erreichenden Effekte präzise zu bestimmen.

Zweitens stellt sich in der vorgeschlagenen Fassung ganz deutlich die Frage nach der Vielheit der Ziele. Also besteht das Wesen der theoretischen Anstrengung gerade auf der Suche Langes nach einem Verfahren, diese Ziele zu integrieren. Ich bin der Auffassung, dass diese Aufgabe lösbar ist und dass der Weg dahin über die Erarbeitung eines besseren allgemeinen Maßstabs für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung führt.

Lange hat dieses Problem nicht einmal in seiner einfachen Version gelöst. Vielleicht ist es auch unlösbar. Vielleicht kann man aber auch im Rahmen der neuen institutionellen Ökonomie eine Lösung finden. Die Zukunft wird es zeigen. Wenn wir uns aber weiterhin mit makroökonomischer Rationalität beschäftigen wollen, dann scheint die vorgestellte Denkrichtung unverzichtbar.

Dorota Michalska-Niedenthal

Warum brauchen wir eigentlich noch polnische – deutsche Schulpartnerschaften? Eine Bilanz mit Perspektiven nach 15 Jahren

Als ich 1990 zum ersten Mal mit einer Schülergruppe nach Deutschland fuhr, war die Freude groß. Im Jahre des ersten Vertrags über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit trafen sich wenige Monate nach dem Treffen des ersten frei gewählten Premiers, Tadeusz Mazowiecki, und Kanzler Kohl junge Polen und Deutsche – hier in Krakau und in Alzey- einer Stadt in Rheinland-Pfalz – einem Land der Bundesrepublik Deutschland in Grenznähe zu Frankreich und Luxemburg. Erstmals hatten wir das selbstbewusste Gefühl demokratische Partner zu sein. Das aber ist schon fast 16 Jahre her. Inzwischen ist Polen Mitglied der Europäischen Union; und wir haben die ausgezeichnete Chance, mit Schulen in allen westlichen Ländern Kontakte aufzunehmen – nicht nur in Deutschland.

Hinzu kommt, dass es bei uns in immer mehr Schulen zu wenig Deutschlehrer gibt, weil die Nachfrage nach Deutsch nachgelassen hat. Mehr noch: laut letzten Untersuchungen, die von „Eurobarometer“ durchgeführt und publiziert wurden („Dziennik Polski“, 22.02.2006) meinen 90 Prozent der Polen, dass die wichtigste Sprache der Welt Englisch sei. Die zweitpopulärste Sprache ist ihrer Meinung nach Französisch. Das meinen 33 Prozent, Deutsch indessen befürworteten nur 28 Prozent aller Befragten. Vergleicht man diese Ergebnisse unter polnischen Schülern mit den Resultaten früherer Jahre, dann beweist dies eindeutig, dass nach unserem EU-Beitritt die deutsche Sprache an Popularität verliert. Und das bleibt nicht ohne Konsequenzen an den Schulen: Immer mehr Deutschlehrer verlieren ihre Arbeit. Verstärkt wird dieser Trend dadurch, dass in anderen Schulen Deutschlehrer in deutsche Firmen abwandern, weil sie dort mehr verdienen. Und schließlich bläst uns als Deutschlehrer noch ein besonderer Wind ins Gesicht, wenn uns manche Eltern unserer Schüler an revanchistische Töne von deutschen Vertriebe-

nenverbänden erinnern und die kritische Frage stellen, was eigentlich ihre Kinder bei diesen Deutschen noch zu suchen hätten. Vor diesem Hintergrund erscheint es notwendig, Bilanz zu ziehen und der Frage nachzugehen:

Warum brauchen wir eigentlich noch polnisch – deutsche Schulpartnerschaften?

Ich möchte dieser Frage in einer kritischen, aber konstruktiven Bilanz nachgehen und mich schon jetzt eindeutig dafür aussprechen, dass wir polnisch – deutsche Schulpartnerschaften mehr denn je brauchen.

Erstmotive für polnisch-deutschen Schüleraustausch – oder: Über unsere Stärken

Wir Deutschlehrer sahen und sehen in der unmittelbaren Begegnung zwischen unseren und den deutschen Jugendlichen die große Chance zur Vervollkommnung von Sprachkenntnissen, die wir zuvor im Unterricht vermittelt haben. Dass dies gelingen kann und immer wieder gelungen ist, bestätigten mir nach allen Treffen sowohl unsere Schüler als auch unsere Eltern. Eine solche durchaus positive Resonanz finden wir auch bei den deutschen Lehrern und Eltern. Sie sind immer wieder beeindruckt, auf welchem hohen Niveau unsere Schüler die deutsche Sprache beherrschen. Solche positiven Einschätzungen fallen nicht vom Himmel: Sie sind zum einen das Ergebnis einer hohen Motivation unserer Schüler und einer sorgfältigen Vorbereitung auf die Begegnungen mit der deutschen Jugend im Deutschunterricht (z.B. durch Wortfeldübungen, Präsentationen der Partnerschulen und -städte oder auch Briefwechsel), und zum anderen sind sie das Resultat gelungener Programme in Deutschland, wenn sie fast ständig Anlässe zum Sprechen bieten (z.B. durch gemeinsame Unternehmungen, Projekte oder Exkursionen - u.a. mit vielen gemeinsamen Erlebnissen). Unser didaktisches Kalkül ging folglich voll und ganz auf.

Und obwohl für die allermeisten polnischen Eltern die Finanzierung der Schülertreffen trotz der Förderung durch das „Polnisch-Deutsche Jugendwerk“ finanzielle Opfer bedeutete, zeigten sich die Erfolge ihrer Kinder in besseren Noten oder in einem stärkeren Interesse an der Rezeption deutschsprachiger Bücher, Zeitungen und Fernsehsendungen. Dies war jedenfalls das Ergebnis von Umfragen nach vielen Austauschmaßnahmen, in denen die Schüler das Programm bewerteten und zu der Schlussfolgerung gelangten, dass Besuche auf Austauschbasis durchaus empfehlenswert seien. Folgende Randbemerkungen meiner Schüler zeugen am besten von der Wichtigkeit und der besonderen Bedeutung polnisch-deutscher Schulpartnerschaften:

- „Ich konnte konkret auf die Familienkonstellation und das Alltagsleben eingehen“
- „Jetzt ist Deutschland für mich kein Land mehr irgendwo im Westen, sondern das Land, in dem viele meiner Freunde leben!“
- „Der Austausch hat mir und uns allen viel Spaß gemacht. Das war die schönste Woche in meinem Leben!“
- „Ich habe den Aufenthalt sehr genossen und würde jederzeit wieder hinfahren.“

- „Es war eine vollkommen gelungene Fahrt, weil ich allgemeineschichtliche Entwicklungen erfahren und vergleichen konnte.“

Wobei ich betonen möchte, dass die Zeit, als die Treffen sich durch ein dichtes Besuchsprogramm auszeichneten, schon längst vorbei ist. Heutzutage ist es viel wichtiger, was sich auch aus den oben genannten Aussagen ergibt: Das gegenseitige Kennenlernen, das Entdecken gemeinsamer Ziele, der Vergangenheit und eine große Erfahrung in jungen Jahren, die auch in manchen Fällen über das weitere Leben (z.B. Studium, Beruf) entscheidet. In meiner langen Praxis kann ich an vielen Beispielen aufzeigen, dass der Austausch nicht nur kurzfristig eine tief greifende Erfahrung darstellt, sondern eine Nachhaltigkeit zeitigt, die weit über eine beträchtliche Verbesserung der Fremdsprachenkompetenz hinausgehend einen erheblichen Einfluss auf die Biographie und Persönlichkeit von Menschen hat. Weil wir eben auch ein solches Ergebnis erzielen wollen, sind die Programme auf Gegenseitigkeit ausgerichtet.

Aber unsere Stärke liegt nicht allein in unserer hohen Sprachkompetenz. Wir haben noch eine Stärke, die wir nicht vergessen dürfen: Auch die Eltern tragen ganz erheblich zum Erfolg der Austauschprogramme bei. Aus den Berichten und schriftlichen Eindrücken von deutschen Schülern über ihre Begegnung mit polnischen Schülern weiß ich, wie tief beeindruckt sie sich von der „großen Gastfreundschaft“ ihrer polnischen Gasteltern zeigten. Auch diese – wie es oft heißt – „überwältigende und herzliche“ Gastfreundschaft ist unsere große Stärke. Und wir wissen aus den Erzählungen unserer Schüler, dass der gelungene Aufenthalt in unseren und in den deutschen Familien entscheidend zum besseren Kennenlernen und zur Verbesserung der Beziehungen zwischen den jungen Menschen beigetragen kann. Das dürfen und wollen wir als Lehrer nicht vergessen. Darum sprechen wir nur in Worten des Dankes und der Bewunderung von unseren Eltern. Ohne sie, aber auch ohne die Eltern in Deutschland, wäre der große Erfolg der allermeisten Treffen in Frage gestellt.

Allein diese erste Bilanz kann sich sehen lassen - und wir sind stolz darauf.

An dieser Stelle stellen sich aber weiterführende Fragen, auf deren Beantwortung unsere Schüler und Eltern ein Recht haben:

Wo liegt der aktuelle Sinn und Zweck von Schülerbegegnungen? – Und: Was können wir realistisch betrachtet erreichen? Und schließlich: Welchen Stellenwert haben Schülerbegegnungen im Rahmen von wirklichen Schulpartnerschaften?

Sinn und Zweck von Schülerbegegnungen

Wenn wir von Schüleraustausch sprechen, dann meinen wir eigentlich die Begegnung von polnischen und deutschen Schülern an einer polnischen und an einer deutschen Schule. In Deutschland spricht man deshalb oft von polnisch-deutschen Schülerbegegnungen im Rahmen einer Schulpartnerschaft.

Was den Sinn und Zweck angeht, so gibt es einen historisch-politischen und einen pädagogischen Sinnbereich. Nicht immer wird man bei aktuellen Treffen beide Sinnbereiche

klar voneinander trennen können. Dies hat etwas mit der Geschichte der Beziehungen zwischen unseren Ländern in den letzten 200 Jahren zu tun. Und hier gibt es für uns Polen sehr viele traumatische Erlebnisse, in denen wir die Deutschen nicht als Partner oder auch Freunde erlebten, sondern als arrogante, belehrende und besonders uns Polen verachtende Machtmenschen. Jedem von uns werden aus den Erzählungen von Eltern und Großeltern oder aus unseren Geschichtsbüchern Beispiele dazu einfallen. Nun erleben wir aber die Deutschen unter völlig anderen gesellschaftlichen und staatlichen Bedingungen. Sie leben nicht mehr in einem autoritären, diktatorischen oder faschistischen System, sondern haben seit sechzig Jahren bewiesen, wie sehr sie sich im eigenen Land für Demokratie und Menschenrechte und in Zusammenarbeit auch mit Polen in Europa für eine friedliche Entwicklung unseres Kontinents einsetzen.

Vergessen wir nicht die großartige und vorbildliche Zusammenarbeit zwischen unserem polnischen Papst Johannes Paul II. und dem jetzigen deutschen Papst Benedikt XVI.

Und wir beobachten, wie schonungslos sich Lehrer und Schüler um aktive Aufklärung der jüngsten deutschen Vergangenheit bemühen, die so viel Unheil über uns Polen gebracht hat. Darum spielen und spielen die Begriffe polnisch-deutsche Versöhnung und Verständigung noch immer eine große Rolle in den politischen und pädagogischen Programmen, die von den deutschen Lehrern gestaltet werden. Denn als 1991 das Deutsch-polnische Jugendwerk gegründet wurde, sah man in der Versöhnung und in der Verständigung zwischen Polen und Deutschen eine große Aufgabe. Das hat sich bis heute nicht geändert. Ich erinnere auch in diesem Kontext an den jüngsten Briefwechsel - „Ein Beitrag zur Überwindung der Unfreiheit“ - zwischen dem polnischen und dem deutschen Episkopat anlässlich des ersten Briefwechsels zwischen den beiden Episkopaten während des Zweiten Vatikanischen Konzils im Jahre 1965. Die Forderungen der beiden Bischofskonferenzen vom 27. September 2005 haben daher an Aktualität nicht verloren, wenn es dort heißt:

Sie erwarten von uns, dass wir „Formen der Zusammenarbeit entwickeln, die der Aufrechterhaltung unserer Freundschaft dienen.“

Damit haben wir eine wirkliche Sinnebene, die Maß und Ziel auch für unser pädagogisches Handeln bei Schülerbegegnungen sein sollte. Unsere Programme für den Aufenthalt in Polen und in Deutschland, die wir gemeinsam mit den Eltern und unseren Schülern gestalten, müssen Antworten auf die Frage sein, ob sie Freundschaften ermöglichen und – wo bereits vorhanden – deren Aufrechterhaltung dienen.

Damit kommen wir einem großen Ziel der europäischen Romantik näher, in der man sich zur Sicherung des Friedens und der Freiheit große Völkerfreundschaften wünschte. Heute sind wir etwas bescheidener geworden, weil wir wissen, dass Völkerfreundschaft nur dann gelingen wird, wenn die Freundschaft zwischen den Menschen, die den Völkern angehören, zur täglichen Realität gehört. Das bedeutet keinen Verzicht auf unseren Anspruch auf Versöhnung, sondern nur die Schaffung einer sicheren Ausgangslage, die im ehrlichen Blick auf die gemeinsame Vergangenheit eine aufrichtige und ernst zu

nehmende Versöhnung zwischen Polen und Deutschen wahrscheinlich werden lässt und damit einer friedlichen Zukunft zwischen unseren Ländern den Weg bereitet. Und aus diesem Grund soll diejenige Schülerbegegnung im Mittelpunkt stehen, die die Gelegenheit zum Erfahrungsaustausch und zum Einbringen neuer Aspekte in die eigene Mentalität und in das eigene Leben sowie zur Entwicklung einer kritischen und analytischen Kommunikationsfähigkeit und zur Entwicklung der Persönlichkeit bietet.

Was können wir mit unseren Schülern erreichen?

Jede junge Generation hat ein Recht auf ihre eigene Gegenwart und hat den Kopf voll von Ideen über eine glückliche Zukunft. Das heißt, wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass man einer rein historisch-politischen Betrachtung unserer Beziehungen nicht lange zuhören wird. „Das ist doch alles längst vorbei. Was willst du mit den alten Geschichten?“ Solche oder ähnliche Fragen kennen wir auch aus dem Deutschunterricht. Würden wir trotz dieser Abneigung darauf bestehen, dass bei polnisch-deutschen Schülerbegegnungen – wie sehr oft von manchen Geschichtslehrern gefordert – auf der Behandlung der polnisch-deutschen Geschichte bestanden wird, dann dürfen wir uns nicht wundern, wenn sich zum Beispiel mancher unserer Schüler für eine andere, unbelastetere europäische Fremdsprache entscheidet. Um zu vermeiden, dass durch bestimmte Organisationsformen und Inhalte von Schülerbegegnungen das Interesse an der deutschen Sprache leidet, ist es wichtig, mehr denn je gemeinsam mit unseren Schülern darüber ins Gespräch zu kommen, wo für sie der Sinn solcher Begegnungen liegen könnte. Und diese Themen sind es dann, mit denen wir sie sowohl für den Unterricht in unserer Klasse als auch für den „Unterricht“ während einer „langen Schulstunde“ in Deutschland begeistern können. Zudem erweist sich der Deutschunterricht während einer direkten Begegnung als besonders erfolgreich, weil das Lernen „mit allen Sinnen“ erfolgt und durch praktische Erfahrungen unterstützt wird. Die Schüler lernen scheinbar nebenbei intensiv Deutsch auf Exkursionen, zum Beispiel, indem sie Fahrkarten kaufen, nach dem Weg fragen, Sehenswürdigkeiten benennen, in Geschäfte gehen usw. Auch hierbei wird das Lernen visuell stark gefördert, durch Aufschriften an Gebäuden, Innenräumen u.ä. Das bedeutet: Theoretisches Wissen und das Beherrschen von sprachlichen Normen werden unwillkürlich durch interkulturelle Zusammenhänge ergänzt. Dadurch werden zum einen die Motivation Deutsch zu lernen und die internationalen Erfahrungen der Teilnehmer gestärkt; zum anderen werden die Grundlagen für ein multikulturelles Europa geschaffen, in dem durch interkulturelle Kommunikation die kulturelle Vielfalt anerkannt und zum wichtigen Grundstein für ein friedliches, nachbarschaftliches Zusammenleben wird.

Exkurs: Was bedeutet „Partnerschaft“?

Während meiner bereits 15 Jahre währenden Erfahrungen mit deutschen Schulen, zu denen wir unsere Beziehungen zwischen den Schülern im Rahmen von Schulpartnerschaften pflegen (das Aufbaugymnasium in Alzey seit 1991, die Robert-Koch-Schule in Clausthal-Zellerfeld seit 1991 und das Pirkheimer-Gymnasium Nürnberg seit 2003), stieß ich bei einem Seminar in Ingelheim in Rheinland-Pfalz auf eine Definition von „Partnerschaft“, die mich bei der Gestaltung meiner Programme nicht mehr loslässt. Nach dieser Definition entsteht Partnerschaft immer dann, wenn Aufgaben zu bewälti-

gen sind, die man als Einzelner nie bewältigen könnte. So spricht man ja auch von Nato-Partnern, wenn es darum geht, gemeinsam den Frieden zu sichern, weil ein einzelner Staat dazu nicht in der Lage wäre. Unabhängig von der kommunistischen Ideologie kennen wir ja auch die genossenschaftliche Zusammenarbeit zwischen Bauern, wenn es darum geht, das Getreide gemeinsam einzufahren, damit die Menschen etwas zu essen haben, weil ein einzelner Bauer dies nicht leisten könnte.

Wenn sich also unsere Schüler mit deutschen Schülern treffen, dann stellt sich unter der Kategorie der Partnerschaft die Frage, welche Themen und Probleme es sind, die unsere Schüler miteinander austauschen und so voneinander lernen könnten. Vom diffusen Nebeneinander von Ideen und Vorstellungen kommt man zu gemeinsamen Anliegen. Und damit ist der entscheidende Weg bereitet: Von solchen Programmen geht eine starke integrative Wirkung auf die gesamte Gruppe aus. Schließlich entstehen auf einfachem Wege Bekanntschaften und Freundschaften, die – so meine Erfahrung – viele Jahre halten.

Welche Konsequenzen und welchen Einfluss hat diese Definition des Begriffs „Partnerschaft“ für unsere Schüleraustauschprogramme und Schulpartnerschaften, das Interesse an der deutschen Sprache und schließlich für die künftigen Beziehungen zwischen Polen und Deutschen?

Bevor ich mich abschließend diesen Fragen zuwende, möchte ich den Kolleginnen und Kollegen, die einen ersten Schüleraustausch planen, etwas mitteilen.

Jeder Schüleraustausch hat seine eigene Entwicklung und Dynamik. Als ich damit anfang, spielten die Ideen, die ich heute niederschreibe, noch keine große Rolle. Vielmehr sind sie erst im Laufe der Jahre, vor allem in der Zusammenarbeit mit vielen polnischen und deutschen Kollegen, entstanden. Am Anfang beherrschten Besichtigungsreisen unsere Programme, aber auch Schul- und Unterrichtsbesuche spielten eine große Rolle. Erst nachdem sich die verantwortlichen Lehrer auf beiden Seiten besser verstanden, veränderten wir unsere Ziele und Programme. Die Projektarbeiten, die gemeinsame Problembewältigung, die Entdeckung neuer Begabungen, die Entwicklung der Persönlichkeit sowie mehr Offenheit und eine Steigerung der Verantwortung zur Folge haben, sind heutzutage besonders aktuell. Der Schwerpunkt liegt aber auf der Bewusstmachung der eigenen Kultur, auf der unterschiedlichen Rezeption kultureller Phänomene, auf dem Kennenlernen geographischer, geschichtlicher, politischer und sprachlicher Vielfalt, was ein besseres Verständnis der eigenen Kultur fördert. Das bedeutet: Wie in einer Partnerschaft zwischen uns Menschen muss auch eine Partnerschaft zwischen Schulen die Gelegenheit bekommen, mit einer Zunahme an Vertrauen zu wachsen und zu reifen. Ob das jetzige Niveau schon das letzte Stadium darstellt, wird daher abzuwarten sein.

Wo sollte man anfangen?

Bei den gemeinsamen Themen junger Menschen im Jahr 2006. Die Themenfelder sind Interessen und Probleme, die den Alltag junger Menschen bestimmen. Ob Schule, Freizeit, Internet, Familie, Freundschaften, Berufschancen oder Reisen – die Themen mit

ihren interessanten Inhalten liegen buchstäblich auf der Straße. Als Pädagogen haben wir nur noch die Aufgabe uns zu bücken, sie „aufzuheben“ und unseren jungen Menschen zu gemeinsamen und an gemeinsamen Ergebnissen orientierten Gesprächen zu führen – nicht länger als Lehrer, sondern als Moderator, Gesprächspartner und Gesprächsbegleiter. Wenn wir das für zwei bis drei Tage an den Anfang von Schülerbegegnungen stellen, dann haben wir mit einem guten Start die Weichen für alle weiteren gemeinsamen Begegnungs- und Programmelemente gestellt.

Auf dem Weg von Schülerbegegnungen zur Schulpartnerschaft

Auch das, was wir im Moment als Schulpartnerschaften bezeichnen, wird davon profitieren. Die Themen, über die unsere Schüler sprechen wollen, haben ja Bezüge zu ganz unterschiedlichen Fächern in unseren Schulen. Wir Deutschlehrer haben dann die Aufgabe, z.B. für gemeinsame Gewässerproben an Weichsel und Rhein unseren Biologie- oder Chemiekollegen hinzu zu bitten, der dann auch seine deutschen Kollegen kennen lernen wird. Ein gutes Beispiel sind auch die Treffen von Schulleitern zwischen Schulen in Małopolska und Rheinland-Pfalz, die Schulpartnerschaften unterhalten und die von den Schulbehörden organisiert werden. So nahm ich als Deutschlehrerin aus Kraków 2005 an einem Treffen in Trier teil, bei dem sich die Schulleiter über Werteverziehung an ihren Schulen austauschten. Es war für mich als Übersetzerin sehr interessant, wie schnell die Schulleiter ihre gemeinsamen Probleme und Aufgaben entdeckten und darüber sprachen. Insofern haben auch sie, wie meine Schüler, damit begonnen partnerschaftlich zusammenzuarbeiten.

Wenn wir diesen Weg weiterdenken, dann bildeten unsere Schülerbegegnungen die Grundlage für echte Beziehungen zwischen allen Menschen an unserer Schule und an einer deutschen Schule. Die hier lebendig erfahrene Freundschaft bildet die Grundlage für eine gute Zukunft zwischen Polen und Deutschen in einem geeinten Europa. Das bedeutet aber auch: ob in Polen oder in Deutschland, wir können von unserer jungen Generation sehr viel lernen. Sie macht sich auf den Weg zueinander, lernt miteinander zu arbeiten und die Zukunft gemeinsam zu gestalten.

So werden nationale Stereotypen und die manchmal noch auftretende Fremdenfeindlichkeit erfolgreich bekämpft. Dafür aber brauchen wir weiterhin Deutschunterricht in Polen und noch mehr polnisch-deutsche Schulpartnerschaften, die viele interessante und positive Aspekte für die Ausbildung der Jugendlichen bringen. Denn ihr Kontakt mit neuen Kulturen weckt nicht nur die Lust am Weiterlernen der Zielsprache, sondern motiviert zum engagierten und gleichberechtigten Dialog zwischen Polen und Deutschen.

Theo Mechtenberg

Wo die Erinnerung trennt, da verbindet der Dialog

Deutsch-polnischer Erinnerungsdiskurs im Schloss Genshagen

Gut 150 TeilnehmerInnen, darunter Vertreter des Auswärtigen Amtes und der polnischen Botschaft, Journalisten und Redakteure, Wissenschaftler und Leiter verschiedener, dem deutsch-polnischen Dialog verpflichteter Institutionen, hatten sich auf Einladung von Rudolf von Thadden am 17./18. Februar 2006 im Schloss Genshagen zu einer Konferenz zum Thema „Deutsche und Polen: Erinnerung im Dialog“ eingefunden. Der Zeitpunkt war gut gewählt. Der 60. Jahrestag des Kriegsendes und die vier Jahrzehnte zurückliegenden Versöhnungsinitiativen der Kirchen sowie das 25jährige Gründungsdatum der Solidarność hatten 2005 in Deutschland wie in Polen auf vielen Ebenen einen Erinnerungsdiskurs in Gang gesetzt, der bis heute nachwirkt. Zudem wechselten fast zeitgleich sowohl in der Bundesrepublik als auch in Polen die Regierungen, und so konnte man gespannt sein, wie die Auswirkungen, zumal die auf eine betont patriotische Gedächtniskultur zielende Entwicklung in Polen, die Diskussion auf dieser Tagung beeinflussen würden.

Die Konzeption der Konferenz

Der vom Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien initiierten und geförderten Genshagener Konferenz lag eine überzeugende Konzeption zugrunde. Vorausgegangen war ihr eine dreitägige Werkstatt mit einer Gruppe junger Deutscher und Polen, deren Ergebnisse auf der Konferenz vorgetragen wurden. Auf sie sollten sich Altbundespräsident Richard von Weizsäcker (Berlin) und der ehemalige polnische Außenminister und jetzige Europaabgeordnete, Bronisław Geremek (Warschau), anschließend beziehen.

Neben dieser Einheit gab es am ersten Konferenztag zwei Schwerpunkte. Der erste galt der Frage nach den kulturellen Erinnerungsdebatten in Deutschland und Polen, zu der sich aus deutscher Sicht Matthias Weber, Direktor des Oldenburger Bundesinstituts für Kultur und Geschichte im östlichen Europa, äußerte. Die polnische Sicht brachten - mit recht unterschiedlichen Akzenten - Andrzej Przewoźnik (Warschau), Sekretär des Rates zum Schutz des Gedenkens an Kampf und Martyrium, sowie Feliks Tych (Warschau), Direktor des Jüdischen Historischen Instituts, zur Sprache.

Der zweite Schwerpunkt sollte, aufbauend auf den Ergebnissen der ersten Gesprächsrunde, gemeinsame Perspektiven in Europa aufzeigen. Unter der Moderation von Adam Krzemiński (Warschau), Deutschlandexperte der Polityka, kamen mit Irena Lipowicz (Warschau), der polnischen Sonderbeauftragten für deutsch-polnische Beziehungen, Markus Meckel (Berlin), Mitglied des Bundestages, Leon Kieres (Breslau), bis vor kurzem Präsident des polnischen Instituts für Nationales Gedenken, und dem Leipziger Historiker Stefan Troebst sehr unterschiedliche Stimmen zu Wort. Die Diskussion bewegte sich weiterhin mehr um Fragen der Vergangenheit, und wo sie sich der Zukunft zuwandte, war kaum ein Zusammenhang mit dem Erinnerungsdiskurs zu erkennen. Es zeigte sich, dass es offenbar nicht einfach ist, eine Brücke vom Erinnerungsdiskurs zu europäischen Perspektiven zu schlagen.

Für den zweiten Konferenztag hatten die Veranstalter einen gänzlich neuen Einstieg gewählt. Unter der Moderation von Sebastian Kleinschmidt (Berlin), Chefredakteur von „Sinn und Form“, ging es nun im Gespräch mit dem Krakauer Dichter und Essayisten Adam Zagajewski, der Berliner Autorin Tanja Dückers sowie mit Małgorzata Dzieduszycka-Ziemilska vom Warschauer Adam Mickiewicz Institut um das Spezifikum literarischer Erinnerung. Die Tagung endete mit Lesungen von Tanja Dückers und Adam Zagajewski sowie mit Chansons der in Berlin lebenden Französin Corinne Douarre.

Erinnerungsdiskurs im Zeichen von Empathie

Den Veranstaltern war es wichtig, die Generation junger Deutscher und Polen durch ein dreitägiges Werkstattgespräch in den Dialog über die Vergangenheit einzubeziehen und die Ergebnisse dieses Austausches auf der Tagung zu präsentieren. Es zeigte sich, was zu erwarten war: In Bezug auf den von ihnen nicht erlebten Zweiten Weltkrieg denken junge Deutsche und Polen im Kontext deutsch-polnischer Beziehungen entsprechend ihrer nationalen Traditionen an sehr unterschiedliche Ereignisse - die jungen Deutschen vor allem an Flucht und Vertreibung, ihre polnischen Altersgenossen an die Leiden der Okkupation und an den Warschauer Aufstand. Doch anders als die Erlebnisgeneration steht die Jugend dieser Vergangenheit schon recht distanziert gegenüber. Sie empfindet sie kaum mehr als Belastung. Ihr Blick ist mehr auf eine gemeinsame Zukunft und weniger auf die trennende Vergangenheit gerichtet. Sie erhofft sich eine deutsch-polnische Gemeinsamkeit im Rahmen der Europäischen Union.

Allerdings wurde auch deutlich, dass der Erinnerung an die Vergangenheit in Polen ein weit größeres Gewicht zukommt als in Deutschland. Polen werde zurzeit durch eine große, von der neuen Regierung bewusst geförderte Welle nationalen Gedenkens und patriotischer Gesinnung bestimmt. Diese Entwicklung wurde seitens der polnischen Jugendlichen durchaus kritisch eingeschätzt, sah man in ihr doch die Gefahr einer Mythologisierung der eigenen Geschichte und ihrer Instrumentalisierung für politische Zwecke. Ihr zu entgehen, bedürfe es, stärker als bisher, öffentlicher, zivilgesellschaftlicher Diskussionsforen, zumal Schule und Medien, aber auch die Familientraditionen, zu einem vorurteilslosen Verstehen der Vergangenheit wenig beitragen würden.

Der eigentlich positive Ertrag dieser drei Tage bestand wohl darin, dass die Grundregeln eines ehrlichen Dialogs beherzigt und eingeübt wurden: Offenheit, Fähigkeit zuzuhören, Empathie und Respekt vor dem, was dem anderen wichtig ist, sowie ein wacher, kritischer Geist gegenüber Manipulationen jeder Art. Zu bedenken bleibt jedoch, dass es sich bei dieser binationalen Gruppe um eine, wie die deutsche Berichterstatterin es nannte, „Versöhnungselite“ handelte, die keinen repräsentativen Anspruch erheben kann.

Nach dieser Präsentation sollte eigentlich mit Bronisław Geremek und Richard von Weizsäcker ein Generationen übergreifendes Gespräch geführt werden. Da aber beide Gesprächspartner keinen Meinungsunterschied zu den Berichten feststellen konnten, begnügten sie sich damit, dass jeder aus seiner Perspektive den langen, zu Versöhnung und Dialog führenden Weg deutsch-polnischer Nachkriegsgeschichte nachzeichnete. So sprach Geremek davon, dass er in Erinnerung an das Warschau seiner Kindheit, an das Getto, an niedergebrannte Dörfer, lange gebraucht habe, um mit den Deutschen persön-

lich Frieden zu schließen. Weniger persönlich gefärbt waren die Aussagen von Richard von Weizsäcker. Er machte deutlich, dass man in der Bundesrepublik erst Schritt für Schritt zur Erkenntnis der im Krieg verübten Verbrechen gelangt sei. Zudem sei die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit durch die Grenzfrage blockiert gewesen. Erst durch die Mitte der 60er Jahre beginnende und die Grenzfrage lösende Entspannungspolitik sei der Weg für eine vorurteilsfreiere Erinnerung gebahnt worden.

Die Problematik deutsch-polnischer Erinnerung

Bereits in seiner Begrüßungsansprache hatte Rudolf von Thadden unter Berufung auf den kürzlich verstorbenen, mit der Stiftung Genshagen eng verbundenen Prof. Reinhart Koselleck darauf verwiesen, dass die Deutschen eine „gebrochene“, die Polen aufgrund der rund 120 Jahre währenden Periode der Teilungen eine „geteilte“ Geschichte besäßen. Ausführlich ging dann Matthias Weber auf die zwischen Deutschen und Polen unterschiedlichen Erinnerungskulturen ein. Er zeigte, dass es nicht nur bezüglich des Zweiten Weltkriegs getrennte Erinnerungen gibt, sondern dass die Trennlinie kollektiven Gedächtnisses weit in die Geschichte zurückreicht. So sei beispielsweise das Preußenjahr 2001 im Gedenken an die 1701 erfolgte Gründung Preußens in der Bundesrepublik ohne den notwendigen Zusammenhang mit Polen sowie ohne Berücksichtigung des gänzlich anderen polnischen Preußenbildes begangen worden.

Stefan Troebst verortete seinerseits die Problematik deutsch-polnischer Erinnerung in der unterschiedlich verlaufenden europäischen Kulturgeschichte. In seiner Argumentation berief er sich auf den polnischen Historiker und Kulturphilosophen Oskar Halecki (1891-1973). Dieser habe vier kulturgeschichtliche Teile Europas unterschieden: Westeuropa, Westmitteleuropa, Ostmitteleuropa und das von Orthodoxie und Islam geprägte Osteuropa. Während die Nahtstelle zwischen Westeuropa und Westmitteleuropa mit der Bundesrepublik Deutschland kaum mehr erkennbar sei, habe sie sich zwischen Westmitteleuropa und Ostmitteleuropa, dem auch Polen zuzurechnen sei, sowie zwischen Ostmitteleuropa und Osteuropa durch die Erfahrung des Holocaust und die durch Jalta begründete Nachkriegsordnung weiter verschärft. Dies sei einer der Gründe für die europäischen Erinnerungskonflikte, mit denen auch noch in Zukunft gerechnet werden müsse. Eine gemeinsame europäische Erinnerungskultur könne, wenn überhaupt, nur infolge eines langen, schmerzlichen Prozesses entstehen.

Trennlinien zeigen sich auch unter literaturhistorischem Aspekt. So habe, wie Adam Zagajewski darlegte, die Erfahrung des Zweiten Weltkriegs in der deutschen und polnischen Literatur zu gänzlich anderen Folgerungen geführt. Während die deutsche Nachkriegsliteratur einen Verlust ihrer traditionellen metaphysischen Inhalte erlitten habe, sei die polnische Nachkriegsliteratur paradoxerweise philosophischer geworden. Diese Diskrepanz erschwere den Dialog beider Literaturen, zumal sich die polnische Literatur traditionell auf die deutsche beziehe, was umgekehrt weniger der Fall sei. In der Diskussion griff Adam Krzemiński diesen Faden auf und belegte an einer Reihe von Beispielen das bis auf die Gegenreformation zurückreichende Defizit eines deutsch-polnischen Literaturdialogs. Er sei nicht einmal unter den deutschen und polnischen Emigranten zustande gekommen. Erst Mitte der 60er Jahre habe es erste Ansätze eines solchen Dia-

logs gegeben. Die Verständigungsschwierigkeiten spiegeln sich daher auch in den Literaturen unserer Länder, die sehr unterschiedliche Erfahrungen speicherten.

Der polnische Erinnerungsdiskurs

Wenngleich das Tagungsprogramm Überlegungen zu den sowohl in Deutschland als auch in Polen geführten aktuellen Erinnerungsdebatten vorsah, so spielte doch die Auseinandersetzung um die deutsche Gedächtniskultur eine untergeordnete Rolle. Dafür kam der polnische Erinnerungsdiskurs recht ausführlich zur Sprache. Gleich zwei Referenten nahmen sich dieses Themas an. Andrzej Przewoźnik bestätigte den durch den Werkstattbericht gewonnenen Eindruck eines durch den Regierungswechsel gesteigerten Interesses an der nationalen Vergangenheit. Absicht der von der Regierung geförderten und sehr emotional geführten Debatten sei es, mit der eigenen Geschichte fertig zu werden und zwar mit der älteren der Okkupationszeit ebenso wie mit der jüngeren der über 40 Jahre Kommunismus.

Przewoźnik benannte vier aktuelle Debatten; ihr Gegenstand seien: 1. die Aufarbeitung der 1943/44 von ukrainischen Nationalisten in Wolhynien an Polen verübten Morde als besonderes Hindernis polnisch-ukrainischer Versöhnung; 2. das polnisch-russische Verhältnis, insbesondere die von Russland eingeforderte volle Aufklärung der Hintergründe des Hitler-Stalin-Paktes sowie der in Katyn ermordeten über 4000 polnischen Offiziere; 3. die deutsch-polnischen Beziehungen, zumal das durch die Auseinandersetzung um das „Zentrum gegen Vertreibungen“ zeitweilig gestörte wechselseitige Verhältnis; 4. die im Juli 1941 in Jedwabne von ihren polnischen Nachbarn ermordeten Juden, wodurch man sich in Polen den beschämenden Aspekten der eigenen Geschichte stellen müssen. Neben diesen Debatten gehe es seit 1989 auch um die kommunistische Vergangenheit. Diese notwendige Debatte sei zunächst durch die drängenden wirtschaftlichen und sozialen Probleme der Transformationsprozesse in den Hintergrund getreten, werde nun aber durch den Regierungswechsel neu belebt und berühre mit der Lustration sehr sensible Bereiche der zwischenmenschlichen Beziehungen.

Feliks Tych äußerte indes Zweifel an dieser Darstellung. Zwar habe es in letzter Zeit zwei Debatten gegeben, die um Jedwabne und die um die Ereignisse in Wolhynien kreisten, wobei allerdings beide, die erste weniger, die zweite mehr, von dem Interesse geleitet gewesen seien, die beschädigten wechselseitigen Beziehungen zwischen Polen und Juden bzw. zwischen Polen und Ukrainern neu zu ordnen. Im Übrigen sei die Debatte um Jedwabne nicht zu Ende geführt, sondern tot gemacht worden; dies allerdings nicht „von oben“, sondern „von unten“, durch die Gesellschaft als solche, die nicht bereit gewesen sei, sich den für sie schmerzlichen Wahrheiten zu stellen. Jedwabne stehe zudem für das um vieles umfangreichere Problem der polnisch-jüdischen Beziehungen in der Okkupationszeit. Menschen, die damals Juden gerettet haben, lebten heute noch in der Angst, ihre Nachbarn könnten dies erfahren. Auch hätten die Historiker längst um die Ereignisse in Jedwabne gewusst, aber sie aus Gründen der Staatsräson verschwiegen. Immerhin würde heute die jüngere Historikergeneration eine unbefangene, keinem Schweigegebot unterliegende Forschung betreiben.

In der Diskussion wurde dann aber zu Recht darauf verwiesen, dass Polen, was das Verschweigen unangenehmer Wahrheiten betrifft, keine Ausnahme bildet. Auch andere

Länder hätten hier ihre Probleme, so etwa Deutschland mit der Wahrheit über die Verbrechen der Wehrmacht oder Frankreich mit der Kollaboration.

Kritisch äußerte sich Tych zu den mit der Feier von Jahrestagen und der Eröffnung neuer Museen offensichtlich verbundenen patriotischen Tendenzen, die einer Aufarbeitung der Vergangenheit eher hinderlich seien. So vermutet er hinter dem unlängst eröffneten Museum des Warschauer Aufstandes die Absicht, den „polnischen Holocaust“ zu dokumentieren, wobei die notwendig zu führende Debatte darum, ob die Entscheidung zum Ausbruch des Aufstandes gerechtfertigt war oder nicht, außen vor bleibe, um nicht durch eine solche Diskussion das heroische nationale Selbstbild in Frage zu stellen.

Wie viel an Wahrheit ist verkraftbar?

Es sagt sich als Außenstehender leicht, die Wahrheit müsse unter allen Umständen ans Licht kommen, sie sei letztlich nicht belastend, sondern mache frei. Wie belastend die historische Wahrheitsfindung jedoch sein kann, wurde durch den Beitrag von Leon Kieres deutlich. Fünf Jahre lang stand er an der Spitze des mit der Gauck-Birthler-Behörde vergleichbaren Instituts für Nationales Gedenken mit seinen 83 Kilometern an Dokumenten der Okkupationszeit und des polnischen Geheimdienstes. Sie enthalten sehr dunkle Wahrheiten, eröffnen einen Blick in menschliche Abgründe. Es war Kieres förmlich anzumerken, wie stark er durch die gewonnenen Erkenntnisse persönlich betroffen war und welche Anfeindungen er auszuhalten hatte. Als er den Jedwabne-Bericht seines Instituts veröffentlichte, bekam er beispielsweise von einem Sejmabgeordneten zu hören: Präsident Kwaśniewski habe durch seine Präsenz bei den Gedenkfeiern in Jedwabne „das polnische Volk gesteigt“, doch er habe „den ersten Stein geworfen“. Man hielt Kieres vor: Warum beschäftigen Sie sich überhaupt mit dem, was Polen den Juden, Deutschen und Ukrainern angetan haben? Wozu soll das gut sein, solche „Einzelfälle“ ans Licht zu bringen? Damit besudeln Sie nur das Bild von Polen und handeln gegen die eigene Gemeinschaft. Sie verletzen die nationale Ehre und betreiben ein Geschäft, das möglicherweise zu einer Revision unserer gesamten Geschichte führt.

Solche Vorwürfe wären ihm erspart geblieben, hätte man in der Vergangenheit den Anfängen gewehrt. So zitierte Kieres eine Lokalzeitung aus Jedwabne aus dem Jahr 1924: „Wann werden wir endlich die Juden in diesem Ort los?“ Diese Frage sei der Anfang eines Weges gewesen, der letztlich zu den Morden geführt habe. Daher sei es die Pflicht des Historikers, die Schuld der Vergangenheit aufzudecken, damit sich die Geschichte nicht wiederhole. Nach Kenntnis der historischen Wahrheit könne die Devise nur lauten: Keine Toleranz gegenüber dem Bösen.

Gefährliches Spiel mit der „Geschichtspolitik“

Am Beitrag von Leon Kieres wurde der an den Historiker zu stellende moralische Anspruch deutlich. Doch wird er ihm auch gerecht? Wie jede andere Wissenschaft, so hat auch die Zunft der Historiker ihre Unschuld verloren. Nur zu oft hat sie sich zur Magd politischer Interessen erniedrigt. Auch auf der Genshagener Tagung wurde mehrfach unter dem Begriff der „Geschichtspolitik“ das Verhältnis von Politik und Geschichte konkret angesprochen. Dabei blieb der Begriff als solcher widersprüchlich. Während die einen ihn wegen der Gefahr politischer Manipulation negativ verstanden, werteten ande-

re ihn im Glauben daran, die Politik in den Dienst der historischen Wahrheit stellen zu können, positiv.

„Geschichtspolitik ist ein Tiger, den wir Historiker reiten müssen.“ Diese Äußerung eines Diskussionsteilnehmers bringt die mit dem Begriff verbundene Ambivalenz plastisch zum Ausdruck. Es ist schließlich gefährlich, einen Tiger zu reiten. Geremek, selbst Historiker und Politiker, lehnte den Begriff aufgrund seiner Erfahrungen im kommunistischen System, aber auch unter dem Eindruck gegenwärtiger Entwicklungen in seinem Land, entschieden ab. Richard von Weizsäcker dagegen, der sich auf seine politische Erfahrung berief, allerdings im demokratischen System der Bundesrepublik, sah in der Geschichtspolitik geradezu die Voraussetzung zur Formung eines kollektiven Geschichtsbewusstseins. Als Beispiel verwies er auf seine, auch von Geremek gewürdigte Rede vom 8. Mai 1985 vor dem Deutschen Bundestag.

Auch wenn auf der Konferenz um das Für und Wider einer „Geschichtspolitik“ eine Grundsatzdebatte ausblieb, so fehlte es doch nicht an kritischen Äußerungen zu der von Präsident Lech Kaczyński und der neuen polnischen Minderheitsregierung verfolgten Geschichtspolitik als Grundlage der angestrebten IV. Republik. So fürchtete man, die kritische Auseinandersetzung der letzten Jahre um die eigene nationale Vergangenheit könne zugunsten eines heroisch überhöhten Nationalbewusstseins wieder zurückgedrängt werden. Eine solche politische Steuerung nationaler Erinnerung würde - und sei es nur durch Verschweigen - die Geschichte verfälschen und könnte die deutsch-polnischen Beziehungen erneut belasten.

Das Europäische Netzwerk „Erinnerung und Solidarität“

Als Beispiel gelungener „Geschichtspolitik“ könnte das jüngst gegründete Europäische Netzwerk „Erinnerung und Solidarität“ gelten. In gewisser Weise ist es, wie Markus Meckel betonte, die Antwort auf das vom BdV verfolgte „Zentrum gegen Vertreibungen“. Die Grundlage legten die beiden Präsidenten Aleksander Kwaśniewski und Johannes Rau mit ihrer Danziger Erklärung vom 29. Oktober 2003. Ein Jahr später kam es dann zur Bildung einer Initiativgruppe europäischer Historiker. Im weiteren Verlauf der Überlegungen wurde die zunächst auf die Untersuchung europäischer Zwangsausiedlungen und Vertreibungen begrenzte Aufgabenstellung um die unter den kommunistischen Systemen Ostmittel- und Osteuropas erlittenen Repressionen erweitert.

Das im September 2005 verabschiedete Arbeitsprogramm erläuterte Prof. Weber, der ebenso wie sein Leipziger Kollege Troebst dem Stiftungsrat des Netzwerks angehört. Erste Projekte unter maßgeblicher Beteiligung beider Professoren sind eine den „Erinnerungsorten in Ostmitteleuropa“ gewidmete Tagung sowie eine Wanderausstellung „Zwangsmigration im europäischen Kontext“. Zudem ist deutscherseits die Herausgabe eines Lexikons „Jahrhundert der Vertreibungen“ geplant. Polnischerseits werden zwei Ausstellungen vorbereitet, eine unter dem Titel „Schicksale polnischer Kinder unter deutscher Besatzung“, eine andere als Präsentation der „Auslöschung polnischer Eliten durch Nazideutschland und die UdSSR“.

Geschichtsbewusstsein und europäische Identität

Es versteht sich, dass es in einem zusammenwachsenden Europa von Belang ist, in welchem Bezug die unterschiedlichen nationalen Geschichtsbilder zueinander stehen. Das

gilt vor allem dann, wenn - wie im deutsch-polnischen Verhältnis - die Last der Vergangenheit schwer wiegt. So zielte denn auch die Konferenz auf eine Erinnerungskultur, die auf der Erkenntnis und Anerkennung der historischen Wahrheit basiert und sich zugleich bei der Wahrnehmung des Anderen von Empathie leiten lässt. Diese im Dialog anzustrebende „gemeinsame Erinnerungsarbeit ist die Voraussetzung dafür“ - wie es in der Einladung zur Genshagener Tagung heißt - „dass zwischen unseren beiden Gesellschaften Vertrauen wachsen und unsere Zukunft in Europa gemeinsam gestaltet werden kann. Dabei soll es nicht darum gehen, die einzelnen Erinnerungswelten zu einer homogenen, europäischen Sichtweise auf die Vergangenheit zu verschmelzen.“

Das ist wenig und viel zugleich; wenig, weil es eine auf einem gemeinsamen Geschichtsbewusstsein fußende europäische Identität ausschließt. Sie ist in absehbarer Zeit nicht zu erwarten. Besonders skeptisch äußerte sich in diesem Zusammenhang Stefan Troebst: Die europäische Identität sei eine „Chimäre“; allenthalben sei ein Rückfall in die Nationalismen zu beobachten, während lauthals ein gemeinsames europäisches Bewusstsein beschworen werde, würden in Wahrheit die Grabenkämpfe des letzten Jahrhunderts verteidigt.

An solcher Skepsis gemessen, wäre das Wenige viel, wenn es gelingen sollte, in gemeinsamer Erinnerungsarbeit dazu beizutragen, dass das gemeinsame Europa bei aller Verschiedenheit der Gedächtniskulturen Zukunft hat.

Berichte

Bernd Stegmann

Die (osteuropäische) Welt zu Gast bei Freunden

Bericht über die Fortbildungskurse „Schüler, Lehrer, Unterricht, Schule (SLUS)“ mit ausländischen Deutschlehrkräften der Primar und Sekundarstufe



In Hameln auf den Spuren des Rattenfängers und der Weserrenaissance

Zum vierten Mal insgesamt bot das Gesamteuropäische Studienwerk e.V. in Vlotho in Zusammenarbeit mit dem PAD einen zweiwöchigen Fortbildungskurs für deutsche Fachlehrkräfte aus mittelosteuropäischen- bzw. Neuen Unabhängigen Staaten (NUS) sowie Russland unter dem Motto „*Schüler, Lehrer, Unterricht, Schule (SLUS)*“ mit ausländischen Deutschlehrkräften der Primar und Sekundarstufe aus Mittel- und Osteuropa an. In diesem Jahr fanden auf Anregung des Pädagogischen Austauschdienstes (PAD) zum ersten Mal zwei Kurse parallel in den Räumlichkeiten des Gesamteuropäischen Studienwerks statt, die durch ein ge-

meinsames Schulhospitations-, Exkursions- und Rahmenprogramm miteinander verbunden waren.

Die Seminare begannen am Sonntag, den 23. Oktober 2005, und endeten am Samstag, den 5. November 2005, mit der Rückreise der TeilnehmerInnen in ihre Heimatländer.

Der Bericht fasst beide Kurse zusammen, da Inhalte und Methoden bis auf wenige Ausnahmen trotz der separaten, zeitversetzten und teilnehmendenorientierten Vermittlung und Durchführung für beide Kurse gleich angelegt waren. Wo eine Differenzierung sinnvoll ist, wird in SLUS 1 und SLUS 2 unterschieden.

Teilnehmende SLUS 1

Die Gruppe des Fortbildungskurses mit Deutschlehrkräften der Sekundarstufe bestand aus insgesamt 11 Lehrerinnen und 3 Lehrern.

Aus Georgien, Kasachstan, Litauen, Polen, Serbien und Tadschikistan kam jeweils ein Gast, aus Bulgarien zwei und aus der Russischen Föderation sechs Personen.

Teilnehmende SLUS 2

Die Gruppe des Fortbildungskurses mit Deutschlehrkräften der Primar- und Sekundarstufe bestand aus insgesamt 12 Lehrerinnen und einem Lehrer. Zwei Lehrerinnen aus Kroatien und eine Lehrerin aus der Ukraine konnten leider nicht kommen. Aus Bosnien-Herzegowina, Kasachstan, Rumänien, Turkmenistan und Usbekistan kam jeweils ein Gast, aus Serbien und der Ukraine zwei und aus der Russischen Föderation vier Personen.

Auch wenn für einen relativ großen Teil der Teilnehmenden Russisch die Muttersprache war und Mentalitätsunterschiede zwischen Mittel-, Ost- und Südosteuropa sichtbar waren, wirkte sich das nicht erheblich auf die von Beginn an gute Atmosphäre innerhalb der gesamten Gruppe aus. Mitunter entstand aber auch Unmut über die Tatsache, dass Russisch in den Pausen zur Sprache Nr. 1 avancierte.

Dass nur vier der insgesamt 27 Teilnehmenden Männer waren, die Altersspanne von 22 bis 55 Jahre reichte und starke Mentalitätsunterschiede zwischen den einzelnen Teilnehmenden erkennbar waren, hatte auch keine nachteiligen atmosphärischen Folgen.

Abgesehen von der Tatsache, dass die TeilnehmerInnen durch die unterschiedlichen Flugangebote schon ab Donnerstag anreisen und z. T. vor dem offiziellen Ende abreisen mussten, gab es keine großen logistischen Schwierigkeiten.



Vor dem Reichstagsgebäude

Seminarablauf

Inhaltliche Schwerpunkte bildeten wieder die Themenbereiche schulische und außerschulische Bildung, Kultur, Wirtschaft, Politik und Alltag in einer deutschen Kleinstadt sowie aktuelle übergreifende, gesellschaftliche, literarische, politische, wirtschaftliche und soziale Fragen.

Der erste Abend am Anreisetag klang nach der Begrüßung und einem virtuellen Stadtrundgang durch Vlotho aus. Den Auftakt am nächsten Morgen bildete eine ausführliche Vorstellungsrunde mit den TeilnehmerInnen, die neben einem ersten Kennenlernen auch dazu diente, mittels Erstellen eines „Steckbriefes“ sich in die Situation der/des Anderen zu versetzen und aus ihrer/seiner Perspektive in Bezug zu Deutschland und der deutschen Sprache, zu Heimat und Fremde, zu Film und Literatur usw. gemachte Erfahrungen weiterzugeben. Ein Empfang im Vlothoer Rathaus, Gespräche mit dem stellvertretenden Bürgermeister, die Vorstellung anderer Bildungseinrichtungen in Vlotho, ein medialer Ausflug in die Stadtgeschichte der Industrialisierung, eine Stadtführung, die Vorstellung einer „Stadtrallye“, Prospekte und Karten sowie die Exkursion nach Hameln mit Besuch des Rattenfängermuseums und einer kunsthandwerklichen Werkstatt vermittelten den Teilnehmenden die Möglichkeit, sich ein eigenes Bild von der Geschichte und der Gegenwart der Region Ostwestfalen zu machen. Zusätzlich bot der auch in den vergangenen Jahren sehr beliebte „Abend in deutschen Wohnzimmern“ Gelegenheit, sich mit GastgeberInnen aus unterschiedlichen Bevölkerungsschichten in privater Atmosphäre intensiv über das Alltagsleben in der Bundesrepublik sowie das Leben in ihren Herkunftsländern zu unterhalten.

Die Tages-Exkursion nach Berlin bedeutete für viele noch einmal ganz neue Einblicke in die Situation der Bundesrepublik 15 Jahre nach der Wende und die Stadtrundfahrt und Stadtführung durch Berlins neue Mitte verbunden mit einem Informationsbesuch auf der Besucherbühne des Deutschen Bundestages und einem Besuch in der Kuppel des

Reichstagsgebäudes waren trotz der Kürze des Besuchs ein echter Gewinn und Blick über den regionalen Tellerrand.

Schulhospitationen

An insgesamt drei Vormittagen hospitierten die Teilnehmenden wieder im in unmittelbarer Nachbarschaft gelegenen Weser-Gymnasium (zwei Tage) und in der Realschule in Vlotho (einen Tag), um einen Einblick in unterschiedliche Schulsysteme, bzw. –alltage und –kollegien zu ermöglichen. Nach einführenden Referaten des Schulleiters bzw. des Hospitationskoordinators über das deutsche bzw. nordrhein-westfälische Bildungssystem, die unterschiedlichen Schultypen und die spezifische Situation in ihrer Schule besuchten die Gäste jeweils zu zweit oder zu dritt verschiedene Unterrichtsstunden ihrer Wahl.

Die Kooperation zwischen uns als Gesamteuropäisches Studienwerk und der jeweiligen Schule gestaltet sich immer freundschaftlicher und der zunehmend herzliche Empfang zeigte auch dieses Jahr wieder den gegenseitigen Gewinn der Zusammenarbeit. Einige der deutschen Lehrkräfte stellten sich im Anschluss an die Unterrichtsbesuche zur Verfügung, um offene Fragen zu beantworten und sich über Unterricht und Schule auszutauschen. Als fruchtbar erwies sich wieder der nachmittägliche eingehende Austausch über die gemachten Erfahrungen und die gewonnenen Eindrücke und der Vergleich mit der (Lehr-, bzw. Schüler-) Situation in den jeweiligen Heimatländern. Die überwiegende Mehrheit gab an, in den drei Tagen ein im Rahmen des Möglichen umfassendes Bild gewonnen zu haben (siehe dazu auch die Zeitungsartikel „Ferne Reise in ein anderes System – Lehrer aus Ost- und Mitteleuropa hospitierten in Vlothoer Schulen - Vlothoer Anzeiger vom 3.11.05 “ und „WGV und Realschule sind Vorzeigeobjekte – Deutschlehrer aus Osteuropa sind begeistert“ Vlothoer Zeitung vom 4.11.05).

Landeskundeunterricht

Breiten Raum nahm der Themenbereich „Landeskunde im Deutschunterricht“ ein. Die Gäste gaben an, verschiedene methodisch-didaktische Anregungen und erhaltene Materialien für den eigenen Deutsch-Unterricht übernehmen zu wollen. Wie in den vergangenen Jahren wurde auf den Einsatz teurer Medien verzichtet. Stattdessen erhielten die Teilnehmenden beispielsweise Vorschläge für die Behandlung der weltweit bekannten Rattenfängersage in verschiedenen Jahrgangsstufen, besuchten ein Märchenmuseum und näherten sich unterschiedlichen Themen auf vielfältige Weise (Literatur, Bild, Musik, Spielfilm, Quiz, Statistik u.a.). Ein im Haus erarbeiteter „Lernzirkel Deutschland und Europa“ wurde ebenso auf seine Verwendbarkeit im jeweiligen Unterricht für verschiedene Stufen und Sprachniveaus adaptiert sowie die für den Unterricht konzipierten DemoCards der Landeszentrale für politische Bildung und die „Methodenkiste“ der Bundeszentrale für politische Bildung in praktikable Unterrichtsentwürfe umgesetzt. Deutsche Spiel- und Dokumentarfilme ergänzten die landeskundlichen Unterrichtseinheiten bzw. wurden am Abend angeschaut und besprochen. Besonders großes Interesse fanden dabei neben „Homo Faber“, die „Blechtrommel“, „Lola rennt“, „Good Bye Lenin“ und „Gegen die Wand“ sowie der recht aktuelle Filme „Die fetten Jahre sind vorbei“, zu denen wir den LehrerInnen auch jeweils ein didaktisches Filmheft zur Verfügung stellten.

In weiteren Unterrichtseinheiten behandelten die Teilnehmenden – wiederum in Verbindung mit einem Methodentraining – die aktuellen Themen „Deutschland 2005 – Probleme und Herausforderungen“, sowie „Jugend, Szenesprache und Subkulturen“, „Jugend in Deutschland: Werte und soziale Bedingungen“, „Ausländer in Deutschland – Probleme der Integration“, „Gibt es den deutschen Michel? – Übungen zum Deutschlandbild“ sowie die „Rechtschreibreform“.

Die ursprünglich für SLUS1 vorgesehene Übungseinheit „Ausgewählte Texte zu gesamteuropäischen Fragestellungen wie „Heimat“, „Erinnerung“, „Bildung“, „Neues Europa“ sowie die für SLUS2 vorgesehene Methodeneinheit „Scenario-Building – Geschichten über die Zukunft in Europa“ wurde nach Rücksprache mit den Lehrkräften auf das Studium der Texte reduziert und jeweils durch eine im letzten Jahr erprobte und für dieses Jahr erweiterte Unterrichtseinheit „Ausgewählte deutsche Musikstücke und –texte“ ersetzt, in der neben ost-, west- und gesamtdeutschen Songs (u.a. Hildgegard Knief,

Extrabreit, Puhdys, Juli, Die fantastischen Vier, Herbert Grönemeyer, Funny van Dannen, Wir sind Helden) mit Reinhard Mey's „Mein Berlin“ zur wechselhaften Geschichte Berlins auf die Exkursion in die deutsche Hauptstadt vor- bzw. nachbereitet wurde.

Wie im vergangenen Jahr wurde die Unterrichtseinheit „Generation@ - Lehren und Lernen mit neuen Medien“ als Einführung in das Thema und die Diskussion der Problematik der Medienkompetenz von SchülerInnen dankbar aufgenommen.

Während der gesamten unterrichtsfreien Zeit standen den TeilnehmerInnen internetfähige Rechner zur Verfügung, die v.a. von einem jüngeren Teil der Gruppe sehr intensiv (aus der Sicht eines Pädagogen fast zu intensiv), von einem anderen Teil mit weniger PC- und Internet-Vorkenntnissen eher weniger genutzt wurden. Das Zusatz-Angebot unseres verantwortlichen Dozenten, in den Freizeiten auf spezifische Fragen einzugehen bzw. Einführungsstunden für Einzelne anzubieten, die erstmals mit der Arbeit am Computer konfrontiert worden waren oder nur geringe Kenntnisse hatten wurde von Einzelnen gerne angenommen, so dass einige nun auch in Besitz einer Email-Adresse sind, die sie auch benutzen können.

Kultur

Zum Schwerpunkt Kultur zählten wieder der Überblick über das Thema „Frauen in der deutschen Literatur – vom Kriegsende bis heute“ mit anschließender Lesung einiger Gedichte und Prosatexte durch die Schriftstellerin Irma Hildebrandt.

Neben den schon erwähnten zahlreichen Angeboten von Literaturverfilmungen und prämierten zeitgenössischen cineastischen Produktionen war auch dieses Jahr der Leseabend, der mit Hilfe einer Multimediapräsentation einen repräsentativen Überblick über die „Deutsche Herbstlyrik aus vier Jahrhunderten“ lieferte, ein voller Erfolg.



Im Labyrinth des Holocaust-Mahnmals



„Autogrammstunde“ mit Irma Hildebrandt

Wie im Jahr zuvor gaben wir aufgrund der positiven Erfahrung mit verschiedenen Beiträgen das Thema „nichtkommerzielles Kulturleben“ wieder besonderen Raum. Gespräche mit dem Leiter der musikpädagogischen Initiative „Musica Curiosa“ sowie Veranstalter des Großfestivals „Umsonst&Draußen“ verdeutlichten so wieder einmal, dass auch in der Bundesrepublik vorhandene finanzielle Engpässe der öffentlichen Geldgeber bei der Organisation kultureller (Jugend-) Angebote durch ehrenamtliches Engagement und Kreativität zumindest teilweise ausgeglichen werden können.



In Hameln auf den Spuren des Rattenfängers und der Weserrenaissance

Neben den Buchgeschenken, die von den LehrerInnen freudig begrüßt wurden, konnten die Teilnehmenden weitere umfangreiche Lehrmaterialien und Unterrichtshilfen sowie wertvolle Links für methodisch-didaktische Materialien im Internet materiell und auch digital auf einer CD mit den Bildern der Seminarwochen mit nach Hause nehmen..

Mit einem geselligen Abend im Clubraum des GESW mit Spielen, Tänzern, Musikvorführungen und einer Präsentation der während der Seminarwochen entstandenen Fotos endeten die zwei Seminarwochen in Vlotho.

Bewertung aus der Sicht des GESW

Aus Sicht der MitarbeiterInnen des GESW verlief das Seminar sehr erfolgreich und die Tatsache, zwei Fortbildungskurse mit einem gemeinsamen Schulhospitations-, Exkursions- und Rahmenprogramm parallel nebeneinander im Lernort unserer Bildungsstätte durchzuführen, hat sich – nach einigen organisatorischen Bedenken - nicht nur als problemlos erwiesen, sondern zeigte auch positive Effekte für alle Seiten. In qualitativer Hinsicht, indem es den einzelnen TeilnehmerInnen ermöglichte, eine noch größere Vielfalt Menschen anderer Herkunftsländer kennen zu lernen. In quantitativer Hinsicht, indem eine finanzielle Einsparung von 1.300 Euro gegenüber zwei getrennt durchgeführten Veranstaltungen zu verzeichnen ist, die man zukünftig bei einem ähnlichen Setting für Kursausgaben (Exkursionen, Materialien, etc.) einplanen und verwenden könnte. Dass man als Organisator, Dozent, Begleiter etc. bei 30 Personen nicht die gleiche Zeit pro Kopf aufbringen kann wie bei 15 Personen, ist selbstredend.

Einen positiven Beitrag lieferte sicherlich auch wieder die vorbereitende Organisation durch den PAD, die trotz einer von einzelnen geäußerten Kritik an zu vielen TeilnehmerInnen aus der Russischen Föderation eine relativ ausgewogene Zusammensetzung der Gruppe ermöglichte und die Dominanz einer Nationalität oder der russischen Sprache vor allem im SLUS2 beschränkte. Die teilnehmenden LehrerInnen waren unabhängig von ihrem Alter und ihrer Herkunft hoch motiviert und offen für neue Menschen.

Hier und da divergierten einzelne Meinungen von Seminarteilnehmenden vom sehr positiven Feedback: Einige wünschten sich noch mehr Exkursionen, noch mehr Hospitationen, noch mehr neue Methoden etc. Insgesamt honorierte die Gruppe ein abwechslungsreiches und informatives Programm mit viel mündlich und schriftlich geäußertem Lob über kreative Unterrichtsmethoden und neu gewonnene Ideen und Motivation für den eigenen Unterricht und sie erwähnte immer wieder die positive Atmosphäre während des Seminars. Der fachliche Austausch, Gespräche mit deutschen Schülern und viele neue Informationen über Deutschland wurden immer wieder als große inhaltliche und sprachliche Bereicherung erwähnt. Infolgedessen ziehen auch die beteiligten wissenschaftlich-pädagogischen Mitarbeiter des GESW eine sehr positive Bilanz und nehmen geäußerte Anregungen auch für eine zukünftige Seminarkonzeption gerne auf.

Die Sprachkenntnisse der Lehrkräfte waren durchwegs gut bis ausgezeichnet, so dass es für keine der TeilnehmerInnen (auch nicht für diejenigen, die erstmals in Deutschland waren) ein Problem darstellte, dem Seminarprogramm zu folgen und sich von Anfang an selbst einzubringen.

Das wunderbar milde Herbstwetter mit Möglichkeiten für Spaziergänge und Spielpädagogik im Freien tat sein übriges dazu, aus einer heterogenen Gruppe eine Lerngemeinschaft wachsen zu lassen.

Die nun zum zweiten Mal ins Programm genommene Exkursion nach Berlin hat dem Seminar trotz der langen Hin- und Rückfahrt ebenso gut getan wie die erstmals auf Stimmen von ehemaligen LehrerInnen eingebaute seminarfreie Zeit am Sonntagvormittag zur Sichtung der Materialien sowie zur geistigen Erholung.

Insgesamt zeigten die Teilnehmenden großes Interesse am Seminarprogramm, schlossen Freundschaften, wuchsen ungewöhnlich rasch zu einer kollegialen Gruppe bzw. zu kollegialen Gruppen zusammen und blieben – soweit vorhanden – via Email bis jetzt auch nach dem Seminar in Kontakt.

Eine Anregung von Teilnehmendenseite, die in der schriftlichen Auswertung nicht auftaucht, war die Idee, von Seiten des PAD einen wirklich „gesamteuropäischen“ SLUS-Fortbildungskurs anzubieten, der die Möglichkeit bietet, dass Lehrerinnen aus Ost- und Westeuropa gemeinsam an einem Kursangebot teilnehmen könnten, um den „Vorhang in den Köpfen“ zu heben und voneinander zu lernen.

Alle Beteiligten des Gesamteuropäischen Studienwerks freuen sich auf jeden Fall, im bisherigen – und wie auch immer zukünftigen aussehenden – Rahmen



„Goldener Herbst“ am Burgberg in Vlotho...



... mit Blick auf die blaue Weser

gemeinsam mit dem PAD weitere Fortbildungsveranstaltungen für Deutschlehrkräfte in Vlotho durchzuführen.

Gerhard Schüsselbauer

Die Grundlagen und die Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft – ein Lösungsweg für die südosteuropäischen Transformationsländer Rumänien und Bulgarien – von der Ludwig-Erhard-Stiftung Bonn geförderte wirtschaftswissenschaftliche Fachseminare im GESW e.V. Vlotho

„In Deutschland gibt es **keine Mehrheit** für einen klaren Kurs liberaler Reformen“
(*Bundestagspräsident Norbert Lammert, Herbst 2005*)

„Es gibt in Deutschland **keine Soziale Marktwirtschaft**... Deutschland lebt von seiner in den letzten Jahren aufgebauten Substanz.“

(*Georgi Karaivanov, 22 Jahre, Student der Wirtschaftswissenschaften, Universität Sofia*)



Fachseminare mit wirtschaftswissenschaftlichem Schwerpunkt haben eine lange Tradition im Gesamteuropäischen Studienwerk e.V. Vlotho. Die Ludwig-Erhard-Stiftung Bonn, die freiheitliche Grundsätze in Politik und Wirtschaft durch staatsbürgerliche Erziehungs- und Bildungsarbeit sowie durch wissenschaftliche Tätigkeit auf dem Gebiet der Wirtschaft und Ordnungspolitik fördern möchte, spielt dabei als Drittmittelgeber eine

maßgebliche Rolle. Sie übernimmt dankenswerterweise die volle Finanzierung von Fachseminaren mit MultiplikatorInnen aus Mittel- und Südosteuropa. So kann im Sommer diesen Jahres das von Dr. Piotr Pysz geleitete 14-tägige Seminar mit dem Dachverband der polnischen Ökonomen PTE (Polskie Towarzystwo Ekonomiczne) bereits sein 15-jähriges Bestehen feiern. Ein ähnlicher Schwerpunkt konnte in den vergangenen sechs (bzw. drei) Jahren im Hinblick auf Seminare mit Teilnehmenden aus den südosteuropäischen Ländern Bulgarien (seit 2000) sowie Rumänien (seit 2003) gelegt und erweitert werden.

1. ORGANISATORISCHER RAHMEN

Projekttitel: „Die Grundlagen und die Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft – ein Lösungsweg für die südosteuropäischen Transformationsländer Rumänien und Bulgarien“.

Seminartermine: April/Mai (Bulgarien) sowie November/Dezember (Rumänien).

Kooperationspartner: St. Kliment Ochriski Universität Sofia sowie Babeş-Bolyai-Universität Cluj-Napoca / Klausenburg.

Zielgruppe: Junge WissenschaftlerInnen / MultiplikatorInnen aus Rumänien und Bulgarien.

2. BESCHREIBUNG DES PROJEKTES

Die von der Ludwig-Erhard-Stiftung geförderten Seminarprojekte haben zum Ziel, die Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft und vor allem die Problematik der heutigen Umsetzung in Deutschland mit Teilnehmenden aus den südosteuropäischen Transformationsländern Rumänien und Bulgarien zu thematisieren, um so wirtschaftspolitische Lösungsmöglichkeiten und Alternativen für den schwierigen Übergang zu marktwirtschaftlichen Ordnungsstrukturen in diesen Ländern zu erarbeiten. Gegenwärtig befinden sich sowohl Rumänien als auch Bulgarien anders als die ehemals sozialistischen und weit fortgeschrittenen mitteleuropäischen EU-Neumitglieder in einem immer noch durch staatlichen Interventionismus und Dirigismus geprägten Umgestaltungsprozess, wobei ein konsistentes ordnungspolitisches Rahmenwerk nach wie vor nicht auszumachen ist. Die eigentliche Systemtransformation hat erst vor wenigen Jahren eingesetzt. Es zeigt sich dabei im ökonomischen und politischen Leben deutlich, welche gravierenden ordnungspolitischen Defizite vorherrschen und wie nach wie vor dominierender Interventionismus auch nach der Abkehr vom Sozialismus bis in allerjüngster Zeit zu massiven wirtschaftlichen Verwerfungen und einem Ausufern der Bürokratie und der Korruption geführt haben. Während auf makroökonomischer Ebene Erfolge zu verzeichnen sind, herrscht gerade im institutionellen und realwirtschaftlichen Bereich noch enormer Anpassungsbedarf. Dieser wird immer wieder auch von der EU-Kommission angemahnt. Die neuen Regierungen, die nach den Wahlen vom November 2004 (Rumänien) sowie vom Juni 2005 (Bulgarien) im Amt sind, sehen sich so der Bewältigung enorm schwieriger Aufgaben gegenüber.

Während der Seminarveranstaltungen richtet sich daher der Transfer an Wissen über die Grundlagen, die Funktionsweise und die Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft sowie der Transformationsökonomie an junge Wissenschaftler, um einen unverzichtbaren Betrag zur Festigung von marktwirtschaftlichen Ordnungsstrukturen zu leisten. Dabei werden außerdem die gravierenden Mängel, die das gegenwärtige deutsche Wirtschaftssystem prägen, gründlich analysiert, damit diese Fehler nicht nachgeahmt werden. Auch im Hinblick auf eine stärkere Integration in Europa, die nicht nur alle wirtschaftlichen Teilbereiche umfasst, ist an einem intensiven „Export“ der Idee der Sozialen Marktwirtschaft gelegen. Ein besonderer Schwerpunkt liegt auch auf der Fragestellung, wie mit dem Konzept einer Sozialen Marktwirtschaft den vielfältigen Herausforderungen der Globalisierung begegnet werden kann.

Ein weiteres Ziel besteht darin, dass die Seminarveranstaltungen für zukünftige Projekte im Bereich der wirtschaftspolitischen Weiterbildung für Teilnehmende aus dem Raum der Transformationsländer Grundlagen schaffen sollen, um einen fundierten Wissenstransfer auch in Zukunft zu ermöglichen. Gerade vor dem Hintergrund der enormen strukturellen Defizite und der ordnungspolitischen Rückstände erscheint eine modellartige Behandlung der Kernthematik der Sozialen Marktwirtschaft für „Late-comer“ hinsichtlich der Systemtransformation hin zu marktwirtschaftlichen Ordnungsprinzipien als

ein wünschenswerter und dringend notwendiger Beitrag zur weiteren Stabilisierung und Entwicklung Südost- bzw. Osteuropas.

3. THEMATISCHE SCHWERPUNKTE

- Grundlagen, Konzeption und theoretische Ansätze der Sozialen Marktwirtschaft (Ludwig Erhard, Walter Eucken, A. Müller-Armack)
- Entwicklungslinien der Sozialen Marktwirtschaft und heutige Probleme der Wirtschaftspolitik in Deutschland
- Geschichte, Hintergründe und Prozess der Europäischen Integration
- EU-Erweiterung – Nutzen und Kosten gegenübergestellt
- Aspekte und Probleme der Geld-, Fiskal- und Stabilitätspolitik in der EU
- Zukunftsstrategien der EU und EU-Verfassungsdiskussion
- 15 Jahre Systemtransformation in Mittel-, Ost- und Südosteuropa – eine vergleichende theoretische und wirtschaftspolitische Bestandsaufnahme
- Soziale Marktwirtschaft im Zeitalter der Globalisierung
- Neue Ökonomie im Internet und Marktwirtschaft
- Zukunft der sozialen Sicherungssysteme in der Sozialen Marktwirtschaft
- Fachexkursionen zu den Botschaften der Republiken Rumänien und Bulgarien (Gespräche mit den BotschafterInnen) sowie Besuchstermin im Deutschen Bundestag.

4. BESCHREIBUNG DER EINGESETZTEN PÄDAGOGISCHEN METHODEN

Anhand von Seminarvorträgen und Diskussionen sowie insbesondere der Workshoparbeit in Kleingruppen (vier bis fünf Personen) mit Materialien des GESW und mit Hilfe der Fachrecherche im Internet setzen sich die Seminarteilnehmenden mit der Komplexität und den unterschiedlichen Aspekten der oben aufgeführten Themenschwerpunkte auseinander. Die Ergebnisse der Seminargruppenarbeit werden am Ende der zehntägigen Veranstaltung im Plenum in einer Generaldiskussion ausführlich am letzten Veranstaltungstag präsentiert. Die jeweiligen Arbeitsgruppen erarbeiten darüber hinaus Seminararbeiten zu entsprechenden Themen mit dem Ziel, das erworbene Wissen in ihrem Land umsetzen zu können. Als Informationsträger dienen nicht nur die Seminarvorträge, sondern auch eine Vielzahl wissenschaftlicher Artikel und Veröffentlichungen, die in die Projektergebnisse eingearbeitet werden. Diese Zweiteilung in wissenschaftliche Vorträge und selbstständige Gruppenarbeit bietet den großen Vorteil, das erworbene Wissen zu vertiefen sowie kritisch zu hinterfragen, um danach eine effiziente Umsetzbarkeit ermöglichen zu können. Die Wichtigkeit dessen wird auch in der Abschlussbesprechung und Auswertung von den Teilnehmenden betont.

Im Einzelnen werden folgende Themenkomplexe von den Workshopgruppen bearbeitet, ausführlich präsentiert und diskutiert:

- Konzeption und Grundlagen der Sozialen Marktwirtschaft – Lösungsansätze für die Transformationsländer Rumänien bzw. Bulgarien
- Soziale Marktwirtschaft und Wirtschaftspolitik in Deutschland heute
- Systemtransformation – von der Plan- zur Marktwirtschaft
- Rumäniens/Bulgariens Wirtschaft und die Integration in die EU

- Quo vadis Europa? Die Zukunft Europas
- Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft im Zeitalter der Globalisierung

5. EVALUIERUNG DES SEMINARS

Hinsichtlich der Auswertung des Seminars kommen verschiedene Methoden zur Anwendung. Einerseits erfolgt die Evaluation sowohl im Rahmen ständig laufender Konsultationen durch den Seminarleiter als auch insbesondere durch eine schriftliche, standardisierte Seminarevaluation, in der für alle relevanten Bereiche eine kritische Bewertung seitens der Seminarteilnehmer sowie der Seminarleitung durchgeführt wird. Einer besonderen Evaluierung werden dabei auch die „Endprodukte“ (Seminararbeiten) unterzogen. Es ist bereits bewährte Praxis in unserem Bildungsinstitut und erweist sich als eine besonders effiziente Arbeitsmethode, „Inputs“ (Vorträge der FachreferentInnen) mit Diskussionsrunden sowie „outputorientierten“ Arbeitsgruppen zu kombinieren.

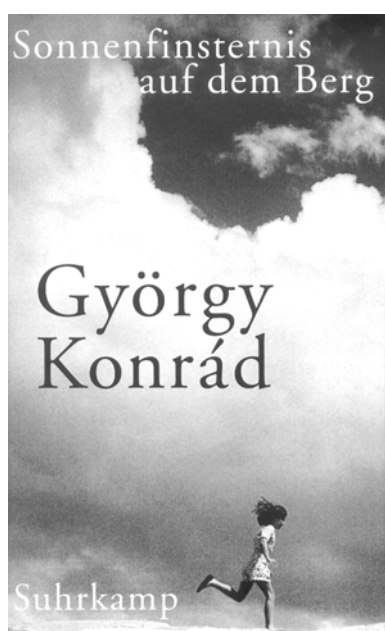
Kritisch wurden in der Abschlussdiskussion und schriftlichen Seminauswertung der vergangenen Veranstaltungen folgende Aspekte hervorgehoben:

- Durchgängig besonders gelobt wurden die Rahmenbedingungen der Seminarveranstaltungen – Seminarorganisation und Seminarleitung, Unterkunft und Verpflegung sowie Freizeitmöglichkeiten. Hier wurden fast ausschließlich Bewertungen der Kategorie „1“ (sehr gut) oder „2“ (gut) vergeben.
- Betont wurde im inhaltlichen Teil der Auswertung vielfach die große Bedeutung eines kritisch hinterfragten Grundlagenwissens über die unterschiedlichen Konzeptionen der Sozialen Marktwirtschaft. Das Wissen über die Verschiedenartigkeit der Konzepte war im Vorfeld sehr begrenzt. Darüber hinaus wurden die Zusammenhänge im Rahmen der EU-Erweiterung sowie die Probleme des Übergangs von der Plan- zur Marktwirtschaft in Verbindung mit der Thematik der Globalisierung hervorgehoben. Die Komplexität der Transformationsökonomie in Verbindung mit der politischen Ebene stellt immer wieder eine große Herausforderung dar.
- Kritisch schlugen die Seminarteilnehmenden vor, dass die ausgewählten Seminarthemen sich noch stärker an der Aktualität und den wirtschaftspolitischen Gegebenheiten in den jeweiligen Ländern Rumänien und Bulgarien selbst orientieren sollten.
- Nimmt man die Tatsache, dass Deutschland von außen gesehen stets als ein Land betrachtet wird, in dem die Soziale Marktwirtschaft weiterhin Bestand hat, so war für die meisten Teilnehmenden die Erkenntnis überraschend, wie weit sich Deutschland heute und in den vergangenen Jahren vom Ideal der Sozialen Marktwirtschaft wegbewegt hat. Als aktuelle Beispiele dienen hier nicht nur die wirtschaftspolitischen Verfehlungen in der Fiskal-, Stabilitäts- und Beschäftigungspolitik, sondern auch der mangelnde Mut zu Reformen im Sozialversicherungssystem, obwohl der Reformbedarf mehr als einleuchtend erscheint. Von den durch die Ludwig-Erhard-Stiftung propagierten freiheitlichen Grundsätzen in Politik und Wirtschaft sowohl in Deutschland als auch in Europa ist die wirtschaftspolitische Realität sehr weit entfernt.

Buchreport

Gerhard Schüsselbauer

Neue Literatur von György Konrád, Attila Bartis, Elizabeth Kostova und Andrej Kurkow



György Konrád, Sonnenfinsternis auf dem Berg, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main 2005, 382 S.

„Von meiner Kindheit an bis 1989 lebte ich in dem Bewußtsein, daß ein Mensch, der seinen eigenen Weg geht, damit rechnen muß, sich zwischen Wachtürmen zu verirren. Verleiht er seinem Leben eine eigene Form, erhöht sich zwar die Wahrscheinlichkeit, von anderen getötet zu werden, jedoch sinkt die Wahrscheinlichkeit, durch Selbstaufgabe umzukommen.“

György Konrád gilt seit Jahren als einer der im europäischen Ausland angesehensten ungarischen Schriftsteller, der sich vor allem auch in Deutschland als ehemaliger Präsident der Berliner Akademie der Künste einen bedeutenden Namen gemacht hat. Seine Romane *Der Komplize*, *Melinda und Dragomann*, *Steinuhr* sowie *Der Besucher* riefen schon vor

dem Jahr 1999, als Ungarn literarisches Schwerpunktland auf der Frankfurter Buchmesse war, ein breites Echo hervor. Während des Realsozialismus mit einem Publikationsverbot belegt, äußerte sich Konrád vor allem in den 1980er Jahren kritisch zur politischen Situation seines Landes. Er setzte sich stets für die kulturelle Restauration Mitteleuropas nach der Befreiung von der kommunistischen Herrschaft ein. Sein gegen jede totalitäre, despotische (Gewalt)-Herrschaft geprägter Begriff „Antipolitik“ zeugt von der geistigen Verwandtschaft mit Hannah Arendt und seinem permanenten Kampf gegen die Unfreiheit.

Diese Unfreiheit durch die totalitäre Willkürherrschaft und den inneren Überlebenskampf schilderte Konrád bereits in seinem autobiographischen Kurzroman *Glück*, der zweifelsohne zu den wichtigen literarischen Zeugnissen über diese Zeit gehört. *Glück* ist ein Buch des Verlustes der eigenen Kindheit, gestohlen in dem permanenten Verlorensein zwischen *Abreise und Heimkehr* (so der ungarische Originaltitel). Hinter dem Roman spürt man hautnah die wohl alle Holocaust-Überlebenden quälende Frage, warum andere Opfer sterben mussten, sie aber genau das Glück hatten, das die Anderen in dem Moment verließ, als sie es am nötigsten gehabt hätten.

Sonnenfinsternis auf dem Berg ist gleichsam eine Fortsetzung der Autobiographie und schildert Konráds Leben nach 1945. Sein existenzialistischer Skeptizismus und sein Weg in die innere Emigration während der totalitären Herrschaft sind geprägt von den Erfahrungen der Machtübernahme durch die Kommunisten, den stalinistischen Terror der 1950er Jahre, den Ereignissen des Ungarischen Volksaufstands von 1956 und der

Zeit des vermeintlichen „Gulaschkommunismus“, der in Wirklichkeit für eine weitere schleichende Entmenschlichung des Individuums verantwortlich war. Für Konrád, zeit- lebens ein Rationalist, leben wir „mit drei Problemen: mit den Unannehmlichkeiten unseres alltäglichen Seins, mit dem sicheren Bewußtsein unseres Todes und mit der Unsicherheit unseres Wissens von der Welt“. Dies gilt für ihn unabhängig vom gesellschaftlichen System, in dem wir leben. Konrád erwartet keinerlei Entschädigung und „keinen Anspruch auf etwas Zukunftsorientiertes“, hat aber stets für die Freiheit und das friedliche Zusammenleben gekämpft. Jeder muss für sich festlegen, in welcher Form dies geschieht. Dies ist eine der zentralen Botschaften seines Romans. „Jeder, der weggegangen ist, hatte recht, und jeder, der geblieben ist, hatte recht. Wir versuchten, die Ermunterungen des Schicksals zu verstehen. Befindest du dich nicht in Todesgefahr, dann rühre dich nicht vom Fleck! ... All deine Probleme resultieren immer aus deinen plötzlichen Aufwallungen. Arbeite in aller Stille, ausdauernd, gründlich, unauffällig, unaufhaltsam!“

Während seine Schulkameraden in Auschwitz-Birkenau vergast wurden, kann Konrád im „letzten Jahr des zwanzigsten Jahrhunderts, an einem strahlenden Hochsommertag ... die Verklärung der Welt, das Eintauchen in die graue Dämmerung“ erregt beobachten. Dafür ist er ebenso unermesslich dankbar wie für die Heimat, die dort ist, wo er „nicht totgeschlagen“ wurde, seine Kinder „in Sicherheit weiß. Wo es Achtung gibt vor der Person und dem Wort.“ Mit *Sonnenfinsternis auf dem Berg* rundet György Konrád sein großartiges Werk über sein Leben und sein literarisches Dasein ab.

Attila Bartis, Die Ruhe, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main 2005, 300 S.

„Zum ersten Mal, seit Judit abgehauen war, weinte ich ... und hielt einen Elzett-Schlüssel in der Hand, im Vergleich zu dem der von Petrus nur eine blasse Fälschung, ein billiger Kellerschlüssel war. Ja, ich hatte das Gefühl, im Vergleich zum Lenin-Ring und der gesamten Ungarischen Volksrepublik war jetzt selbst das Himmelreich des gütigen Gottes nur irgendwo dort unten, in der Lehmschicht der gelben Metro.“

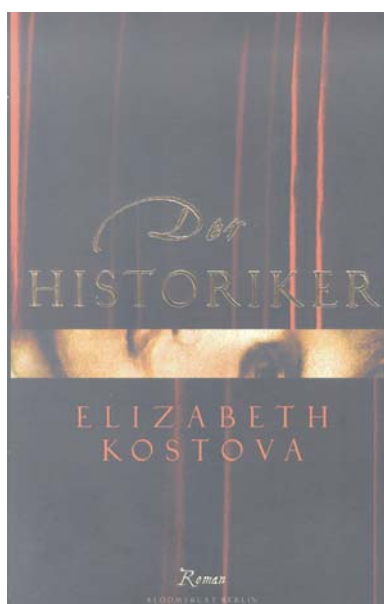
Attila Bartis gehört zur Generation der jungen Garde ungarischer Schriftsteller, die versuchen, mit dem Mythos des eine heile Welt reproduzierenden Familienromans radikal aufzuräumen. 1968 in Marosvásárhely (Siebenbürgen) geboren, lebt er seit mehr als zwanzig Jahren in Budapest und schildert in seinem Roman *Die Ruhe* das Leben einer zerstörten Familie als Sinnbild für die moralischen Verwüstungen in einem von Kommunismus zerrütteten Land. Permanent zwischen „Gummizelle und Spritze wandelnd“ verlässt Bartis die literarischen Traditionen, in denen es von Anekdoten ungarischer Familien, die sich schelmisch über die kommunistische Unterdrückung hinwegsetzen, nur so wimmelt. In seinem im Ungarn der Wendezeit der späten 1980er und frühen 1990er Jahre angesiedelten Roman dominiert die



tyrannische Mutter Rebeka Weér, einst ein umjubelter, mittlerweile jedoch wegen der Flucht der Tochter auf Eis gelegter Star der Budapester Theaterszene über ihren Loser-Sohn Andor, für den als Mächtigerschriftsteller das Schreiben „der Selbstmord feiger Menschen“ ist. Er bleibt stets der „arme kleine Niemand“, der sich nicht von seinem Mutter-Sohn-Komplex befreien kann. Schließlich hat die Emanzipation der kleinen ostmitteleuropäischen Länder von der allsowjetischen Mutter auch Jahrzehnte gedauert. Doch ist die Tyrannei der psychisch kranken Mutter, die die Emigration der Tochter, der Geigenvirtuosin Judit, nicht verkraftet und daher eine Beerdigung in Szene setzt, für Andor vielleicht doch nur „im Grunde veredelter Schmerz“ und „Freiheit ein für Menschen ungeeigneter Zustand“? Sein Leben spielt sich, gefangen in der Beziehungsperversion mit seiner Mutter, im „Niemandland“ ab. Dort herrschen nur die Kategorien der sich „im Intervall zwischen Wannkommstdu und Wowarstdu“ abwechselnden Existenz. Mit Ruhe hat sein Leben daher herzlich wenig zu tun, vielmehr schon mit dem Verinnerlichen der von der kommunistischen Ideologie total korrumpierten Werte, die Gewalt und Demütigung in jeden noch so kleinen Familienzweig tragen. Und in der Nachwendezeit hatten „Broker Religionen gestiftet, Bilanzbuchhalter die Offenbarung des Johannes umgeschrieben ... drei Sozialgesetze wurden verabschiedet und dreihundert Satelliten wurden in Umlauf gebracht.“

Bartis' Roman ist jedoch nicht nur die Chronik einer psychodramatischen Familienpathologie. Er räumt auch mit überkommenen Mythen der ungarischen Volksseele restlos auf – Juden, Russen, Zigeuner und die Schmach von Trianon (1920); statt des ansonsten „blutrünstigen Gegeifers“ sollte man „endlich ein bißchen Europa auf die Beine stellen“ können und die „paradiesische Idylle“ der Wendezeit bis zum letzten Blutstropfen auskosten, obwohl doch aus den Wasserwerfern der Polizei allenfalls russischer Tee strömt. Am Ende bleibt nur noch der zu bewundernde unendliche Sternenhimmel, der ein wenig Trost spendet.

Elizabeth Kostova, Der Historiker, Bloomsbury Berlin 2005, 826 S.



„Die Geschichte des Menschen hat uns gelehrt, dass die Natur des Menschen böse ist, wenn auch auf sublime Weise. Das Gute ist nicht perfektionierbar, aber das Böse ... Ich fordere Sie auf, mein Freund, Ihre Kräfte freiwillig mit meinen zu vereinen. Zusammen werden wir die Arbeit des Historikers weiterentwickeln, über alles bisher Gekannte hinaus. Es gibt nichts Reineres als das Leiden in der Geschichte ... Wir werden unseren Geist mit Blut reinigen.“

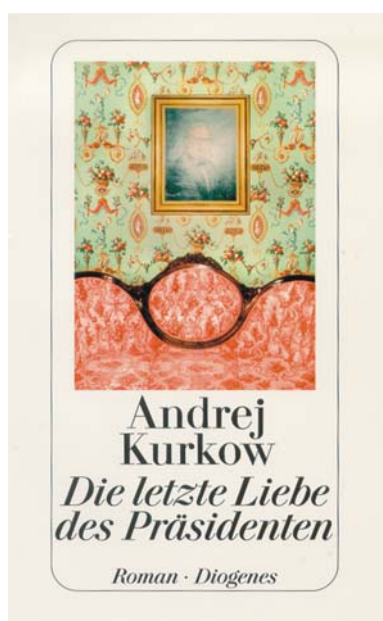
Elizabeth Kostova ist Amerikanerin mit unverkennbar südosteuropäischen Wurzeln. Zehn Jahre recherchierte sie in ganz Europa und schrieb an ihrem Roman *Der Historiker*, der zweifelsohne zu den ganz großen Unterhaltungsromanen der letzten Jahre gezählt werden darf. Natürlich sind historische Romane auffallend in Mode gekommen, oder vielleicht sogar zu einer solchen verkommen. Und natürlich

wurde ein solches Buch vom Verlag enorm gepusht, um es zu einem ähnlichen Verkaufsschlager zu machen wie die Bücher von Dan Brown, die die gesamte Welt überschwemmt haben und Hollywood dominieren. Kostovas Roman hingegen ist mehr als nur eine locker geschriebene Abenteuer- oder Fantasygeschichte, denn die Recherchen in verschiedenen Archiven ergeben ein beeindruckendes poetisches Vexierspiel, das die Geschichte ernst nimmt und auf geradezu phänomenale Weise sublim mit der Phantasie des Lesers spielt. Wer jedoch einen vertieften Exkurs in die Historie der Balkanländer der letzten fünfhundert Jahre erwartet, wie werbetechnisch gerne suggeriert wurde, wird ebenso enttäuscht wie Leser, die einen blutrünstigen schockierenden Horrorroman erwarten. Es ist vielmehr „die Erregung des Reisenden, der der Geschichte in ihr fein gezeichnetes Gesicht sieht“, die den Reiz des über 800 Seiten starken Romans ausmacht. Erzähltechnisch bleibt auch über eine solche Distanz der Spannungsbogen erhalten, zumal Kostova äußerst geschickt verschiedene Erzähl- und Zeitebenen, Personen und Handlungsorte verstrickt. Fast wäre es ratsam, eine Europakarte neben dem Buch liegen zu haben, zumal die Erzählreise Amsterdam, Oxford, Südfrankreich, Istanbul (Konstantinopel), Budapest, Rumänien und Bulgarien umfasst.

Wer ist *Der Historiker*? Ist es der ewige Untote Dracula, historisch korrekt Vlad III. Drăculea, genannt Țepeș, der Pfähler und Herrscher der Walachei, der im 15. Jahrhundert in Transsilvanien Berühmtheit wegen seiner Grausamkeit im Kampf gegen die Türken und gegen sein eigenes Volk erlangte und der nicht nur Bram Stoker und Filmemacher inspirierte? Oder ist es eine geheime Kraft, die das Böse in die Welt brachte, und die immer wiederkehrt und unermessliches Leid unter den Menschen anrichtet? Oder sind es die Menschen selbst, die seit mehr als einem halben Jahrtausend nicht müde werden, Draculas Geschichte nachzuerzählen im Glauben auf eine Antwort auf die Schrecken und Gräueltaten, die sich bis in die allerjüngste Zeit vollzogen und die doch nur sie selbst zu verantworten haben? Auf jeden Fall müssen die „Quellen, deren Vielfalt jeden Historiker zutiefst neugierig machen“, sorgfältig studiert werden, um Dracula gleichsam als Spiegelbild eines zerrissenen Kontinents und seiner komplexen Geschichte begreifen zu wollen. Im vermeintlichen Grab Vlad Dracul(e)as in Snagov wurde keine Leiche gefunden. Allein die Aufzeichnungen eines rumänischen Mönches in der *Chronik des Zacharias* geben einen Anhaltspunkt. Danach soll Vlads Leichnam von einer Pilgergemeinschaft aus Snagov über Istanbul (Konstantinopel) nach Bulgarien in ein Kloster mit dem Namen Sveti Georgi (Heiliger Georg) gebracht worden sein. Tatsächlich konnte bislang nicht einmal die Existenz dieses Klosters nachgewiesen werden. Georg, der Drachentöter, diente als Schutzpatron des bereits 1408 von Sigismund, dem deutschen König und späteren Kaiser des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation, ins Leben gerufenen Drachenordens, der sich zum Ziel setzte, das Christentum gegen die Ungläubigen zu verteidigen. Die Bedrohung durch die Osmanen stellte das zentrale Ereignis des ausgehenden Mittelalters und der frühen Neuzeit dar. War also Dracula trotz der ihm zugeschriebenen Blutrünstigkeit ein Retter des Christentums vor den Osmanen?

Der Historiker ist die Geschichte eines jungen Mädchens, das in der Bibliothek seines Vaters ein geheimnisvolles Buch und vergilbte Briefe findet, die der Schlüssel zur Geschichte von Vlad Dracul(e)a und zur eigenen Geschichte vom Vater und dem mysteriö-

sen Schicksal der Mutter sind. Menschen verschwinden auf rätselhafte Weise. Auf Büchern, Schriften und Briefen lastet ein Fluch. Wer sie öffnet, gerät in Lebensgefahr. Erkenntnis und Wissen und das Streben danach sind des Teufels. So begibt sich das Mädchen auf eine sehr detailgetreu geschilderte, abenteuerliche Reise durch Europa, um dem Geheimnis der eigenen Herkunft nachzuspüren und zugleich die Geschichte Draculas zu studieren, die als Metapher für die Grausamkeiten in Europa in den vergangenen Jahrhunderten verstanden werden kann. Blickt man aus dem Fenster, dann ist Dracula vielleicht wirklich nicht tot, sondern wütet nach wie vor, er der von sich sagt, er habe sich „geschworen, selbst Geschichte zu schreiben und nicht zu ihrem Opfer zu werden“.



Andrej Kurkow, Die letzte Liebe des Präsidenten, Diogenes Verlag, Zürich 2005, 696 S.

„Ja, ich wußte, daß man aus diesem für mich allerwichtigsten Moment eine Seifenoper fürs ganze Land machen würde. Aber das war mir ganz egal. Hauptsache, wir würden wieder zusammensein. Hauptsache, mein Ich, dessen Einsamkeit ich so satt hatte, wurde unser Wir.“

Andrej Kurkow ist ein Multitalent, das er in der Vergangenheit schon mehrfach unter Beweis gestellt hat. 1961 in Sankt Petersburg geboren, aber seit seiner Kindheit in Kiew lebend, produzierte er bislang nicht nur eine Fülle von Drehbüchern, sondern tritt neben seiner Tätigkeit als Kinderbuchautor auch zunehmend als Romancier in Erscheinung. Und in dieser Vielschichtigkeit liegt möglicherweise sein Problem, zumal er als Romanschrift-

steller einen ausgeprägten Hang zum Übertreiben und Grotesken entwickelt, der auch volumenmäßig ausufert. Sein Roman *Die letzte Liebe des Präsidenten* zeugt genau von dieser literarischen Schwäche, auch wenn das Buch wegen vieler pfiffiger Einfälle durchaus lesenswert ist. Seine flüssig geschriebenen Dialoge und Szenenwechsel dienen jedoch wie eine Handlungsanleitung, gleichsam als ob sie direkt für ein Drehbuch verfasst wären. Der permanente und krampfhaft anmutende Zwang, Tragisches, Groteskes und Komisches über fast 700 Seiten durchzuhalten, stößt sehr schnell an seine Grenzen. Die Story ist denkbar einfach: Über drei ausgedehnte Zeiträume verfolgen wir das Leben Sergej Pawlowitsch Bunins, des ukrainischen Präsidenten des Jahres 2015, der sich nicht nur auf dem Gipfel seiner Macht, sondern auch auf dem Höhepunkt seiner Einsamkeit befindet. Um sein Leben zu retten, wird ihm ein Transplantationsherz eines Oligarchen eingepflanzt und mit ihm die vertragliche Garantie der Witwe, immer in der Nähe dieses Herzen weilen zu dürfen. Zufälligerweise handelt es sich um die alte Jugendliebe Bunins, sodass einer Neuaufnahme des Liebesgeplänckels nichts im Wege steht. Zwischendurch erfahren wir parallel etwas aus dem Leben des Taugenichts Bunin in den 1980er Jahren und seinem unaufgeregten Dasein im Jahr 2004, als er sich als unauffälliger Regierungsbeamter bereits seinen Weg durch „Korruptistan zum höchsten Amt im Staate“ bahnt. Das implantierte Herz ist jedoch mit einem Sender ausgestattet, sodass die politischen Gegner stets auf dem Laufenden sind. Zum Schluss wagt Bunin

inmitten seiner Einsamkeitsmisere gar einen Neuanfang als wahrer Mensch abseits seines frustrierenden Präsidentendaseins.

Obwohl die Politgroteske gefällige Innenansichten der Politiker- und Oligarchenkaste in der Ukraine bietet, bleibt Kurkows Roman Lichtjahre hinter der literarisch genialen Qualität von Gabriel García Márquez' *Der Herbst des Patriarchen* zurück (dessen letzter Satz umfasst immerhin 52 Seiten!). Für Kurkow bleibt als doch leidlich oberflächliche Erkenntnis: „Politik ist eine schreckliche Sache. Lockt einen langsam herein, zieht einen sanft nach oben, unter die Kuppel, ins Zentrum des Scheinwerferkreises. Und läßt einen da, unter der Kuppel, ganz allein zurück ... Und Millionen neugieriger Blicke verfolgen einen von unten: Fällt er runter oder hält er durch?“

Zbigniew Wilkiewicz

Zofia Posmysz: Do wolności, do śmierci, do życia [Zur Freiheit, zum Tod, zum Leben]. Warszawa 1996, 101 S.

Einordnung des Textes

Dieses bereits vor knapp zehn Jahren in Polen erschienene Buch, das bisher nicht ins Deutsche übersetzt wurde, beinhaltet die Erinnerungen der Autorin über die Rückkehr einer Gruppe zumeist polnischer Frauen, die als einstige KZ-Häftlinge von Auschwitz und Ravensbrück nach der Befreiung des Außenlagers Neustadt-Glewe durch die Amerikaner zu Fuß in Richtung Heimat ziehen.

Das Buch reiht sich in eine ganze Folge von Erzählungen und Romanen ein, die die 1922 in Krakau geborene Zofia Posmysz (ZP) der Lager-Thematik gewidmet hat, unterscheidet sich aber von dem bekannten von Andrzej Munk verfilmten Roman „Die Passagierin“ (1962) oder von „Urlaub an der Adriaküste“ (1970) dadurch, dass es sich hierbei um einen Augenzeugenbericht, um chronologisch geordnete Erinnerungen der Autorin handelt, wobei die durch die Lagerhaft gezeichneten Schicksalsgenossinnen von ZP in kurzen Skizzen eindringlich portraitiert werden.

Über die erzählte Zeit und Handlung hinaus weist der letzte Abschnitt des Bandes, der den Titel „Księgi przyszłości zakryte“ (Die Bücher der Zukunft sind verhüllt) trägt und in dem sich die Autorin intensiv mit dem Nachkriegsschicksal ihrer Protagonistinnen beschäftigt. Hierdurch wird eine Brücke zu den 90er Jahren des vergangenen Jahrhunderts geschlagen, zur postkommunistischen Ära in Polen, in der es möglich wurde, zensurfrei über Dinge zu schreiben, die in der Ära des real existierenden Sozialismus tabuisiert waren.

Bereits das Titelbild des Bandes, der in dem Warschauer Verlag „von Borowiecky“ erschienen ist, verdeutlicht aufgrund der gewählten Symbole und Farben die Intention dieses Textes. Auf einer Landkarte mit Berlin im Zentrum sticht in nordwestlicher Richtung ein schwarzes Hakenkreuz hervor, das mittels einer diagonalen Linie, die offensichtlich für den beschwerlichen und gefährlichen Fußmarsch der Frauen von Neustadt-



Glewe bis hinter die Oder steht, mit einem in südöstlicher Richtung verorteten roten Stern verbunden ist. Auf der Mitte dieser Verbindungslinie steht vertikal aufgerichtet ein Kreuzifix. In weißer Farbe ist der Begriff „zur Freiheit“ gehalten, das Rot des roten Sterns steht für „zum Tod“ und in Grün, also in der Farbe der Hoffnung, ist der Name der Autorin sowie der dritte Bestandteil des Titels „zum Leben“ gehalten.

Kurze Lagerbiographie der Autorin



Zbigniew Wilkiewicz, Zofia Posmysz, Anna Musioł, Johannes Schröder

Bevor wir auf das Buch eingehen, geben wir zunächst einige biographische Angaben über die Autorin wieder, die auf eine öffentliche Veranstaltung zurückgehen, die am 08. 12. 2005 im GESW in Vlotho stattfand. In ihr berichtete ZP über ihre Lagerzeit und beantwortete im Anschluss daran noch zahlreiche Fragen aus dem Auditorium.

- Zofia Posmysz wurde am 23. 08. 1923 in Krakau geboren; sie stammt aus einer polnischen, katholischen Familie. Sie bezeichnet sich selbst als sehr gläubig.
- Ihr Vater, der bei der polnischen Bahn beschäftigt war, wurde 1943 vom deutschen Bahnschutz erschossen.
- Mutter und Bruder überlebten den Krieg während der deutschen Besatzung in extremer Armut.
- In Krakau besuchte ZP die Grundschule, dann eine kaufmännische Oberschule und während der deutschen Besatzungszeit, in der polnische weiterführende Schulen geschlossen worden waren, bis 1942 eine polnische Schule im Untergrund.
- Offiziell arbeitete sie auf Weisung des deutschen Arbeitsamts als Kellnerin in der Landwirtschaftlichen Zentralstelle in Krakau.
- Sie hatte Kontakte zur polnischen Widerstandsbewegung und war an der Verteilung von Flugblättern beteiligt, in denen zum Widerstand gegen die deutsche Besatzung aufgerufen wurde.
- Zusammen mit anderen Mitgliedern der Widerstandsbewegung wurde sie am 15. 04. 1942 in einer Privatwohnung von der GESTAPO verhaftet und mit 16 anderen Frauen in einer Zelle des Gefängnisses in der Montelupich-Straße inhaftiert.
- Am 30. Mai 1942 wurde ZP mit einem Zugtransport nach Auschwitz deportiert, wo sie im Stammlager in Block 8 untergebracht wurde.
- Wegen der Flucht einer Gefangenen wurde das gesamte Kommando kahl geschoren und in die Strafkompagnie in Budy gebracht.
- Die Strafkompagnie bestand aus 400 Frauen, die schwer körperlich arbeiten mussten. Diejenigen, die sich als zu schwach erwiesen, wurden von dem Rottenführer ermordet.
- Im August 1942 kam ZP nach Birkenau, wo sie bis Oktober bei der Kartoffelernte eingesetzt wurde. Danach teilte man sie der sog. Schälküche zu.
- Im Dezember 1942 erkrankte ZP an Typhus und Ruhr und kam in den Krankenbau, den berühmten Block 27 in Birkenau. Dass sie überlebte, verdankt sie einer Kran-

kenschwester namens Maria und dem Arzt Janusz Makowski. Der Gedanke, dass sie noch nicht die letzte Ölung erhalten habe und deshalb auch nicht sterben werde, hielt die tiefgläubige Gefangene am Leben.

- Bis Mitte 1943 war ZP im Anschluss daran im Kommando Küche tätig, danach wurde sie der Schreibstube in der Küche und im Brotmagazin zugewiesen. Aufgrund ihrer Deutschkenntnisse wählte sie die Aufseherin Anneliese Franz als Schreiberin aus. Die Figur der Aufseherin hat ZP sehr eindrucksvoll in dem Roman „Die Passagierin“ charakterisiert, in dem die Erzählende versucht, in die Rolle der Aufseherin zu schlüpfen.
- Kurz vor Befreiung des Lagers durch die Rote Armee (27. Januar 1945) verließ ZP mit einem Todesmarsch Auschwitz in Richtung Deutschland. Ab Leslau wurden die überlebenden Häftlinge in Güterzügen in das KZ Ravensbrück transportiert.
- Später wurde sie in das Außenlager Neustadt-Glewe verbracht, wo sie am 2. Mai 1945 von den Amerikanern befreit wurde.

Dieser kursorische Überblick endet da, wo „Zur Freiheit, zum Tode, zum Leben“ beginnt.

Handlung

Die Handlung dieser autobiographischen Erzählung erstreckt sich über eine erzählte Zeit von knapp zwei Wochen und vollzieht sich im Mai des Jahres 1945. Die Handlungsorte wechseln entsprechend dem Fußmarsch der Frauen in Richtung Osten.

Nach der Befreiung durch die Amerikaner in Neustadt-Glewe führt der Weg über Parchim, die Dörfer Freyenstein und Kepernitz sowie den Ort Zehdenik nach Eberswalde. Nach Überquerung der Oder befinden sich die Frauen in Barfelde, das zukünftig bereits zum neuen Polen gehören soll. Danach zerfällt die Gruppe der Schicksalsgenossinnen, jede der Frauen versucht, so schnell wie möglich in ihren Heimatort in Polen zu gelangen. Dabei bedient man sich der ersten wiederhergestellten Zugverbindungen von Posen nach Kattowitz, Krakau, Warschau usw.

Die Handlung kreist um die bange Frage, was die Befreiung aus jahrelanger KZ-Haft, also die Wiedergewinnung der persönlichen Freiheit bringen wird.

Der Rückzug der Amerikaner hinter die Elbe-Linie, der bereits am 5. Mai 1945 erfolgt, eröffnet für die Befreiten unterschiedliche Optionen. Seitens des Amerikaner und der schockierten deutschen Zivilbevölkerung werden die Ex-Häftlinge aufgrund der brutalen Übergriffe von Angehörigen der Roten Armee davor gewarnt, nach Polen zurückzukehren. Diese Warnungen werden von zwei in Frankreich geborenen Polinnen sofort beherzigt; sie schließen sich den sich hinter die Elbe zurückziehenden amerikanischen Verbänden an. Der Rest der Gruppe beschließt am 8. Mai 1945 Richtung Polen seinen Marsch fortzusetzen. Diese Rückkehr entwickelt sich zu einem Schreckensszenarium. Die Frauengruppe läuft permanent Gefahr von den in Richtung Westen eilenden Sowjetsoldaten ausgeraubt und/oder vergewaltigt zu werden. Die sowjetischen Soldaten unterscheiden dabei nicht zwischen deutschen und polnischen Frauen, zwischen ansässigen Zivilisten oder ehemaligen KZ-Gefangenen. Als Befreier fühlen sie sich berechtigt, das zu nehmen, was ihnen vermeintlich zusteht. Wer sich widersetzt, ist ein „Nazilibchen“ oder gar eine „Faschistin“. Also kommt es zu kollektiven Abwehrmaßnahmen, indem

man sich in den Nächten in Häusern und auf Speichern verbarrikadiert und hofft, unentdeckt zu bleiben. Manchmal helfen auch übergeordnete sowjetische Stellen, indem sie den Frauen militärischen Schutz gewähren.

Hinter der Oder, wo das neue Polen zukünftig anfangen soll, muss man feststellen, dass sich polnische Militärs – Soldaten der mit den Sowjets verbündeten aus Polen bestehenden Berling-Armee - bei Konfliktfällen mit Rotarmisten zurückhalten und nicht bereit sind, sich für ihre Landsfrauen und einstigen KZ-Häftlinge einzusetzen. Man stößt auf stumpfe Gleichgültigkeit und eine als verletzend empfundene Interesselosigkeit. An einer Stelle rät ein polnischer Offizier einer von Vergewaltigung bedrohten Polin sogar, sich bei den Rotarmisten nicht so anzustellen, schließlich sei man bei den Deutschen auch nicht so zimperlich gewesen.

Diese bitteren Erfahrungen sowie der Umstand, dass es für einige Personen keine eigentliche Heimat mehr gibt, da die polnischen Ostgebiete, aus denen sie stammen, an die UdSSR abgetreten werden sollen, bedingen, dass sich eine dieser Frauen, die die erste Besetzung dieser Gebiete durch die Sowjets im September 1939 bereits erlebt hat und sich nun vor ähnlichen Verhältnissen in ganz Polen fürchtet, wieder auf den Rückweg nach Westen macht. Sie kommt als Einzelperson allerdings nicht weit, wird von einer Gruppe von Rotarmisten mehrfach vergewaltigt und stirbt einige Wochen später in einem Spital. Eine andere Protagonistin verlässt bereits im Sommer 1945 die im Entstehen begriffene Volksrepublik Polen, emigriert zunächst nach England und später in die USA. Weitere drei Frauen werden bereits vor dem eigentlichen Abmarsch in Richtung Polen Opfer einer „Siegesfeier“, bei der sie von den sowjetischen Befreierern offenbar mit Methylalkohol bewirtet werden. Während zwei von ihnen direkt an dieser schweren Alkoholvergiftung versterben, erblindet die dritte während des Weitermarsches und bleibt in einem deutschen Lazarett zurück.

Der historisch-politische Hintergrund

Die Einzelschicksale der Frauengruppe ordnen sich in ein dramatisches, absolut chaotisches Gesamtgeschehen ein. Da gibt es zunächst die siegreichen Amerikaner und Sowjets, die aus unterschiedlichen Richtungen kommend Deutschland besetzen. Da sie sich auf eine Demarkationslinie geeinigt haben, bleiben ihre Interessenssphären klar abgegrenzt. Das deutsche Militär spielt keine Rolle mehr.

Anders die deutsche Zivilbevölkerung, die vor dem Einmarsch der Roten Armee geflohen ist, mit Ausweisung aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten zu rechnen hat oder zunächst in der Heimat verbleibt, da man sich von Haus und Hof nicht trennen kann. Diese Gruppe wird nunmehr zu reinen Objekten der Rache degradiert und ist den Willkürmaßnahmen der Sieger/Befreier ausgesetzt. Die Deutschen verlieren ihr Hab und Gut oder gar ihr Leben, aber nicht nur durch plündernde Angehörige der Roten Armee, sondern auch durch die ersten Maßnahmen der polnischen Zivilverwaltung, die den polnischen Kolonisten (osadnicy) aus Ost- und Mittelpolen, aber auch den aus Deutschland zurückflutenden Zwangsarbeitern und KZ-Häftlingen ehemals deutschen Besitz zuweisen. Zudem wird die deutsche Hinterlassenschaft von polnischen Plünderern (szabrownicy) heimgesucht.

Es kommt zu gegenläufigen Wanderungsbewegungen. Während die einen in Richtung Westen ziehen, um in ihre Heimat zurückzukehren (französische und holländische Zwangsarbeiter), verlassen andere endgültig ihre angestammte Heimat (in Polen ansässige Deutsche, für die es im zukünftigen Polen keinen Platz mehr gibt, aber auch viele Polen, die sich vor den gesellschaftlichen Veränderungen im neuen Polen fürchten).

Zahlreiche polnische Zwangsarbeiter lassen sich hingegen nicht nach Polen repatriieren, sondern bleiben in Deutschland oder emigrieren nach Übersee. Andere marschieren sehr bald nach ihrer Befreiung in Richtung Osten, in der Hoffnung, in der Heimat ihre engsten Familienangehörigen wieder zu finden. Die Wege dieser Gruppen kreuzen sich, man fordert sich zum Teil sogar dazu auf, die jeweilige Marschrichtung zu ändern und nicht mehr nach Osten, sondern nach Westen oder eben umgekehrt weiter zu gehen. Es handelt sich dabei um sehr weit reichende Schicksalsentscheidungen, denn die wenigsten Menschen können absehen, was die nächste Zukunft bringen wird.

Dass die Siegermächte mit der Entscheidung für die sog. Westverschiebung Polens und Aussiedlung der Deutschen bereits Fakten geschaffen haben, ist den Protagonistinnen von ZP nicht bewusst. Erst im Verlauf ihrer Rückkehr werden sie von anderen Rückwanderern darüber informiert, dass Deutschland bedingungslos kapituliert hat, dass sich in Lublin eine polnische Regierung unter sowjetischer Ägide gebildet hat, dass die polnischen Ostgebiete bei der Sowjetunion verbleiben werden und dass Polen als Kompensation hierfür die einstigen deutschen Ostgebiete jenseits der Oder und Neiße erhalten soll. Auch zeichnet sich bereits ab, dass die aktuellen Machthaber beabsichtigen, ein neues Gesellschaftsmodell zu etablieren.

Die oben beschriebenen ersten Erfahrungen mit den sowjetischen „Befreiern“ und den polnischen Repräsentanten der neuen Macht sind für die Frauen deshalb niederschmetternd. Man kehrt in eine durch den Krieg vollkommen zerstörte Heimat zurück. Oft sind die engsten Angehörigen nicht mehr am Leben. Die alte Heimat, von der man während der KZ-Haft träumte, gibt es nicht mehr, die neue muss erst erworben werden.

Nachkriegsschicksale

Die Besonderheit dieser authentisch wirkenden Erinnerungen von ZP besteht – wie eingangs erwähnt - darin, dass die Autorin die Nachkriegsschicksale ihrer Protagonistinnen ex post recherchiert und nachgezeichnet hat. Hier eröffnet sich das ganze Panorama polnischer Zeitgeschichte nach 1945. Die einzelnen Biographien stehen so betrachtet für ganze gesellschaftliche Gruppen, die sich jeweils unterschiedlich auf das neue sozialistische Polen einstellen mussten.

- Da gibt es Frauen, die ihren konservativen und religiösen Werten verhaftet bleiben und mit ihren Familien stillen Widerstand leisten. Die hieraus entstehenden Nachteile nehmen sie bewusst in Kauf.
- Da gibt es andere, die die neue Realität akzeptieren, sich durch Parteieintritt und Anpassung im neuen Polen einrichten und Karriere machen.
- Da gibt es aber auch Menschen, die von ihrer politischen Vergangenheit eingeholt werden und aufgrund ihrer Zugehörigkeit zum nationalen Widerstand von den neuen Machthabern der „nazistischen Kollaboration“ bezichtigt werden. Dies führt in einem von ZP geschilderten Einzelfall dazu, dass man als ehemaliger KZ-Häftling

nach dem Krieg mit nationalsozialistischen Kriegsverbrechern die Zelle zu teilen hat, zu hohen Gefängnisstrafen verurteilt wird, an einem solchen Schicksal zerbricht und schlichtweg wahnsinnig wird.

- Da gibt es aber auch die Rückkehrer aus dem Westen, die als Patrioten in ihre Heimat zurückkehren, dann aber feststellen müssen, dass man ihnen misstraut und sie über Jahre gezielt überwacht.
- Und schließlich wird an einem Beispiel auch der umgekehrte Weg der Flucht und Emigration in die USA beschrieben.

Resümee

Ähnlich wie in ihren übrigen Werken, die der KZ-Thematik gewidmet sind, ist ZP auch in „Zur Freiheit, zum Tode, zum Leben“ bemüht, ein sehr differenziertes Bild der Verhältnisse und Figuren zu zeichnen.

Ihr Ansatz ist dabei in der Tat universalistisch und weicht von gängigen Schemata ab. Es gibt keine klaren Trennungen in gut und böse, in Opfer und Täter. Auch gibt es keine Opfer- und Täternationen, sondern einzelne Personen, die sich unabhängig von ihrer nationalen oder sozialen Zugehörigkeit anständig oder unanständig, human oder inhuman verhalten. Dies gilt sowohl für die mit viel Einfühlungsgabe portraitierten Deutschen und Russen als auch für ihre polnischen Landleute, die im Hinblick auf ihr Verhalten kritisch betrachtet und durchaus nicht geschont werden. Und trotz all des Elends und schier nicht vorstellbarer Brutalität beschreibt die Autorin auch zahlreiche Szenen, die aufgrund ihrer Menschlichkeit anrühren und Hoffnung wecken. Dies ist sicherlich auch ihrer tiefen Gläubigkeit geschuldet.

Rezensionen

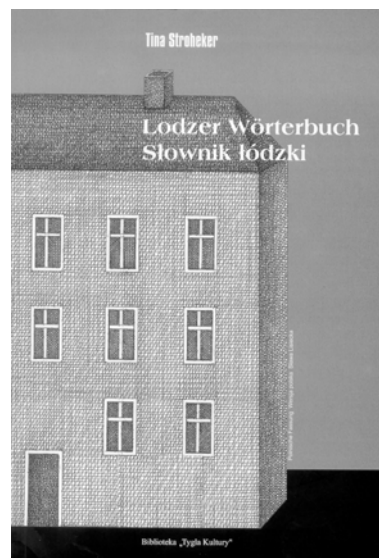
Tina Stroheker: Lodzer Wörterbuch/Słownik łódzki. Łódź 2005, 158 S.

„Miniaturen“ nennt Tina Stroheker ihre Texte, die kaum einmal eine Seite überschreiten und manchmal nur aus wenigen Zeilen bestehen. Sie stellt sie unter das Motto: „Es ist Sommer, die Tage sind lang, die Stadt wartet darauf, beschrieben zu werden.“

Die Autorin kam im Sommer 2002 in die Stadt, als „Böhmen und Sachsen am Meer liegen mußten“ (6), Lodz aber kein Hochwasser zu befürchten hatte. Sie ist bis in den dunklen November geblieben, erlebte den Tag „Tausender Grablichter“ auf Polens Friedhöfen. (128) In diesen Monaten hat sie die Stadt erkundet, ihr Damals und ihr Jetzt. Und für ihre Spurensuche fand sie eine nicht nur beschreibende Sprache. Ihre Miniaturen erweisen sich vielmehr als ein kunstvolles Geflecht von Impressionen, Assoziationen und Reflexionen. Dieses Sprachgewebe voller Poesie liest sich wie eine Liebeserklärung an die Stadt ihres zeitweiligen Aufenthaltes.

Geordnet hat Tina Stroheker ihre Texte nach der Wortfolge des Alphabets, angefangen mit „Ankunft“ und endend mit „Zwischen“. Mal findet sich nur eine einzige Miniatur, mal deren mehrere unter dem entsprechenden Buchstaben; insgesamt zählt der Band 58 Texte. Und jeweils zu ihnen in Parallele gesetzt kann sich der sprachkundige Leser den Miniaturen ein zweites Mal zuwenden, in der Sprache der Bewohner der Stadt. Übertragen hat sie die mehrfach preisgekrönte Lodzer Übersetzerin Sława Lisiecka. Ihre Übersetzung steht dem Original in seiner literarischen Qualität in Nichts nach. Erwähnenswert sind schließlich noch die graphische Umschlaggestaltung sowie die beiden einfühlsamen künstlerischen Miniaturen von Joanna Wiszniewska-Domańska, die diesen Band schmücken.

Für Tina Stroheker ist es nach „Polnisches Journal“ (1998) und „Pommes Frites aus Gleiwitz“ (2003) der dritte Versuch einer „poetischen Topographie Polens“. Aber eignet sich Lodz überhaupt zu einer solch anspruchsvollen Beschreibung? Ist unsere Vorstellung von dieser einstigen Textilmetropole von Reymonts Roman „Das Gelobte Land“ und Wajdas Verfilmung nicht sehr prosaisch und dunkel geprägt? „Gottverdammte“ nannte einst Joseph Roth diesen Ort. (66) Dieses eher dunkel getönte Bild einer aufstrebenden Industriestadt mit ihren wenigen Reichen und ihrer Masse in Elendsvierteln wohnender Armen gehört einer fernerer Vergangenheit an. Sie kann und soll nicht vergessen werden. So zitiert denn auch die Autorin aus Reymonts Roman und anderen literarischen Versatzstücken: „Das *Gelobte Land* ein *Polyp*, böse, dämonisch, ungeliebt. *Polnisches Manchester*, *Baumwollburg*, *Schornsteinstadt*. *Proletarisch* und rot.“ (50)



Von diesem früheren Lodz zeugen heute nur noch die erloschenen Schornsteine verfallener Fabriken sowie zahlreiche wappenverzierte Villen und Stadtpaläste ihrer einstigen Besitzer. An sie erinnert das Denkmal dreier „Baumwollkönige“ in der „Galerie bekannter Lodzer“ auf der Piotrkowska, einer Prachtstraße. Sie haben sich in jener Zeit goldene Nasen verdient und sind nun, in Bronze gegossen, „vor MacDonald's“ zu bestaunen. (14) Nicht zu Denkmälern erstarrt sind dagegen die Armen der Stadt im nördlichen Bałuty, die es damals gab und die es heute gibt: In Pfützen trampelnde Kinder (78), Karten spielende Trinker (104), in Abfallkörben nach Nahrung suchende Alte (76), Bettler, die für jeden Złoty „wie zum Gebet“ die Hände erheben (64), „ärmliche Dealer und ihre armselige Kunden ... *What a hell*, hat jemand an eine Mauer gesprüht.“ (42)

Eine andere Vergangenheit ist uns näher, liegt nur zwei Generationen zurück. Damals, als Lodz auf Befehl des „Führers“ in Litzmannstadt umbenannt wurde, als man die vielen Juden im Norden der Stadt ins Getto pferchte und mit ihnen die aus Prag, Wien und Deutschland „Eingesiedelten“. Ihr Grab fanden sie kaum einmal auf dem nahen jüdischen Friedhof, dem größten Europas. Sie wurden vielmehr „ausgesiedelt“ in die Gaskammern umgerüsteter „Lastwagen“ im nicht weit entfernten Chelmno, später in die Gaskammern von Auschwitz-Birkenau. Eine „Elementarkatastrophe“, wie Oscar Singer in seiner „Getto-Chronik“ schrieb. (32) Auf diese Weise wurde Lodz „judenfrei“. Doch nur für kurze Zeit. Nach dem Krieg zog es die Überlebenden des Holocaust wie von einem Magneten angezogen in die von äußeren Kriegsverwüstungen weitgehend verschonte Stadt. 30.000 sollen es zeitweise gewesen sein. Die meisten wanderten weiter, nur wenige blieben. „Und was ist vorbei? In der Lobby des Grand Hotels sitzen zwei alte Herren, *Aufstehen, Wachmann, Kapo, Appell* im jiddisch-polnischen Gespräch.“ (110)

Die Erinnerung an jene finstere Zeit schwindet nicht. Auch nicht „*in den Mäandern des Gedächtnisses?*“ (18) Es windet sich hin und her, gequält vom Vergessenwollen, das nicht gelingen will. Erinnerung - „*Spur, die im Menschen bleibt.*“ (18)

Nicht nur Juden, auch Polen erlebten die Schrecken deutscher Besatzung. Insgesamt 40.000 von ihnen wurden in jenen Jahren in einer ehemaligen Fabrik gefangen gehalten, Tausende exekutiert, fast tausend „verbrannten bei lebendigem Leibe im Januar 1945, als die Deutschen vor dem Verlassen der Stadt die Gebäude in Brand setzten“, notiert die Autorin in ihren Anmerkungen. (135) Dazu die bei Telefunken verpflichteten Zwangsarbeiterinnen. Kazimiera war eine von ihnen. Und durch sie wird nun die Autorin selbst von der „Spur, die im Menschen bleibt“ erreicht. Kazimiera kam später „*ins schöne, schreckliche Ulm*“, Tina Strohekers Geburtsstadt. „Die Festung Wilhelmsburg, Ort meiner Kinderspiele. Kazimieras Wilhelmsburg mit *lagerführerka* und *wachmann, sztuba* und einer Griebssuppe mit Würmern.“ (94)

Hat eine Stadt mit dieser Vergangenheit noch eine Zukunft? Nach den dem Grauen des Krieges folgenden vierzig Jahren kommunistischer Herrschaft? Nach den Transformationsprozessen neu gewonnener Freiheit mit sterbenden Großbetrieben und wachsender Arbeitslosigkeit? „Jetzt scheint Lodz wie ermattet. *Alles schläft, soviel Bankrotte wie nie, viele Fabriken stehn still* - Kaczmareks Befund in Reymonts Roman“ als gegenwartsnaher Kommentar. (66) Doch dabei bleibt es nicht. Als echter Lodzermensch vergleicht Kaczmarek seine Stadt mit einem arbeitsmüden Ochsen, der wie „krepirt“ am

Boden liegt, nach einer Ruhepause wieder auf die Beine kommt und loszieht, „*daß es dir die Sprache verschlägt.*“ (66) Am Ende ihres Aufenthaltes, Allerheiligen, im Leuchten der „Grablichter“, weiß die Autorin: „Das Leben weicht keinen Fußbreit. Sich der Toten erinnernd, erinnern die Lebenden an sich...“ (130)

So zeichnet denn auch die Autorin trotz allem in ihren Impressionen eine Stadt voller Hoffnung und Leben: Eine neue „Manufaktur“ wird entstehen, „eine Stadt in der Stadt.“ (124) Ein Tenor beehrte sie und „gleich wurde der Himmel heiter.“ (124) Es gibt nicht nur „Höfe, die nach Urin riechen“, sondern auch solche „mit blank renovierten Fassaden.“ (10) Kinder singen, dass sie ihre Stadt lieben, die in der Welt immer bekannter wird. Lodz hat seinen Glanz. Und dies nicht nur angesichts der teuren Geschäfte auf der Piotrkowska und der „Läden mit den Hochzeitskleidern“, an deren Scheiben Mädchen sich die Nasen platt drücken. Große Namen sind mit der Stadt verbunden: Hier wohnt der Lodzer Ehrenbürger Marek Edelman, Herzchirurg und „der letzte lebende Kommandant des Aufstandes im Warschauer Getto.“ Bei ihm ist die Autorin zu Gast. Auf dem Tisch duftende Pfannkuchlein. Sie sprechen vom Willen der Aufständischen, „vor den Augen der Welt zu sterben.“ (36), „über die Weiße Rose und Polańskis *Pianisten*“ (76), über den unerbittlichen Kampf des Herzspezialisten um das Leben eines Kindes, und die Gedanken der Autorin schweifen ab zum „nahen Park“, hin zum „Denkmal eines *Geplatzten Herzens* für die von den Deutschen ermordeten Kinder.“ (36)

Einen anderen großen Sohn der Stadt, den Dichter Julian Tuwim, ehrt ein Denkmal. Er, Jude, emigrierte bei Ausbruch des Krieges, kehrte 1947 zurück. Den Leichnam seiner ermordeten Mutter ließ er ausgraben und auf dem Jüdischen Friedhof im Grab seines Vaters beisetzen. Die Autorin, selbst Lyrikerin, verweilt an seinem Monument, erinnert sich seiner Verse, die auch sonst immer wieder das Gewebe ihrer Texte kunstvoll durchziehen. Auch andere, weniger bekannte Dichter, tragen zur Poesie dieser Kurzprosa bei. Ihre Reihe ist lang. Ihre den Texten kursiv eingewobenen Fragmente werden im Anhang erläutert.

Noch ein paar Namen, an welche die Autorin erinnert, seien erwähnt: Julian Marchlewski, Revolutionär. Unter falschem Namen hatte er zeitweise in der Fabrik von Israel Poznański gearbeitet. Den späteren kommunistischen Herren war dies Grund genug, der Fabrik seinen Namen zu geben und ihm ein Denkmal zu errichten, von dem heute nur noch der Sockel steht. Oskar Rosenfeld, ins Getto „eingesiedelter“ Wiener Jude, in Auschwitz ermordet, doch sein im Getto geführtes Tagebuch überlebte. Und eingereicht in die „Galerie bekannter Lodzer“ erhielt der weltbekannte Pianist Artur Rubinstein sein Denkmal.

Wie steht es aber um die Erinnerung an die Deutschen, die einst diese Stadt so zahlreich bewohnten? Ist sie allein durch die in Litzmannstadt herrschende „Ordnung“ bestimmt, durch Getto, Gestapo, Gefängnis, Massenerschießungen und Zwangsarbeit? Hier hat sich in der Einstellung der Lodzer im Laufe der Jahrzehnte vieles verändert. „Die Baumwollkönige sind nicht mehr nur Ausbeuter und Opas von Hitlerleuten.“ (70) Gedenktafeln am früheren deutschen Gymnasium „geben Nachhilfe in Geschichte.“ (30) Der 1921 in Lodz geborene Karl Dedecius, verdienstvoller Übersetzer, ist heute Namenspatron eines Gymnasiums. Die wenigen in der Stadt lebenden Deutschen treffen

sich in der stillen Targowastraße. Und als besonderes Hoffnungszeichen: „ein Workshop für Jugendliche aus Polen, Deutschland und Israel. *Träume kennen keine Grenze.*“ (50)
Theo Mechtenberg

Maria Jarosz: Macht, Privilegien, Korruption. Die polnische Gesellschaft 15 Jahre nach der Wende. Harrassowitz Verlag. Wiesbaden 2005, 290 S.



Die Soziologin Maria Jarosz beschäftigt sich in dieser Darstellung intensiv mit den Folgen der Systemtransformation in Polen. Wie der Titel des Buches bereits signalisiert, geht es hier nicht um eine optimistische Aufzählung der wirtschaftlichen und politischen Fortschritte, die das Land zweifelsohne in den letzten 15 Jahren gemacht hat. Maria Jarosz setzt sich vielmehr mit den Schattenseiten eines Prozesses auseinander, der längst noch nicht abgeschlossen ist. An der durch Daten und Fakten gut belegten, skeptischen Diktion dieses Buches ändert auch die Tatsache nichts, dass Polen seit dem 1. Mai 2004 Mitglied der EU ist und sich nach fast zwei Jahren Mitgliedschaft nach offizieller Lesart durchaus als Profiteur der EU-Mitgliedschaft fühlen darf. Auch das anhaltende Wirtschaftswachstum des BIP in Polen stellt für Jarosz keinen Grund zum Optimismus dar,

denn zu viele ungelöste Probleme sorgen dafür, dass sich die polnische Gesellschaft am Rande einer dauerhaften und ernsthaften Krise befindet. Als Soziologin interessiert sie dabei in erster Linie die Stratifizierung der polnischen Gesellschaft. Jarosz fragt nicht nach globalen Kennzahlen, sondern analysiert und differenziert den Aufbau der polnischen Gesellschaft. Sie untersucht, welche Schichten und Gruppen zu den Gewinnern und welche zu den Verlierern der Systemtransformation in Polen gehören.

Im ersten übergreifenden Kapitel „Macht und Herrschaft“ setzt sich die Autorin unter anderem mit dem Versagen der polnischen Wirtschaftspolitik auseinander. Sie stellt fest, dass die Privatisierung der polnischen Staatsunternehmen zum obersten Ziel polnischer Wirtschaftspolitik avancierte, dass es aber trotz der Fortschritte in diesem Bereich nicht zu einer nachhaltigen Gesundung der polnischen Staatsfinanzen kam. Im Gegenteil, das steigende Haushaltsdefizit zwang alle polnischen Regierungen dazu, die Steuern zu erhöhen und die Ausgaben zu senken. (S. 62-63) Auch diagnostiziert Jarosz, dass die vier grundlegenden Reformen aus der Regierungszeit des Ministerpräsidenten Jerzy Buzek im Grunde genommen misslungen sind: weder die Verwaltungsreform mit dem Neuzuschnitt der Wojewodschaften und der Einführung der Kreise noch die Bildungsreform, die eine Modernisierung des polnischen Schulwesens hätte bringen sollen, habe zu nachhaltiger Verbesserung geführt. Auch der Reform des Gesundheitswesens und der Rentenreform attestiert sie in erster Linie Unzulänglichkeiten. Dabei ist klar, dass diese Reformansätze der konservativen Regierung Buzek auch eine Folge des Drucks waren,

der im Zusammenhang mit den Beitrittsbemühungen des Landes von Brüssel auf Warschau ausgeübt wurde. (S. 67-68)

Ähnlich negativ sieht die Autorin die Bemühungen der aufeinander folgenden polnischen Regierungen, den Steinkohlebergbau in Oberschlesien zu restrukturieren. Dies sei nicht einmal in Ansätzen gelungen, da ein ausgesprochener Klientelismus der involvierten Parteien, Verbände und Agenturen dafür gesorgt habe, dass der Umbau dieses defizitären Industriezweiges, der weiterhin massiv subventioniert wird, bisher nicht gelingen konnte. Profitiert hätten hier nur die Führungsetagen, die sich ohne Rücksicht auf die jeweilige Parteizugehörigkeit gegenseitig auf die am besten dotierten Posten hoben. So hätten die bisher mit großem Aufwand angekündigten Umbaupläne aller polnischer Regierungen kaum nachhaltige Ergebnisse gebracht. (S. 81-97)

Die materiellen Disproportionen in Polen seien seit den 1990er Jahren mit den Verhältnissen in den USA vergleichbar. Dabei handele es sich nicht nur um zunehmende Einkommensdifferenzen, sondern auch um gravierende Ungleichheiten bei Tod und Krankheit.

Ein weiteres sehr ernstes Problem sei die exorbitant hohe Arbeitslosenrate, wobei Jarosz hervorhebt, dass die polnischen Statistiken diesbezüglich gravierende Fehler aufweisen. Hier könne auch die Tatsache, dass es in Polen zu einem eminenten Ausbau der Schattenwirtschaft gekommen sei, nur wenig trösten, denn wenn man auch annähme, dass von den etwa 18 Prozent Arbeitslosen etwa sechs Prozent in der Schattenwirtschaft tätig seien, bleibe doch die Tatsache bestehen, dass der staatliche Haushalt durch die hieraus resultierenden Mehrausgaben und Mindereinnahmen gewaltig geschädigt werde. Ein weiterer negativer Punkt sei die niedrige Beschäftigungsquote, die Zunahme der Langzeitarbeitslosigkeit sowie die hohe Jugendarbeitslosigkeit, die den Übergang Schule/Beruf oder Universität/Beruf zum existenziellen Problem einer Jugend mache, die sich zusehendes dem gesamteuropäischen und globalen Wettbewerb stellen müsse. Für die Anforderungen der Wissensgesellschaft sei man deshalb denkbar schlecht vorbereitet. In diesem Zusammenhang stellt die Autorin auch den zahlreichen privaten Hochschulen kein besonders gutes Zeugnis aus. Jarosz übt Kritik daran, dass die Vererbung des Familienstatus in der Dritten Republik zu erheblichen Bildungsbarrieren und zu einer Aushöhlung jedweder Chancengleichheit geführt habe. (S.152-185)

Ein besonders gravierendes Problem stellt die weit verbreitete Korruption im Lande dar, die laut Jarosz leider einen dynamischen Charakter aufweist. Hier kam es zu einer Übertragung negativer Mechanismen aus der Volksrepublik Polen, allerdings hebt die Autorin auch hervor, dass es sich bei diesem Phänomen sicherlich auch um eine tiefsitzende Tradition handele, die sich aus der wechselvollen Geschichte des Landes mit Perioden langer Unterdrückung und Fremdherrschaft ergebe. Die aktuellen großen Skandale der letzten Jahre (Rywin-Affäre) bestätigen die Stichhaltigkeit des von Transparency International Polska aufgestellten Korruptionskatalogs (S. 224-225), aus dem erschreckend deutlich hervorgeht, wie weit und wie tief das Krebsgeschwür der Korruption das Land überzogen habe. Die Autorin stellt im Anschluss an diese einleitenden allgemeinen Aussagen das bestechliche Verhalten von Unternehmen, staatlichen Institutionen, landwirtschaftlichen Agenturen, die Korruption im Umfeld des Militärs und schließlich die politische Korruption, die sie als zeitloses Phänomen bezeichnet, dar. Dementsprechend

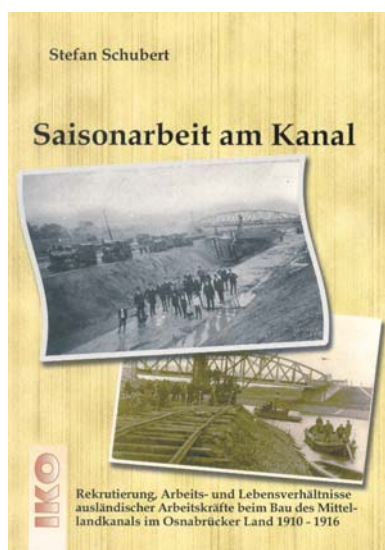
ist das Vertrauen der polnischen Gesellschaft in die wirtschaftlichen und politischen Eliten des Landes tief erschüttert.

Es darf also nicht verwundern, wenn populistische Politiker, Parteien und Gruppierungen einen regen Zulauf haben und angesichts großer Wählerzurückhaltung bei Parlaments- und Präsidentschaftswahlen mehr als respektable Ergebnisse erzielen.

Insofern war der EU-Beitritt Polens für die meisten polnischen BürgerInnen auch mit der Hoffnung verbunden, dass der Korruption durch die Integration des Landes in die Strukturen der EU allmählich Grenzen gesetzt werden könnten. Die Autorin scheint diesbezüglich auch verhalten optimistisch zu sein. Ob dieser Glaube berechtigt ist, wird die Zukunft zeigen. Im Moment sieht es – trotz der von der regierenden Partei „Recht und Gerechtigkeit“ groß angekündigten moralischen Sanierung des Landes - nicht danach aus. Bekanntlich stirbt die Hoffnung allerdings zuletzt.

ZW

Stefan Schubert: Saisonarbeit am Kanal. Rekrutierung, Arbeits- und Lebensverhältnisse ausländischer Arbeitskräfte beim Bau des Mittellandkanals im Osnabrücker Land 1910-1916. IKO - Verlag für Interkulturelle Kommunikation. Frankfurt a. M. London 2005, 362 S.



Die vorliegende Arbeit stellt die gekürzte und überarbeitete Fassung einer Dissertation dar, die im Sommersemester 2004 vom Fachbereich Kultur- und Geowissenschaften der Universität Osnabrück angenommen wurde. Im Mittelpunkt dieser Studie steht der Bau des prestigeträchtigen Mittellandkanals, der als Verbindungslinie zwischen Rhein und Elbe bekanntlich erst im Jahre 1938 endgültig abgeschlossen wurde. Im Februar 1916, also mitten im ersten Weltkrieg, wurde das erste Teilstück, das von Bevergern bis Hannover reichte, eingeweiht. Der Kanal durchläuft hier auf einer Strecke von 63 km. das Osnabrücker Land, das geographisch betrachtet im Zentrum der Untersuchung steht. Allein für dieses Teilstück mussten insgesamt 6,4 Mio.

Kubikmeter Erde bewegt werden. In der Hochphase des Baus zwischen 1912 und 1913 waren in dieser Region regelmäßig zwischen 2.500 und 3.000 Arbeiter beim Kanalbau beschäftigt. Hierfür wurden von den beteiligten Tiefbauunternehmen in erster Linie polnische Arbeitskräfte aus Russland und Österreich-Ungarn rekrutiert. Während des Ersten Weltkriegs wurden die Kanalarbeiten fast ausschließlich von ausländischen Polen – Internierten und Kriegsgefangenen – durchgeführt, da die wehrpflichtigen deutschen Arbeiter die Baustelle verlassen mussten.

Schubert geht in seiner Arbeit dem Zielkonflikt nach, wie der preußische Staat im Rahmen seiner antipolnischen Abwehrpolitik auf die große Nachfrage nach ausländischen Polen reagierte. Dabei untersucht er drei Teilaspekte:

1. Den politisch-rechtlichen Rahmen, in dem die Ausländerrekrutierung stattfand.

2. Den Umfang der Erwerbseinwanderung ins Osnabrücker Land sowie die sozioökonomischen Rahmenbedingungen dieser Region.

3. Die Arbeits- und Lebensbedingungen der ausländischen Arbeiter vor dem Hintergrund staatlicher Fürsorgemaßnahmen.

Es handelt sich um eine Mikrostudie, die einen Zeitraum von sechs Jahren (1910-1916) ins Auge fasst und von einer regionalgeschichtlichen Perspektive bestimmt wird. Allerdings verbindet der Autor die mikrohistorischen Erkenntnisse mit den Ebenen der konjunkturellen und der Strukturgeschichte. Die Untersuchung basiert auf dem von Klaus Bade entwickelten interdisziplinären Konzept der sozialhistorischen Migrationsforschung:

1) Analysiert werden Volumen, Verlaufsformen und Strukturen des Wanderungsgeschehens.

2) Untersucht und differenziert wird das Wanderungsverhalten.

3) Wanderungsgeschehen- und Wanderungsverhalten werden in die Bevölkerungs- Wirtschafts- Sozial- und Kulturgeschichte von Ausgangs- und Zielräumen eingebettet.

Für seine Dissertation konnte Schubert auf Archivquellen im Niedersächsischen Staatsarchiv in Osnabrück (StAOs), im Niedersächsischen Hauptstaatsarchiv in Hannover (HstAH) und im Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz (GStAPK), aber auch auf zahlreiche gedruckte Quellen sowie die gängige Fachliteratur zurückgreifen. Darüber gibt der umfangreiche Anhang Auskunft. (S. 331–362) Zusätzlich wurde dem Buch eine CD mit einem sehr ausführliche statistische Tabellenanhang beigegeben.

In diesem Zusammenhang stellen die sog. „Nachweisungen“ der Landräte aus dem Osnabrücker Land „über den Zugang, Abgang und den Bestand der ausländischen Arbeiter im preußischen Staate“ eine erstrangige Quelle dar, da sie vergleichende Analysen erlauben. Demzufolge befand sich das Osnabrücker Land in einer Ausnahmesituation, da sich die Zahl auslandspolnischer Arbeiter zwischen 1906 und 1913 vervierfachte, während sie sich im gleichen Zeitraum in Preußen nur verdoppelte. Während es in Gesamtpreußen möglich war, aufgrund einer rigiden Abwehrpolitik und entsprechender gesetzlicher Einschränkungen den Anteil auslandspolnischer Industriearbeiter erheblich abzusenken, gelang dies im Osnabrücker Land nicht. Im Gegenteil, die Zahl der Auslandspolen stieg steil an. Die antipolnische Ausländerpolitik musste also gegenüber realpolitisch-ökonomischen Aspekten zurücktreten.

Empirisch belegen lässt sich auch, dass der im Rahmen der preußischen Abwehrpolitik gemachte Versuch, die Auslandspolen durch andere Nationalitäten (Ruthenen) zu ersetzen, fehlschlug. Dies ergab sich unter anderem aus der Tatsache, dass es zu einer konzertierten Aktion zwischen dem Osnabrücker Regierungspräsidenten und Vertretern der Agrar- und Wirtschaftslobby sowie den involvierten Landräten kam. Dies hatte zur Folge, dass der preußische Innenminister im Februar 1912 einen Erlass in Kraft setzte, der die auslandspolnische Beschäftigung in einem Umfang bis zu 25 Prozent der Gesamtbeschäftigung gestattete.

Dieses Abrücken von der nationalpolitischen Ideologie war somit auf wirtschaftliche Interessenlagen zurückzuführen. Die öffentlichen Großprojekte hatten eine große Anziehungskraft auf die ländliche Arbeiterschaft, worunter die landwirtschaftlichen Arbeitgeber zu leiden hatten („Leutenot“). Mit dem Einsatz von Auslandspolen sollten der

Bedarf an einheimischen Arbeitskräften bei öffentlichen Bauten gesenkt und die damit verbundenen Kosten gemindert werden. Dabei erwiesen sich die Auslandspolen für die deutschen Tiefbauunternehmen als am besten geeignet, da sie billig, willig, abgehärtet und diszipliniert waren. Angesichts der Arbeitslosigkeit einheimischer Arbeiter blieb die Beschäftigung von Ausländern allerdings umstritten. So kam es etwa 1907 zu einem offen ausgetragenen Zielkonflikt zwischen dem Minister für öffentliche Arbeiten, der den Ausländereinsatz beim Kanalbau propagierte, und dem Innenministerium, das darauf drängte, deutsche Arbeitskräfte zu bevorzugen. Wie oben beschrieben konnten sich die Tiefbauunternehmen im Osnabrücker Land jedoch recht erfolgreich gegen diese nationalpolitischen Restriktionen zur Wehr setzen.

Schubert stellt in seiner Arbeit überdies eingehend dar, dass sich Unterbringung und Verpflegung der Erdarbeiter auf der Großbaustelle als katastrophal erwiesen. Aufgrund der fatalen hygienischen Bedingungen grassierten ansteckende Krankheiten wie Krätze und die „Körnerkrankheit“; die ärztliche Betreuung der Arbeiterschaft war unzureichend. Der hohe Alkoholkonsum, der aufgrund eines überaus harten Arbeitsalltags und nicht vorhandener Freizeitangebote der allgemeinen „Stressbewältigung“ diene, konnte ebenfalls nicht wirksam unterbunden werden.

Die seelsorgerische Betreuung der Arbeiter, die von der Kirche sowie vom Staat und den Unternehmern mit dem Ziel der kirchlichen Bindung der sozial desintegrierten Erdarbeiter und der Hebung der Arbeitsmoral befürwortet wurde, ließ ebenfalls zu wünschen übrig. Seelsorgerische Bemühungen scheiterten bereits an der Sprachbarriere, da geistliche Vorträge und Belehrungen ausschließlich in deutscher Sprache erfolgten.

Die ausländischen Erdarbeiter lebten von der örtlichen Bevölkerung isoliert und stellten mit ihren „wandernden Baracken“ einen wenig geachteten Arbeitertypus dar. Allerdings waren die schlechten Arbeits- und Lebensbedingungen ausländischer Arbeiter nicht nur für die Kanalbauprojekte, sondern für das gesamte Kaiserreich typisch. Die schlechte Behandlung der Ausländer stieß bei den Einheimischen auf breite Akzeptanz und auch die Gewerkschaften setzten sich nur halbherzig für sie ein.

Nach Lektüre dieser lesenswerten und leserfreundlich verfassten Abhandlung Schuberts kommt man zu dem wenig überraschenden Ergebnis, dass es vor, während und nach dem Zweiten Weltkrieg durchaus ähnliche Formen der Beschäftigung polnischer ZwangsarbeiterInnen und ArbeitsmigrantInnen in Deutschland und der Bundesrepublik gegeben hat. Insofern haben wir es trotz mehrerer politischer Systemwechsel mit einer gewissen Kontinuität zu tun. Allerdings ist dem Autor beizupflichten, wenn er am Ende seiner Ausführungen resümiert, dass sich die Argumente gegen die Polenbeschäftigung gewandelt haben: nationalpolitische Vorbehalte sind gegenwärtig arbeitsmarktpolitischen gewichen. (S. 329)

ZW

Thomas Geisen (Hg.): Arbeitsmigration. WanderarbeiterInnen auf dem Weltmarkt für Arbeitskraft. IKO – Verlag für Interkulturelle Kommunikation. Frankfurt a. M. London 2005, 326 S.

Im vorliegenden Band setzen sich vierzehn MigrationsexpertInnen mit dem internationalen, globalen Phänomen der Arbeitsmigration auseinander. Die Beiträge sind in deutscher und englischer Sprache gehalten und behandeln die unterschiedlichsten Weltregionen. Neben den beiden einführenden allgemeinen Aufsätzen (Thomas Geisen: „Migration als Vergesellschaftungsprozess“ und Jan Lucassen „Temporal Migration from a Historical Perspective“) sind alle übrigen Beiträge konkreten Zielregionen, den gesetzlichen Rahmenbedingungen und den Arbeits- und Lebensbedingungen einzelner Migrantengruppen gewidmet.

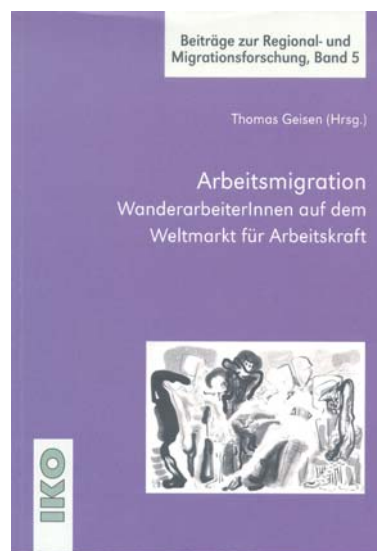
So behandelt Christoph Antweiler in seinem Beitrag „Wanderarbeit als Kulturdimension in Südostasien“ die unterschiedlichsten Wandermotive und kommt zum Ergebnis, dass Wanderungen gerade in dieser Region nicht alleine auf ökonomische Faktoren, also auf Zwangslagen zurückzuführen sind, sondern auch stark durch Kulturtraditionen bedingt werden. Seine Analyse fasst der Autor in einer kompakten, übersichtlichen Tabelle (S. 70-71) zusammen, in der auf Ebenen und Ursachen von Wanderungen in Südostasien eingegangen wird und eine Zuordnung zu einzelnen Ethnien und sozialen Gruppen erfolgt.

Ludger Pries beschäftigt sich in dem anschließenden Artikel am Beispiel Deutschlands mit den Mobilitätsmöglichkeiten in Europa, stellt einen steigenden Immigrationsbedarf fest und verdeutlicht, dass Zuwanderung keine Gefahr darstellen muss, sondern als Chance und Herausforderung begriffen werden kann.

Jeniffer Elrick setzt sich in ihrem Beitrag mit der statistischen Erfassung von MigrantInnen in Deutschland und Kanada auseinander, stellt die enormen Unterschiede dar und konstatiert, dass in Deutschland allmählich eine Annäherung an das kanadische Erfassungsmodell erfolge.

Einem ganz anderen Thema ist der Artikel von Rose Baba Folson gewidmet. Es geht um die unterschiedliche Wahrnehmung von qualifizierten MigrantInnen aus dem Norden, die in südlichen Regionen nicht als ArbeitsmigrantInnen wahrgenommen werden, sowie um qualifizierte Zuwandernde aus dem Süden, die hier sehr wohl als ArbeitsmigrantInnen betrachtet werden. Die Autorin stellt dabei unterschiedliche Formen der Diskriminierung und Privilegierung dar und hebt auch auf geschlechtliche Unterschiede ab.

Vergleichenden Charakter hat die Untersuchung von Nanda Kishore. Diskutiert werden die unterschiedlichen Formen staatlicher Regulierung von Arbeitsmigration in einer Industrienation und in einem Entwicklungsland am Beispiel von Großbritannien und Indien. Dabei stehen die Konflikte zwischen den individuellen Rechten der ArbeitsmigrantInnen und den staatlichen Interessen der Zielregionen (staatliche Souveränität, innere Sicherheit) im Mittelpunkt ihrer Analyse.



Einen historischen Zuschnitt hat der Beitrag von Esther Weizsäcker. Die Autorin behandelt die rechtliche Regulierung von Arbeitsmigration in Deutschland und schlägt dabei einen weiten Bogen vom sog. „Inlandslegitimierungszwang“ aus dem 19. Jahrhundert bis hin zu dem neuen Zuwanderungsgesetz aus dem Jahre 2004.

Katalin Jarosi schildert in ihrer ethnographischen Studie die Lebenssituation ungarischer Arbeitnehmer, die als Vertragsarbeiter in die DDR auswanderten und auch nach der Wende (durch Heirat) in diesem Zielland blieben. Eingehend beschreibt die Autorin, wie sich die Lebenssituation dieser Gruppe nach dem Zerfall der DDR zu verändern begann und wie man bemüht war, eine spezifisch ungarische ethnische Identität herauszubilden.

Ausgehend von der Beobachtung, dass in ökonomisch schwierigen Perioden nicht nur die Arbeitslosenrate ansteigt, sondern auch eine Zunahme selbstständiger Tätigkeit erfolgt, beschreibt Maria Kontos die Übergänge von abhängiger zu selbstständiger Arbeit in der Migration, wobei sie die verschiedenen sozialstrukturellen und biographischen Aspekte dieses Prozesses beleuchtet. Kontos arbeitet heraus, dass diese Übergänge nicht rein ökonomisch motiviert sind, sondern auch auf Erfahrungen mit Kränkungen und Missachtung zurückzuführen sind.

Maggi Wai-Han Lang untersucht in ihrem Aufsatz die regulierte chinesische Arbeitsmigration nach Deutschland. Es wird aufgezeigt, dass wir es im Laufe der Jahrzehnte mit sehr unterschiedlichen Migrationen und MigrantInnen aus dem chinesischen Raum und der internationalen chinesischen Diaspora zu tun hatten: qualifizierte Arbeitskräfte aus Taiwan in den 1960er Jahren, Fluchtwanderungen in der 1970er Jahren, Studierende aus der Volksrepublik China in den 1990er Jahren. Die Autorin kommt deshalb zu dem gut dokumentierten Ergebnis, dass die beschriebenen Wanderungsentscheidungen nicht nur durch individuelle ökonomische Erwägungen bestimmt wurden, sondern ebenfalls durch marktferne rechtliche Rahmenbedingungen sowie durch (sich verändernde) politische Verhältnisse.

Die Mikroebene von Migration untersucht Kyoko Schinozaki am Beispiel der sozialen Beziehungen philippinischer MigrantInnen, die in Deutschland in Privathaushalten beschäftigt sind. In diesem Kontext erläutert die Autorin auch das weit verbreitete Modell der „widersprüchlichen Klassenmobilität“: hochqualifizierte MigrantInnen verlassen ihr Herkunftsland, um in anderen Ländern als Haushaltshilfen im Niedriglohnssektor zu arbeiten.

Einer ganz ähnlichen Thematik ist der Beitrag von Kathleen Weekley gewidmet, in dem die Situation philippinischer Haushaltshilfen in Hongkong beschrieben wird. Dabei wird besonders deutlich, wie stark die Feminisierung von Migration fortgeschritten ist. Bemerkenswert ist in diesem Kontext auch der Umstand, dass alleine in Hongkong 16 NGO aktiv sind, die sich für die Belange südostasiatischer MigrantInnen einsetzen.

Schließlich der Artikel von Rosa Maria Jimenez-Laux, in dem sich die Autorin am Beispiel marokkanischer Hausmädchen in spanischen Privathaushalten mit den Wanderungsbedingungen und dem Wanderungsverhalten dieser MigrantInnen beschäftigt. Es geht ihr in erster Linie um diejenigen Hausangestellten, die als „internas“ in den Häusern ihrer ArbeitgeberInnen wohnen. Besonders großen Wert legt die Autorin auf die

Darstellung der Bedeutung und Funktionsweise der informellen Frauennetzwerke, die von den „internas“ geknüpft werden.

Angesichts der in diesem Sammelband zur Verfügung gestellten geballten Informationen, der unterschiedlichen Herkunfts- und Zielregionen sowie der Vielzahl von Themen ist es nicht ganz einfach, eine abschließende Wertung vorzunehmen. Immerhin verdeutlichen die vorliegenden Expertenbeiträge, dass die weltweiten Arbeitsmigrationen in Abhängigkeit von den jeweiligen politischen, sozialen, rechtlichen und technologischen Bedingungen einem permanenten Wandel unterworfen sind. Neben rationaler Handlungslogik stehen stets auch sehr spezifische Handlungsentwürfe, die auf den subjektiven Hoffnungen und Wünschen der einzelnen MigrantInnen basieren.

ZW

Pirjo Niskanen: Multilingual dictionary from youngsters for youngsters. Aurich/Kuopio. Oktober 2005, 96 S.

Bekanntlich beschäftigt sich das Europahaus Aurich seit seiner Gründung im Jahre 1956 intensiv mit internationaler Jugendarbeit. Im Rahmen des EU-Projekts „Jugend“ nimmt das Europahaus Aurich regelmäßig junge Leute auf, die – aus verschiedenen Ländern Europas kommend – als Freiwillige in den Programmen der Bildungsstätte mitarbeiten.

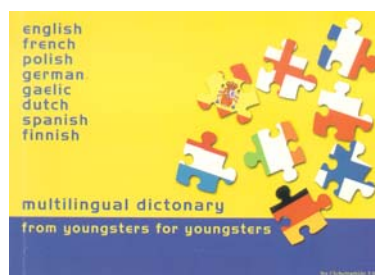
Die Autorin des vorliegenden „multilingual dictionary“, Pirjo Niskanen, hat zwischen 2002 und 2003 ihren Freiwilligendienst in Aurich absolviert und im Anschluss daran ein „Future Capital Project“ beantragt, in dem die Erfolge und Kenntnisse aus dem freiwilligen Jahr genutzt werden, um ein eigenes Projekt zu realisieren.

Im vorliegenden Fall hat Niskanen die Ergebnisse aus sieben verschiedenen „language workshops“ zusammengefasst, redigiert und als kleines Taschenwörterbuch herausgegeben. Die Kosten für diese Projekt wurden von der CIMO, der finnischen Nationalagentur für das Programm „Jugend“, vom Europahaus Aurich sowie durch Spenden aufgebracht. Ein Teil der Kosten soll dadurch wieder eingespielt werden, dass für das Einzelexemplar eine Schutzgebühr von 7,95 € ab zehn Exemplaren von 4,00 € und für Mitglieder des internationalen Netzwerks von 2,00 € erhoben wird. Die Investition könnte sich lohnen!

Das Wörterbuch, das durch ein Vorwort der Autorin und ein Geleitwort des ehemaligen Europaabgeordneten und jetzigen Bundestagsabgeordneten Garrelt Duin eingeleitet wird, versteht sich als Hilfsmittel, um eine elementare Konversation bei multinationalen Jugendseminaren zu ermöglichen. Erfasst wurden insgesamt acht Sprachen: Englisch, Finnisch, Polnisch, Deutsch, Gälisch, Niederländisch, Spanisch und Französisch.

Im ersten Abschnitt geht es um feststehende Redewendungen, die der Begrüßung und dem Kennen lernen dienen, aber auch um Höflichkeitsformeln.

Auf diesen einleitenden Abschnitt folgen dann die wichtigsten Zeitangaben von Wochen- und Monatsnamen bis hin zur Benennung der konkreten Uhrzeit. Logischerweise wurde hier eine kurze Tabelle mit den Zahlen von 1-20 vorangestellt. Auf diese Weise



erfährt der interessierte Leser zum Beispiel, dass die Zahl 20 auf Finnisch „Kakiokymmertä“ heißt. Damit ist noch nichts über die Phonetik dieses kompliziert zu lesenden Wortes gesagt, was aber vielleicht von untergeordneter Bedeutung ist, denn sicherlich findet sich bei größeren internationalen Jugendbegegnungen ein finnischer native speaker, der einem/er französischen oder polnischen Teilnehmenden die richtige Aussprache wird beibringen können.

Mit anderen Worten: In erster Linie geht es um Anwendung und um die Überwindung von ersten Sprach- und Sprechbarrieren.

Komplizierter wird es dann schon auf den Seiten 26-27, wo es um Sätze geht, die für eine Meinungsäußerung stehen oder sie einleiten sollen. Ein schönes Beispiel auf Niederländisch lautet wie folgt: „Ik denk dat dat klopt“.

Einen wichtigen Abschnitt markieren die Seiten 30-39, weil es hier um Reisen, um Orientierung und Wegweisung geht. Da das Reisen und die Mobilität der Jugend nicht nur ein für Qualifikation und Erwerbstätigkeit postuliertes EU-Ziel ist, sondern auch viel Freude bereitet und für zusätzliche informelle interkulturelle Bildung sorgt, haben wir es hier mit einem adäquaten gesamteuropäischen Hilfsmittel zu tun.

Sollte sich jemand zum Beispiel einmal in der falschen Stadt in Spanien befinden, so hilft die Erklärung „Te equivocaste de ciudad“ weiter.

Sollte man sich aber in der richtigen Stadt in Polen befinden und nach einem Wellness Centre suchen, so braucht man nur nach dem „Centrum odnowy biologicznej“ zu fragen – und schon kann man etwas für seinen Körper tun. Das heißt, dass dieses internationale Taschenwörterbuch auch über den Rahmen eines eigens angesetzten Jugendseminars hinaus ganz gut funktionieren kann.

Ein weiterer Abschnitt beschäftigt sich mit Orten, die man als junger Mensch gerne aufsucht oder gegebenenfalls auch notgedrungen aufsuchen muss. Hier reicht das lexikalische Repertoire von Bank, Kirche, Kino über Arzt, Spital, Disco und Internetcafe bis hin zu Museum und Nachtclub. Interessanterweise wurde MacDonalld nicht in diesen Kanon aufgenommen, obschon es sich hierbei doch um einen besonders von Jugendlichen oft frequentierten Ort der Begegnung und des schnellen Genusses handelt.

Zwei weitere kurze Abschnitte sind der Aufzählung von Lebensmitteln und dem Kauf von Kleidern gewidmet. Dazwischen geschoben sind in etwas unorthodoxer Weise zwei kürzere Tabellen mit Begriffen, bei denen es um die EU und die Menschenrechte geht. (S. 51-52)

Natürlich dürfen auch solche Themenbereiche wie Hobbys, Sport, Musik und Arbeitswelt nicht fehlen und so kann man angelegentlich erfahren, dass Schwarzarbeit auf Gälisch „obair gan briste“ heißt.

Hieran schließen sich zwei nicht minder wichtige Abschnitte über Ehe, Partnerschaft und Sexualität an. Mehrsprachig benannt werden hier jene Mittel, die bei intensiver körperlicher Begegnung Schutz vor Erkrankung und ungewollter Schwangerschaft gewähren.

Spaßiger wird es dann gegen Ende des Wörterbuchs, wo Wörter und Begriffe zusammengestellt wurden, die der Party- und Strandkonversation dienen und es erlauben sollen, diverse Drinks und Alkoholsorten zu identifizieren und womöglich zu bestellen.

Schließlich gibt es noch einen achtsprachigen Einblick in die Sparten Kriminalität und Körperteile.

Ganz am Ende des Büchleins finden sich noch eine Übersicht über jene international gültigen Zeichen, die man beim Chat oder als SMS versendet, wenn man gute oder schlechte Gefühls- und Stimmungslagen verkürzt wieder geben will sowie ein Gedicht und ein Lied, das in acht Sprachen abgedruckt wurde.

Dieses von jungen für junge Menschen zusammengetragene Wörterbuch hinterlässt einen angenehmen, erfrischenden Eindruck.

Gewiss, es haben sich bei der Redaktion dieser achtsprachigen Veröffentlichung einige Fehler eingeschlichen, etliches wurde nicht bis zum bitteren Ende durchredigiert. Diese Unzulänglichkeiten können aber im Kontext weiterer „language workshops“ problemlos korrigiert werden, ohne dass man dabei gleich an eine Neuauflage denken muss.

Insgesamt handelt es sich hier um ein charmantes und nützliches Hilfsmittel, das den Sprachen kleinerer europäischer Länder mit relativ wenig Sprecherinnen und Sprechern ein wenig gerechter wird. Man darf es also auf das Wärmste empfehlen.

ZW

Ausgezeichnet!

Seit 2001 führen Dr. Gerhard Schüsselbauer und Jörg Stemmer, Mitarbeiter des GESW e.V., ein deutsch-polnisches Begegnungsseminar durch, das wohl ziemlich einzigartig ist. Die Zespół Szkół Specjalnych (Heilpädagogische Sonderschulen) in Poznań, vertreten durch Frau Hania Majchrzycka, sowie die Helene-Haeusler-Schule, Sonderpädagogisches Förderzentrum Berlin (Prenzlauer Berg), vertreten durch Frau Hilke Hartmann, organisieren seit fünf Jahren gemeinsam mit den beiden Dozenten ein Begegnungsseminar für junge Menschen mit geistigen Behinderungen unter dem Titel „**Nachbarschaft in Mitteleuropa neu erlebt**“.



Nun wurde die Kooperation belohnt, denn das Projekt konnte einen der Hauptpreise des im Rahmen des deutsch-polnischen Jahres 2005/2006 ausgeschriebenen Wettbewerbs gewinnen.

Beteiligt hatten sich am Wettbewerb unter dem Motto „**Wenn das Schule macht – Die Nachbarn kennen lernen!**“ ca. 280 Schulen, nur einige wenige von ihnen werden im Rahmen einer Feier am Pfingstwochenende im Juni 2006 in Warszawa ausgezeichnet.

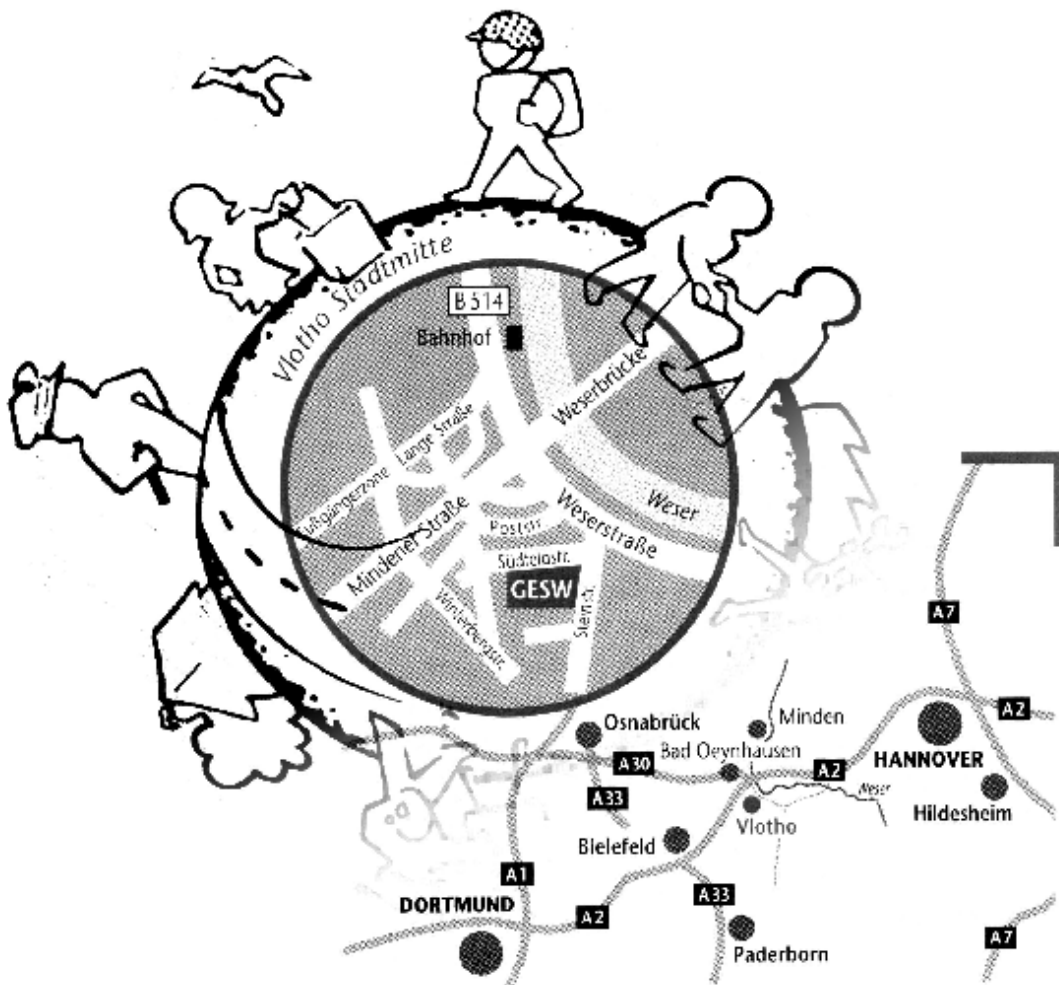
Der Projektwettbewerb wurde im Auftrag des Auswärtigen Amtes der Bundesrepublik Deutschland und des Ministeriums für nationale Bildung und Sport der Republik Polen durchgeführt.

Die Durchführung und Koordination des Wettbewerbs oblagen MitOst e.V. (www.mitost.de), dem Verein für Sprach- und Kulturaustausch in Mittel-, Ost- und Südosteuropa, mit Unterstützung durch den Pädagogischen Austauschdienst der Kultusministerkonferenz PAD. Ziel dieser Initiative war es, im Schulunterricht die Beschäftigung mit dem Nachbarland, seinen Menschen, seiner Kultur und Sprache zu stärken. Der Wettbewerb bot zudem die Möglichkeit, die Ergebnisse deutsch-polnischer Projekte an Schulen einer breiten Öffentlichkeit vorzustellen.

Für die Dozenten ist die Auszeichnung eine Bestätigung der hervorragenden und herzlichen Zusammenarbeit mit den beiden hauptverantwortlichen Lehrerinnen, Frau Hania Majchrzycka und Frau Hilke Hartmann. Zu verdanken ist sie allerdings in allererster Linie den SchülerInnen der beteiligten Schulen, die von 2001 bis 2005 die fünf Themen „Nachbarschaft“, „Freundschaft“, „Tiere“, „Liebe“ und „Natur“ mit deutsch-polnischem Leben erfüllten.

Wir gratulieren den beiden Schulen zu dieser fantastischen Auszeichnung und freuen uns auf ein „Märchen“-haftes Jahr 2007!

GESW – Treffpunkt EUROPA



Gesamteuropäisches Studienwerk e.V. Vlotho
Südfeldstr. 2 – 4
32602 Vlotho

Telefon +49 (0) 5733 9138 – 0 | Zentrale
Telefon +49 (0) 5733 9138 – 44 | Seminarbüro
Telefax +49 (0) 5733 9138 – 47

www.gesw.de | info@gesw.de